„Staatsnazis“ S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 36 – 5. September 2015
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Zielscheibe einer beispiellosen Kampagne: Demonstrierende Bürger in Leipzig am vergangenen Montag Bild: pa

Der Bürger als Feind

Politik und Medien schüren regelrecht Hass auf Kritiker der Asylpolitik

Innenminister de Maizière ruft zur Sachlichkeit in der Asyldebatte auf. Recht hat er, doch womöglich kommt seine Mahnung zu spät.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) warnt davor, in der Asyldebatte besorgte Bürger mit Rechtsextremisten in einen Topf zu werfen. Man müsse „eine klare Grenze ziehen zwischen denen, die Gewalt anwenden, die eine verrohte Sprache haben, die Grenzen der Zivilisation übersteigen, und denen, die sich zu Recht Sorgen machen, wie das alles weitergehen soll“. Ausdrücklich distanziert sich de Maizière von seinem Kabinettskollegen Sigmar Gabriel (SPD), der besorgte Bürger, die nicht immer den richtigen Ton treffen, als „Pack“ abgekanzelt hat.

Die Warnung des Innenministers trifft ins Schwarze, doch scheint sie zu verhallen wie ein Ruf in der Wüste. Statt sich einer sachlichen Debatte über die uferlose Zuwanderung zu stellen, wird das Land mit einer beispiellosen Kampagne überzogen. Dabei wird nicht allein um Verständnis für die Zuwanderer geworben. Es wird auch alles getan, um die Kritiker, die auf die Folgen der Massenzuwanderung hinweisen, aufs Übelste zu diffamieren, sie zu Monstern zu machen, Verachtung und regelrecht Hass gegen sie zu schüren.

> Es entsteht das Bild einer Einheitsfront von CDU bis »Antifa«

Wer aber eine sachliche Debatte verweigert, der beschwört eine unsachliche Auseinandersetzung samt „verrohter Sprache“ geradezu herauf. In Heidenau hatte Kanzlerin Merkel endlos Zeit, um mit Asylbewerbern, deren Unterstützern und politischen Funktionären zu sprechen. Den Bürgern der Stadt aber widmete sie keine Sekunde. Später kommentierte das ZDF, in Heidenau hätten „Rechtsradikale und sogenannte Bürger“ demonstriert – so wird der Bürger zum Feind erklärt.

Auffallend ist, dass schon die Anwesenheit von Rechtsextremisten dazu missbraucht wird, alle Teilnehmer einer Demonstration unter Verdacht zu stellen. Bei linken Kundgebungen wird dagegen peinlich genau zwischen „friedlichen Menschen“ und „einigen Gewalttätern und Extremisten“ unterschieden. So auch bei den Pro-Zuwanderungs-Demonstrationen, wo zahllose linksextreme, bekanntermaßen gewaltbereite „Antifa“-Aktivisten mitmarschieren, ohne dass dies von etablierten Politikern oder den vorherrschenden Medien bemängelt wird.

Die Saat des Hasses gegen Andersdenkende geht auf: In Regensburg haben 30 Linke einen Bürger durch die Stadt gehetzt, weil er ihnen irgendwie rechts vorkam. In Dortmund haben sieben HSV-Fans einen 47-Jährigen zusammengeschlagen wegen seiner kurzen Haare. Im Internet rufen Denunzianten dazu auf, angebliche „Nazis“ bei ihren Chefs anzuschwärzen.

Hier entsteht das schrille Bild einer Einheitsfront von der CDU bis zur linksextremen „Antifa“, die sich, von den großen Medien massiv unterstützt, auf Millionen Bürger einschießt, womöglich gar auf die Mehrheit der Deutschen. Die dürften das nicht endlos hinnehmen. Es droht eine Eskalation, die das ganze Land und unsere Demokratie erschüttert. *Hans Heckel*

Manuel Ruoff:

Zwickmühle

Das System von Dublin und Schengen beruht darauf, dass die EU-Randstaaten für alle EU-Mitglieder den Schutz der Grenzen übernehmen. Italien und Griechenland tun das zwar nicht, aber Deutschlands politische Klasse schweigt. Ungarn hingegen kommt seiner Verpflichtung mit dem Bau eines Grenzzaunes nach. Das trifft vor allem Immigranten aus sicheren Herkunftsländern des Westbalkans oder Transitreisende durch Griechenland, die bereits sicheren EU-Boden erreicht hatten, aber wohlhabende Sozialstaaten vorziehen. Das Handeln Ungarns dient Deutschland, aber das ist Berlins Politik und Medien egal oder zumindest nachrangig hinter der Gelegenheit, die ungarische Fidesz-Regierung vorzuführen, diesmal als fremdenfeindlich. Nun fragen sich die Ungarn, warum sie die Deutschen vor der Immigrantenflut schützen sollen, wenn sie aus Deutschland dafür so beschimpft werden. Sie öffnen folgerichtig ihre Grenzen, aber nicht für herein wollende, sondern für heraus wollende Asylsuchende. Mit letzterem vollziehen sie nach, was Italiener und Griechen längst getan haben. Trotzdem wird dies in Deutschland gleichfalls kritisiert. Dieser kombinierten Kritik aus Deutschland könnte Ungarn bestenfalls dann entgehen, wenn es seine Grenzen für Asylsuchende öffnet, um sie reinzulassen, sie aber schließt, wenn sie nach Deutschland weiterreisen wollen. Ein solches Handeln würde Ungarn in den Kollaps treiben. Und selbst dann würden deutsche Gutmenschen dem Land noch den Vorwurf machen, dass es Immigranten einsperre. Die ungarische Regierung steckt also in der Zwickmühle. Aber das ist ja offenkundig auch Sinn und Zweck der Ungarnpolitik Berlins und Brüssels.

Nach Dublin fällt Schengen

Belgiens Premier erwägt die Wiedereinführung von Grenzkontrollen

Die Ankündigung, dass Deutschland syrische Asylbewerber nicht mehr in andere EU-Mitgliedsländer zurückschickt, hat offiziell gemacht, was bereits seit Monaten gängige Praxis ist. Deutsche Behörden bearbeiten Asylanträge, für die gemäß der Dublin-Vereinbarung andere EU-Länder zuständig sind. Wie zu erwarten, gab es aus dem Ausland Lob für die deutsche Sonderregelung. Deutschland sei derzeit der einzige EU-Staat, der Flüchtlinge aus Syrien nicht systematisch in EU-Ersteinreiseländer zurückschickt, so eine Sprecherin der EU-Kommission.

Abermals hat sich die EU-Kommission als nicht fähig oder nicht willens erwiesen, geltendes Recht in allen Mitgliedsländern durchzusetzen. Offensichtlich ist dieses Versagen auch bei den Maastricht-Kriterien zur Währungsunion, die faktisch nur noch Makulatur sind.

> Deutschland missachtet Dublin

Es besteht Grund zu der Annahme, dass die wachsende Zahl von Asylbewerbern, die in Europa unterwegs ist, das System des kontrollfreien Reisens kippen wird. Gleich in mehreren Staaten werden derzeit Forderungen nach der Wiedereinführung von Grenzkontrollen laut, da Staaten wie Italien und Griechenland ihrer Kontrollpflicht an den EU-Außengrenzen nicht nachkommen. Einem Bericht des britischen „Telegraph“ zufolge scheint inzwischen sogar Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) über Änderungen am Schengen-System nachzudenken.

Zusätzlichen Rückenwind haben solche Überlegungen inzwischen durch die belgische Regierung erhalten. Nach dem vereitelten Anschlag in dem Thalys-Schnellzug von Amsterdam nach Paris hat der belgische Premier angekündigt, das Schengen-System generell noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. *Norman Hanert*

Direktes Aufeinandertreffen

Die USA übernehmen das Kommando an der ukranischen Front

Da sich die ukrainische Armee seit eineinhalb Jahren unfähig zeigt, sich im Donbass durchzusetzen, und auch die große Aushebung von 150 000 Mann, die Präsident Petro Poroschenko zu Anfang des Jahres befohlen hatte, mit 70 000 Mann nur einen halben Erfolg gebracht hat, scheint nun der Große Bruder einzugreifen. Im Umfeld von Nachrichtendiensten ist davon die Rede, an der ukrainischen Front habe nun die 173th US-Division das Kommando übernommen. Dabei handelt es sich um Fallschirmjäger, die schon länger in der Ukraine stehen. Somit besteht das militärische Engagement der US-amerikanischen Regierung in der Ukraine keineswegs nur darin, Blackwater-Söldner anzuheuern und so zu tun, als ginge sie das nichts an.

Auch finanztechnisch kommt Bewegung in die Sache. Ende August

> Stellvertreterkrieg droht zu eskalieren

haben sich ihre westlichen Gläubiger-Länder und die Ukraine auf einen teilweisen Schuldenschnitt in Höhe von rund vier Milliarden Dollar geeinigt. Ergänzt wird er durch eine Umschuldung, die eine Verlängerung der Tilgungsfrist für die restlichen Verbindlichkeiten bis zum Jahr 2027 hinausschiebt, falls es bis dahin noch alle Beteiligten gibt.

Der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk triumphierte: „Kaum jemand hat gehofft, dass die Ukraine die Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern erfolgreich zum Abschluss bringt. Der von unseren Feinden erwartete Staatsbankrott findet nicht statt.“ *F.S.*

(siehe auch Seite 2)

Bei Redaktionsschluss der Ausgabe Nr. 35 ist uns leider gleich eine doppelte Verwechslung unterlaufen. Der Leitartikel stammte nicht von Jan Heitmann, sondern von Manuel Ruoff, und Bodo Ramelow ist nicht Ministerpräsident Sachsens, sondern Thüringens. Wir bitten, die Verwechslungen zu entschuldigen.

MELDUNGEN

Großlazarett für Ramstein

Ramstein – Für die US-Basis Ramstein in Rheinland-Pfalz, dem weltweit größten Drehkreuz des US-Drohnenkrieges, baut die Air Force in dem nahegelegenen Ort Weilerbach ein neues Krankenhaus von enormem Umfang. Zunächst ist die Rede von neun Operationssälen, 120 Behandlungszimmern und dabei nur 68 Betten. Dieses eklatante Missverhältnis und der Umfang der Anlage – sie umfasst eine Fläche von 15 Fußballfeldern – legt die Vermutung nahe, dass das Lazarett erheblich größer werden soll. Unter der Hand spricht man von 25 Operationssälen, das wäre eine Kapazität für 2600 Betten. Die Kosten werden auf 1,2 Milliarden Euro veranschlagt. Damit ist das Projekt doppelt so teuer wie der ähnlich große Neubau eines Münchner Klinikums. Doch die US-Amerikaner müssen nicht auf den Pfennig achten, 127 Millionen Euro bringt der deutsche Steuerzahler auf, gemäß einer Anweisung aus Washington. *FS*

Biowaffen-Experte geflohen

Pjöngjang – Wie erst jetzt aus westlichen Sicherheitskreisen bekannt wird, ist ein 47 Jahre alter Experte für biochemische Waffen unter Mitnahme wichtiger Unterlagen aus Nordkorea über die Philippinen geflohen. Er arbeitete an einem entsprechenden Forschungszentrum in Kanggye in der nördlichen Grenzprovinz Jagang. Man darf mit großer Sicherheit unterstellen, dass er sich inzwischen in den Vereinigten Staaten befindet und den dortigen Militärstellen Einzelheiten über den Stand und die Pläne Pjöngjangs zu diesen äußerst gefährlichen Waffen darlegen wird. Bekannt sind bisher ein weiteres Forschungszentrum in Yongsong sowie drei Herstellungseinrichtungen in Hungnam, Manpo und Chongjin. Es handelt sich dabei um Cholera, Smallpox (Pocken-Viren) und Bacillusanthrasis. *F.-W. Schlomann*

Deutsche nicht benachteiligen

Stuttgart – Waldemar Eisenbraun, Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., fordert in einem Schreiben an Bundesinnenminister Lothar de Maizière, die Benachteiligung der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion zu beenden. Laut einer Anordnung des Bundesministeriums des Inneren (BMI) ist es jüdischen Zuwanderern aus Lugansk und Donezk seit Jahresbeginn möglich, auch ohne den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse eine Aufnahmezusage zu erhalten. Dabei findet eine Härtefallregelung Anwendung, die eine Ausnahme vorsieht, wenn der Erwerb entsprechender Sprachkenntnisse wegen besonderer regionaler Begebenheiten auf absehbare Dauer nicht möglich ist. Der Nachweis kann dann innerhalb von zwölf Monaten nach Einreise nachgeholt werden. Ausgenommen davon sind jüdische Zuwanderer aus den Baltischen Staaten und Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion. Eisenbraun fordert mit Nachdruck, die in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion lebenden Deutschen nicht anders als jüdische Zuwanderer zu behandeln. Interessenvertreter der Russlanddeutschen bemängeln seit Längerem, dass Polen, Israel und Tschechien ihre Landsleute aus der Gefahrenzone gebracht hätten, Deutschland hingegen nicht. *PAZ*

Die USA rücken Russen auf den Pelz

Der Nordatlantikpakt verstärkt sein Engagement und seine Präsenz an der Westgrenze der Föderation

Unbestätigten Meldungen zufolge hat an der innerukrainischen Front die 173. US-Division das Kommando übernommen, Es handelt sich dabei um eine Fallschirmjäger-Einheit, die schon länger in der Ukraine stationiert ist, angeblich zu Ausbildungszwecken. Ihre Bemühungen in der Ukraine halten die USA nicht davon ab, sich auch verstärkt im Baltikum zu engagieren.

Ende August führten die USA und Estland in dem baltischen Land eine gemeinsame Kampfflieger-Übung durch. Es ging darum, wie der Chef der estnischen Luftstreitkräfte erklärte, alle Möglichkeiten des Zusammenwirkens seiner Einheiten mit den US-Piloten zu testen. „Die Fähigkeit der estnischen Luftstreitkräfte, Flugzeuge von Verbündeten schnell und effektiv zu Operationen in unserer Region zu mobilisieren, wird Estland eine feste Verteidigung sichern“, so der Oberst.

Es sind jene auffällig gedrungenen Kampfflugzeuge mit den schweren, auf den Tragflächen aufgesetzten Triebwerken mit dem niedlichen Namen „Warzenschwein“ (Warthog), die von der US Air Force zu den Manövern entsandt wurden. Diese Wahl zeigt, dass es dabei nicht nur um eine reine Luftwaffen-Veranstaltung ging. Die Fairchild-Republic A-10 „Thunderbolt II“, wie die „Warzenschweine“ im Klartext heißen, sind nämlich Erdkampfflugzeuge, bevorzugt gedacht für den Einsatz gegen Panzer.

Daher muss die jetzige Übung als die schlüssige Fortsetzung eines US-Manövers in Estland angesehen werden, das im April stattgefunden hat. Damals kamen die US-Panzer M1A2 „Abrams“ zum Einsatz. Diese hatten unter anderem den Vorteil, dass sie bereits in Estland stationiert waren und zwar im nordestnischen Tapa, 127 Kilometer von der Grenze zur Russischen Föderation entfernt. Außerdem stehen dort zwei US-Fallschirmjäger-Züge der 173. Luftlande-Division.

Das scheint Washington indes nicht genug zu sein. Schon im Juni beschloss man dort, schwere Angriffswaffen und bis zu 5000 Mann nach Osteuropa zu verlagern. Soldaten und Material sollen auf Stützpunkte im Baltikum, in Polen, Rumänien und Bulgarien verteilt werden. Es ist das erste Mal seit 25 Jahren, dass die USA schweres Gerät in eines der früheren Warschauer-Pakt-Länder verbringt.

US-amerikanisch-estnische Kampfflieger-Übung mit Erdkampfflugzeugen im Balitikum

Das massivste Zeichen kriegerischer Entschlossenheit aber setzt Washington im Bereich seiner Luftwaffe. „Wir werden sehr bald F-22 in Europa stationieren, um den Forderungen des örtlichen Militärkommandos zu entsprechen, und im Rahmen unserer Initiative zur Unterstützung der Europäer (ERA)“, sagte die administrative Leiterin der Air Force, Deborah Lee James, in Washington. Die Lockheed Martin F-22 „Raptor“ (Greifvogel) ist der einzige einsatzfähige Kampfjet der fünften Generation, über den die USA verfügen, nachdem sich das Nachfolger-Modell F-35 „Lightning II“ als Reinfall erwiesen hat.



Mit der geplanten Stationierung von Luftüberlegenheitsjägern dieses Typs setzt Washington das massivste Zeichen kriegerischer Entschlossenheit: Die Lockheed Martin F-22 „Raptor“ Bild: Archiv

Diese Entwicklungen sind ganz im Sinne des neuen polnischen Präsidenten Andrzej Duda. Dieser ist Ende August in der estnischen Hauptstadt Reval zu einem Besuch eingetroffen. Es war seine erste Auslandsreise im Amt des Präsidenten, und solchen Gelegenheiten kommt immer eine herausgehobene diplomatische Bedeutung zu. Duda hat bei dieser Gelegenheit gefordert, die Nato solle Stützpunkte in Osteuropa errichten. Das sei nicht nur in historischer Hinsicht richtig, meinte er. Sein Gastgeber, der estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves, pflichtete ihm bei: „Ich sage das, was ich auch früher gesagt habe: Wenn uns Sicherheitsgarantien gewährleistet werden, wird dies so manche vor einer potenziellen Aggression abbringen.“

Überhaupt sieht sich Polen als „westliche Speerspitze gegen die russische Aggression“. In Osteuropa Nato-Stützpunkte zu errichten, sei eine Maßnahme, um den „imperialen Tendenzen“ Moskaus entgegenzutreten. Duda weiter: „Wir laden ein und erwarten, dass die befreundeten Bündnispartner Militäreinheiten und Waffen in den Gebieten stationieren, die heute die Ostflanke des Bündnisses sind.“ Da mochte auch Gastgeber Ilves nicht zurückstehen und sagte: „Wir müssen die klare Botschaft aussenden, dass wir bereit sind, alle Mitglieder des Bündnisses zu verteidigen. Unser östlicher Nachbar scheint diese Region als den verwundbarsten Bereich zu sehen, als einen Ort, an dem die Entschlossenheit und Verpflichtung der Nato geprüft werden kann.“

Natürlich sieht man in Washington auch die Notwendigkeit, militärische Vorbereitungen psychologisch zu begleiten. So nennt Verteidigungsminister Ashton Carter Russland eine „sehr, sehr bedeutende Bedrohung“ der Sicherheit der USA „allein schon wegen seiner Größe und angesichts des Waffenarsenals, das es besitzt“. Washington benötige daher eine Strategie der „Eindämmung Russlands“, und die sei stark und ausgewogen. Carter sprach auch von einem neuen Aktionsplan der Nato, der zum Ziel habe, die Länder Osteuropas militärisch zu stärken.

Strategische Bemühungen solchen Umfangs müssen die Aufmerksamkeit Russlands erregen. Vize-Verteidigungsminister Anatolij Antonow kommentierte die jüngste Entwicklung mit den Worten: „Ich habe den Eindruck, dass unsere Kollegen aus den Nato-Staaten uns zu einem Wettrüsten drängen.“ Der Minister erinnerte auch an die Meldungen über eine Aufstellung US-amerikanischer Raketen und die Einrichtung von Waffenlagern in Osteuropa und im Baltikum. Einer der höchsten Beamten im Verteidigungs-Ressort setzte hinzu: „De facto will man vor der russischen Grenze ein Aufmarschgebiet für eine Stationierung substanzieller Truppen einrichten.“ Die Nato-Russland-Grundakte aus dem Jahr 1997 verbietet zwar dem Nordatlantikpakt, „substanzielle Streitkräfte“ an seiner Ostflanke auf ständiger Basis zu stationieren. Von der Nato wird sie allerdings nicht mehr anerkannt. *Florian Stumfall*

Wie für ein Hollywood-Drehbuch ersonnen

Vor allem die USA profitieren von der aktuellen Berichterstattung über den Thalys-Zwischenfall

Der Westen muss zusammenhalten, im entscheidenden Moment sind es wieder die Amerikaner, die zur Stelle sind – so der Eindruck, der sich nach dem verhinderten Attentat eines mutmaßlichen Islamisten auf einen Thalys-Schnellzug in Frankreich eingestellt hat. Auch die mittlerweile bekannt gewordenen Details zu dem Zwischenfall wirken so, als wären sie für ein Hollywood-Drehbuch ersonnen worden. Kaum verwundern kann da noch, dass mittlerweile erste Spekulationen aufgekommen sind, es könnte sich um einen inszenierten PR-Coup fürs politische Sommerloch gehandelt haben.

Unter anderem mit einem Sturmgewehr bewaffnet, hatte am Abend des 21. August ein Marokkaner versucht, in einem Zug von Amsterdam nach Paris ein Blutbad anzurichten. Drei anwesende US-Amerikaner, ein Brite und eine Person, die in angelsächsischen Organen wie dem „Guardian“ als „American-French Citizen“ bezeichnet wurde, gelang es allerdings, den 26-jährigen Täter zu überwältigen. Zur Kenntnis nehmen musste die Öffentlichkeit, dass der festgenommene Angreifer, wie schon die „Charlie Hebdo“-Attentäter, seit Längerem unter Beobachtung gleich mehrerer Geheimdienste stand. Wie von der Zeitung „El Pais“ berichtet wurde, sollen die spanischen Sicherheitsbehörden bereits Anfang 2014 Frankreich über die Gefährlichkeit des Mannes mit Verbindungen zum „radikalen Islamismus“ unterrichtet haben. Wie die „FAZ“ unter Berufung auf deutsche Sicherheitskreise berichtete, war der Thalys-Schütze auch deutschen Sicherheitsbehörden aufgefallen, als er am Flughafen Berlin-Tegel nach Istanbul abflog und vermutlich in Richtung Syrien unterwegs war. Trotz Überwachung war der Marokkaner allerdings anscheinend in der Lage gewesen, sich eine Kalaschnikow mit neun Magazinen und eine Automatikpistole der Marke Luger zu beschaffen. Nach Angaben der Anwälte des Beschuldigten hat dieser „die Kalaschnikow zufällig in einem Park in der Nähe des Brüsseler Bahnhofs gefunden, in einem Koffer oder einer Tasche, zusammen mit einer Luger-Pistole. Dort habe er öfter genächtigt, da er keinen festen Wohnsitz hat.“



US-Helden ausgezeichnet: Alek Skarlatos, Spencer Stone und Anthony Sadler (Ordensträger von links) mit dem französischen Präsidenten Hollande und der US-Botschafterin in Paris, Jane D. Hartley, nach der Verleihung des Ordens der Ehrenlegion Bild: pa

Auch die Zusammensetzung des Personenkreises, die das Attentat verhindert haben soll, hat bereits Gerüchte befeuert. Obwohl in einem Zug von Amsterdam nach Paris vor allem Franzosen, Belgier und Niederländer zu vermuten sein sollten, befindet sich unter den gefeierten Helden lediglich ein Franzose, der inzwischen auch noch bekanntgegeben hat, sich in der Öffentlichkeit nicht zu der Angelegenheit äußern zu wollen. Bekannt wurde immerhin, dass es sich auch bei ihm um einen gebürtigen US-Amerikaner handelt und er als Wissenschaftler in Frankreich lebt. Den Medienrummel nicht gescheut haben die anderen gefeierten Helden: ein Angehöriger der US Air Force, ein Reservist der US-Nationalgarde, ein US-amerikanischer Student und ein britischer Geschäftsmann.

Anscheinend war es allerdings nicht nur das entschlossene Eingreifen dieser Personen, die ein Blutbad unter den 550 Passagieren des Zuges verhindert hat. Medienberichten zufolge trat bei der Kalaschnikow vermutlich gleich nach dem ersten Schuss ein Defekt auf, die Pistole soll wiederum nicht mit einem Magazin bestückt gewesen sein. Vor diesem Hintergrund scheint die vermutete militärische Ausbildung des Marokkaners durch den Islamischen Staat während seines Syrien-Aufenthaltes nicht allzu intensiv gewesen zu sein.

Als Reaktion auf den verhinderten Thalys-Angriff prüft die EU-Kommission inzwischen, die Einführung von Sicherheitsmaßnahmen für den grenzüberschreitenden Bahnverkehr. Im Gespräch sind Ausweiskontrollen, Gepäcküberprüfungen und der Einsatz von Überwachungskameras und sogar Körperscannern. Experten aus den EU-Staaten und der Kommission wollen bereits am 11. September bei einem Treffen konkrete Vorschläge über neue Sicherheitsvorkehrungen im internationalen Bahnverkehr erarbeiten. *Norman Hanert*

»Staatlich alimentierte Nazis«

Befördert der Verfassungsschutz die radikalen Strukturen, die anschließend bekämpft werden?

Aus Sicht von Vizekanzler Sigmar Gabriel war es „Pack“, das sich vor dem Asylbewerberheim im sächsischen Heidenau „rumgetrieben“ und Krawall gemacht habe. Angesichts der Erkenntnisse durch das erste NPD-Verbotsverfahren und die NSU-Ermittlungen ist es allerdings durchaus legitim zu fragen, welchen Anteil V-Leute des Verfassungsschutzes an dem „Mob“ haben, den der SPD-Chef in Heidenau ausgemacht haben will.

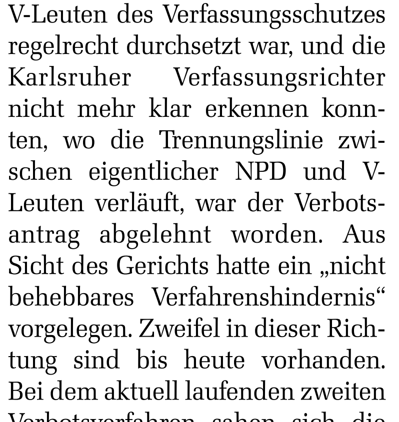
Wie wenig Skrupel es zumindest in der Vergangenheit bei der Zusammenarbeit mit zwielichtigen Figuren gab, macht ausgerechnet die berufliche Laufbahn des Chefs des sächsischen Verfassungsschutzes deutlich. Bevor Gordian Meyer-Plath an die Spitze der Behörde trat, war er Ende der 90er Jahre für den brandenburgischen Verfassungsschutz als V-Mannführer tätig. Unter dem Decknamen „Piatto“ wurde damals von Meyer-Plath ein Neonazi geführt, der ab 1995 wegen eines Mordversuchs an einem nigerianischen Asylbewerber im Gefängnis saß.

Zusammen mit anderen Mittätern hatte „Piatto“ versucht, den Afrikaner im brandenburgischen Scharmützelsee zu ertränken. Eigentlich zu acht Jahren verurteilt, kam „Piatto“ dank der Hilfe des Verfassungsschutzes schnell in den offenen Vollzug, bereits nach vier Jahren war er wieder in Freiheit. „Piatto“ habe wertvolle Informationen geliefert, an deren Wahrheitsgehalt es kaum Zweifel gegeben habe, so die spätere Rechtfertigung für die Zusammenarbeit mit dem vorbestraften Gewalttäter durch Meyer-Plath. Fraglich ist allerdings, ob die erlangten Informationen nicht teuer erkauft wurden: Kaum in Freiheit und mit Rückendeckung des Verfassungsschutzes versehen, fiel „Piatto“ in der Szene vor allem dadurch auf, dass er zu mehr Militanz drängte. So betätigte sich der V-Mann unter anderem als Bauer von Rohrbomben, der seine entsprechenden Kenntnisse obendrein auch noch an andere Rechtsradikale weitergab und regelmäßig Ideen für mögliche Anschlagsziele präsentierte.

Entsprechend hart fiel die Bewertung des Falls „Piatto“ durch Clemens Binninger, CDU-Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages, aus: „So wie hier der V-Mann eingesetzt wurde, hat man der Sache keinen Gefallen getan, sondern den Rechtsstaat an seine Grenzen gebracht.“

Ähnlich fragwürdig der Fall des V-Manns Tino Brandt, dessen Enttarnung im Jahr 2001 bundesweit für Aufsehen gesorgt hat. Brandt, inzwischen unter anderem wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt, hatte in seiner Zeit als V-Mann vom Thüringer Verfassungsschutz über 200 000 D-Mark kassiert. Verwendet wurde das Spitzelhonorar durch Brandt offenbar in hohem Maße für seine politische Arbeit. Angebracht ist somit die Frage, ob die mitunter recht üppigen Gelder für V-Leute nicht erst den Aufbau extremistischer Strukturen möglich gemacht haben. Zumindest Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) hat die mittlerweile angeordnete Abschaltung von V-Leuten in seinem Bundesland damit begründet, dass es sich um keine Vertrauensleute, sondern „vielfach um staatlich alimentierte Nazis“ gehandelt habe.

> Verhinderte der Verfassungsschutz eine Mäßigung der NPD?



Wie schwer es ist, überhaupt noch abzugrenzen, welchen Einfluss staatliche Spitzel ausüben, hat bereits das erste Verbotsverfahren gegen die NPD im Jahr 2003 deutlich gemacht. Weil die Führungsebene der NPD von V-Leuten des Verfassungsschutzes regelrecht durchsetzt war, und die Karlsruher Verfassungsrichter nicht mehr klar erkennen konnten, wo die Trennungslinie zwischen eigentlicher NPD und V-Leuten verläuft, war der Verbotsantrag abgelehnt worden. Aus Sicht des Gerichts hatte ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“ vorgelegen. Zweifel in dieser Richtung sind bis heute vorhanden. Bei dem aktuell laufenden zweiten Verbotsverfahren sahen sich die Bundesländer als Antragsteller vor einigen Monaten vor Gericht mit der Forderung konfrontiert, sie möchten doch bitte belegen, dass die V-Leute in den Führungsgremien der NPD tatsächlich abgeschaltet wurden.

Die Frage, was von der NPD ohne V-Leute übrig bleibt, ist allerdings nicht nur in juristischer Hinsicht interessant. Angesichts der Entwicklung, die Parteien wie die „Grünen“ oder die PDS/Linke im Laufe der Jahrzehnte genommen haben, ist es durchaus möglich, dass auch eine NPD ohne Spitzel und Provokateure in eine andere Richtung gegangen wäre. Denkbar ist ein Absinken in die völlige Bedeutungslosigkeit genauso wie eine Entwicklung, die bereits in anderen europäischen Ländern zu beobachten war: die allmähliche Verwandlung von einer rechtsradikalen zu einer sogenannten rechtspopulistischen Partei. Was bislang zum Einsatz von V-Leuten zutage gefördert wurde, lässt vermuten, dass die Strategie der Verfassungsschutzämter die radikalen Strukturen mit befördert hat, die anschließend wieder mit viel Aufwand bekämpft worden sind.

Norman Hanert



Ein Beispiel für die geringen Skrupel der Verfassungsschützer bei der Zusammenarbeit mit zwielichtigen Figuren: Gordian Meyer-Plath, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Sachsen Bild: pa

MELDUNGEN

Tag der Heimat mit Stephan Weil

Berlin – „Nein, die Flucht und die gewaltsamem Vertreibungen nach 1945 dürfen wir nicht vergessen“, betonte der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil. Im Humboldt-Saal der Berliner Urania hielt er am Sonnabend die Festrede zum diesjährigen Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen (BdV). Weil hob die Rolle der Ostpreußen, Schlesier, Pommern und anderen Heimatvertriebenen beim Wiederaufbau hervor: Ihr Beitrag zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik würde bis heute unterschätzt. Der Ministerpräsident: „Ohne die Aufbauleistung dieser Menschen, die ja gleichzeitig das Trauma ihrer Vertreibung bewältigen mussten, wäre der Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege ganz und gar ausgeschlossen gewesen.“

> »Ohne Vertriebene kein Wiederaufbau«

Noch vor Weil hatte BdV-Präsident Bernd Fabritius in seiner Eröffnungsrede unter anderem auf die eine Million Deutschen hingewiesen, die nach dem Zweiten Weltkrieg als „menschliche Kriegsreparationen“ zur Zwangsarbeit vorwiegend in die Sowjetunion verschleppt wurden. Fabritius: „Heute leben davon nur noch wenige. Dennoch ist es wichtig, dass wir die späte Anerkennung des maßlosen Unrechts gegen diese Menschen einfordern.“ Mit der Ehrenplakette des BdV zeichnete Fabritius die Ministerpräsidenten Horst Seehofer, Volker Bouffier und Stanislaw Tillich aus. Noch vor der Bundesregierung hätten sie mit ihren landeseigenen Gedenktagen dokumentiert, dass die Bewahrung der Geschichte auch der deutschen Heimatvertriebenen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei.

Im Anschluss an den Festakt fand eine Kranzniederlegung am Mahnmal für die Vertriebenen statt *(siehe auch Seite 20).* *FH*

Auf der Kippe

Letzte Hürde überwunden – Berliner Einheitsdenkmal wird gebaut

Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR, ist in diesen Tagen ein gefragter Mann. Erst war er diese Woche der Mittelpunkt bei den Feierlichkeiten anlässlich des 25. Jahrestags des Abschlusses des Einigungsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR, dann wird er auch am 3. Oktober zum Jubiläum der Deutschen Einheit wieder im Rampenlicht stehen. Auf einen weiteren Auftritt muss er an dem Tag allerdings verzichten: Die Einweihung eines Einheitsdenkmals in Berlin, für das er sich lange Zeit stark gemacht hat.

Im Mai 1998 schlug de Maizière der damaligen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth brieflich die Errichtung eines „Denkmals zur Erinnerung an die Wiedervereinigung“ vor. Seine Idee stieß auf fruchtbaren Boden. Es wurde konzipiert, überlegt, abgewägt, ein Ideenwettbewerb ausgerufen, ein Sieger auserkoren, Geldgeber gesucht und gefunden, und es wurde entschieden, dass dieses Denkmal am 25. Jubiläum der Einheit eingeweiht werden soll. Doch daraus wird nichts.

Was für den Berliner Flughafen gilt, das gilt auch für dieses Denkmal für Freiheit und Einheit, wie es offiziell heißt: Es zieht sich lange hin. Jetzt aber liegt ein konkreter Zeitplan vor. In diesem Monat soll die Baugenehmigung erteilt werden, teilte die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt mit. Kulturstaatsministerin Monika Grütters rechnet damit, dass die Bauarbeiten auf dem Schlossplatz vor dem Humboldt-Forum aber erst im nächsten Jahr beginnen werden. Wenn alles gut läuft, kann Lothar de Maizière das Denkmal im Jahr 2017 endlich einweihen.

> Einweihung des Denkmals frühestens in zwei Jahren

Damit würde langen Querelen und Bedenken um Form, Sicherheit und Standort des Denkmals ein Ende gesetzt. Erst im zweiten Anlauf gelang es 2010 einer Jury, den Wettbewerbssieger zu präsentieren. Die Idee einer Wippe, die ein Architektenteam gemeinsam mit der inzwischen aus dem Projekt ausgestiegenen Choreografin Sascha Waltz hatte, stieß von Anfang an auf Widerstand. Ähnlich einer Schaukel soll sich das Projekt „Bürger in Bewegung“, ausgelöst durch das Gewicht „des Volkes“, verlagern können. Nur hatte man dabei nicht an die Rollstuhlfahrer gedacht, die schwerlich eine sich steil neigende Wippe heraufrollen können. Damit auch sie das Denkmal gefahrlos befahren können, musste es barrierefrei umgestaltet werden. Dazu muss es abgesenkt werden, was die Denkmalschützer auf den Plan rief. Denn die Wippe soll auf dem Sockelfundament errichtet werden, auf dem früher das Kaiserdenkmal stand. Das Fundamentgewölbe mit seinen Mosaiken aus der Kaiserzeit steht indes unter Denkmalschutz. Bei einer Absenkung der Wippe können die Mosaiken allerdings nicht wieder angebracht werden. Jetzt einigte man sich darauf, sie an anderer Stelle originalgetreu auszustellen.

Damit ist eine der letzten Hürden dieses Zehn-Millionen-Euro-Projekts genommen, nachdem zuvor schon die Tierschützer wegen der im Kaiser-Sockel beheimateten seltenen Fledermausart für Verzögerungen gesorgt haben. Die Tiere wurden einfach in das Tegeler Wasserwerk umgesiedelt. Die Extrakosten fürs Wegräumen dieser Hürden trägt – wie sollte es anders sein – der Bund. Ähnlich wie beim Flughafen werden am Ende nur die Kosten in die Höhe schießen. *Harald Tews*

Zeitzeugen



George Villiers – Der 4. Earl of Clarendon war diverse Male Großbritanniens Außenminister, unter anderem auch während des Krimkrieges. Der Politiker gilt als maßgeblich verantwortlich für die Verwicklung seines Landes in den Krieg, wirkte aber auch daran mit, diesen mit dem Pariser Frieden zu beenden.

Alexander II. – Der bis 1881 regierende russische Zar war konzessionsbereiter und defensiver als sein am 2. März 1855 gestorbener Vater und Vorgänger. Er beendete den unter Nikolaus I. begonnenen Krimkrieg. Nach dem Fall Sewastopols berief er zwei Kronratssitzungen ein, auf denen Anfang Januar 1856 die Friedensbedingungen der Alliierten grundsätzlich akzeptiert wurden, so dass in Paris die Details des Kriegsendes besprochen werden konnten.



Lord Cardigan – James Brudenell, 7. Earl of Cardigan (1797–1868) selbst blieb unverletzt, als er seine Brigade in das, so der Dichter Alfred Tennyson, „Tal des Todes“ führte. Für das von ihm angeordnete Himmelfahrtskommando wurde er zunächst in England als Held empfangen und zum Generalinspekteur der Kavallerie ernannt. Später wurde seine Rolle beim Todesritt genauer hinterfragt. Er musste sich in mehreren Gerichtsverfahren verantworten, wurde aber nicht verurteilt.

Benjamin Disraeli – Der 1. Earl of Beaconsfield bekleidete 1868 und von 1874 bis 1880 das Amt des britischen Premierministers. In seinem Leitartikel vom 9. Dezember 1854 in der von ihm 1853 gegründeten Zeitschrift „The Press“ bezeichnete der konservative Staatsmann und erfolgreiche Romanschriftsteller den Krimkrieg als „a just but unnecessary war“.



Leo Tolstoi – Der Krimkrieg änderte die Weltsicht des russischen Autors auf entscheidende Weise. Als Sohn eines Grafen strebte er eine Offizierskarriere in der Armee an. Die gab er ein Jahr nach der Niederlage in Sewastopol auf und entschied sich für eine Laufbahn als Schriftsteller. Mit „Krieg und Frieden“ sowie „Anna Karenina“ schuf er Denkmäler der Weltliteratur. Immer religiöser werdend, predigte er später Nächstenliebe und Gewaltlosigkeit.

»Gerecht, aber unnötig«

Vor 160 Jahren fiel in Sewastopol die militärische Vorentscheidung des Krimkrieges

Als einen „gerechten, aber unnötigen Krieg“ bezeichnete der britische Politiker Benjamin Disraeli den Krimkrieg, von dem sein Kollege, Landsmann und Zeitgenosse George Villiers meinte, man habe sich in ihn „hineintreiben lassen“. Wie heute stand auch damals die Krim im Fokus eines Konfliktes der Westmächte mit Russland und es lohnt einen Vergleich.

Anders als heute war damals die Krim nicht Streitobjekt, sondern Kriegsschauplatz. Dass die Westmächte die Entscheidung fernab Mitteleuropas suchten, lag an einem weiteren Unterschied zu heute. Damals war in Deutschland die Außenpolitik noch nicht von den Interessen des Westens bestimmt. Deutschland beziehungsweise die deutschen Staaten taten deshalb das, was unabhängige Länder gemeinhin tun, wenn ihre Interessen nicht berührt sind: Sie verhielten sich neutral. Die lange russische Westgrenze zu Preußen und Österreich stand damit für einen Angriff des Westens auf Russland nicht zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund entschlossen sich die beiden Seemächte Großbritannien und Frankreich, Russland von See her an dessen Küste anzugreifen. Sie wählten dafür die Krim.

Der nach der russischen Halbinsel im Schwarzen Meer benannte Krieg gilt als einer der letzten Kabinettskriege. Andererseits war er sehr fortschrittlich. Schon damals spielte Gräuelpropaganda auf angelsächsischer Seite eine wichtige Rolle. Am 30. November 1853 wurde im Hafen von Sinope die osmanische Schwarzmeerflotte von russischen Schiffen innerhalb von zwei Stunden in Brand geschossen und versenkt, nachdem knapp zwei Monate zuvor, am 4. Oktober 1853, das Osmanische dem Zarenreich den Krieg erklärt hatte. Die britischen Leitmedien, allen voran die „Times“, machten daraus das „Massaker von Sinope“. Daraufhin erklärten Großbritannien und Frankreich am 27. beziehungsweise 28. März 1854 Russland den Krieg.

Vorher, Ende Dezember 1853, hatten die beiden westeuropäischen Großmächte bereits eine gemeinsame Flotte ins Schwarze Meer entsandt. Ähnlich wie heute den Vereinigten Staaten bereitete damals dem Vereinigten Königreich allein schon das russische Machtpotenzial Sorgen. Großbritannien fürchtete den Durchstoß der russischen Seemacht durch die Seeengen in das Mittelmeer. In dieser Situation bestiegen die Briten und ihre französischen Verbündeten die Höhle des Löwen. Ihre gemeinsame Flotte belagerte mit Landungstruppen den Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim. Dabei kam es zu einem Stellungskrieg mit starkem Munitionsverbrauch, von dem Kriegsberichterstatter zeitnah berichteten, auch dieses bereits ein Vorgeschmack auf den Ersten Weltkrieg.



Angriff auf den Malakow-Turm: Nach der Erstürmung dieser Befestigungsanlage durch die Franzosen sahen sich die Russen zur Aufgabe Sewastopols gezwungen Bild: Archiv

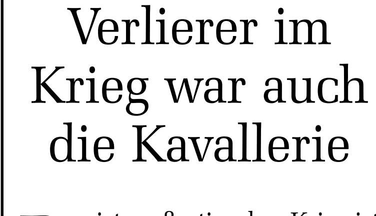
Nach der Erstürmung des Forts Malakow sahen sich die russischen Verteidiger am 8. September 1855 gezwungen, Sewastopol zu räumen. Mit dieser kriegsentscheidenden Niederlage verlor Russland den Status der ersten Macht auf dem europäischen Kontinent, den es in den Befreiungskriegen vom Ersten Kaiserreich Napoleons I. übernommen hatte, an das Zweite Kaiserreich Napoleons III. In dessen Hauptstadt wurden nun Friedensverhandlungen geführt, die in den Frieden von Paris vom 30. März 1856 mündeten. Ein wesentliches Kriegsziel hatten die Briten dabei erreicht. Das Schwarze Meer wurde neutralisiert und demilitarisiert.

Für Berlin, das im Krimkrieg eine konsequentere und weniger zweifelhafte Neutralität gewahrt hatte als Wien, erwies sich dessen Verlauf als vorteilhaft. Der russische Kriegsverlierer konzentrierte in der Folgezeit seine Kräfte und sein Engagement darauf, die Kriegsergebnisse gegen den Widerstand der Kriegssieger zu revidieren, und hatte gar kein Interesse daran, durch Widerstand gegen Berlins Lösung der deutschen Frage mit einer weiteren Großmacht in Konflikt zu geraten. Zudem spielte auch Dankbarkeit für Preußens Neutralität im Krimkrieg eine Rolle, dass Sankt Petersburg Berlin bei der deutschen Einigung im Osten den Rücken freihielt.

1989 war es umgekehrt. Diesmal ging Russland in Vorleistung. Ohne entsprechende Gegenleistung verzichtete Michail Gorbatschow auf die Unterstützung des Regimes in Ostberlin und leistete keinen Widerstand gegen die Vereinigung West- mit Mitteldeutschlands. Entsprechend groß ist die Enttäuschung in Russland, dass Deutschland nun das Regime in Kiew unterstützt und die Vereinigung Russlands mit der Krim bekämpft.

Wie Russland auf vermeintliche Undankbarkeit reagiert, erfuhr Österreich während der deutschen Einigung unter preußischem Vorzeichen. Das Zarenreich hatte dem Habsburgerreich während der 48er Revolution geholfen, gegen den Widerstand ungarischer Separatisten Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Umso enttäuschter war es im Krimkrieg über Österreichs – im Gegensatz zur preußischen – dem Westen wohlwollende Neutralitätspolitik. Die Rechnung für diese vermeintliche Undankbarkeit präsentierte Russland der Donaumonarchie mit einer Preußen wohlwollenden Neutralitätspolitik bei dessen kleindeutscher Lösung der deutschen Frage gegen und ohne Österreich.

Mal sehen, bei welcher Verlegenheit Russland der Bundesrepublik die Rechnung für deren aktuelle vermeintliche oder reale Undankbarkeit präsentiert. *Manuel Ruoff*



Verlierer im Krieg war auch die Kavallerie

„Das ist großartig, aber Krieg ist das nicht, es ist Wahnsinn“, soll der französische General Pierre Bousquet gesagt haben. Er beobachtete gerade, wie seine englischen Verbündeten in der Schlacht bei Balaklawa auf der Krim am 25. Oktober 1854 eine selbstmörderische Attacke starteten. Aufgrund missverständlicher Anweisungen hatte James Thomas Brudenell, 7. Earl of Cardigan und im Krimkrieg Kommandeur der leichten Kavalleriebrigade, seinen 673 Leuten den Befehl gegeben, eine Geschützstellung zurückzuerobern.

Tatsächlich hatte der britische Oberbefehlshaber Lord Raglan eine andere Stellung gemeint, die ebenfalls von russischen Truppen eingenommen worden war. Cardigan aber stellte die ihm über-

Englands großartiger Heldenmythos

mittelten Fehlinformationen nicht infrage, sondern führte seine Reiter durch ein Tal, in dem die Kavalleristen nicht nur von vorne sondern auch von beiden Seiten in russisches Feuer gerieten. Zwei Kilometer weiter und sieben Minuten später lagen 517 Pferde tot oder sterbend am Boden. 300 Kavalleristen starben, waren verwundet oder gerieten in Gefangenschaft. Die anvisierte Stellung konnte zwar kurzzeitig erobert werden, musste aber aufgegeben werden, als russische Kavallerie zum Gegenangriff überging.

„Wird je verblassen euer Ruhm?“, fragte später der englische Dichter Alfred Tennyson in einem berühmten Gedicht über den Angriff der leichten Brigade. Ihre Reiterattacke gilt den Engländern bis heute als großartiger Heldenmythos. Aus militärischer Sicht läutete das blutige Gemetzel allerdings das Ende der Kavallerie als bedeutende Waffengattung ein. Pferde blieben aber noch beinahe hundert Jahre lang unersetzliche Kriegsteilnehmer. Allein im Zweiten Weltkrieg taten 2,75 Millionen Dienst. *FH*

Blut, Leiden, Tod

Ein Augenzeuge erzählt – Schriftsteller Leo Tolstoi im Krimkrieg

Noch während die Kanonen über die Krim pfiffen, notierte Leo Tolstoi seine Erlebnisse über den ersten Stellungskrieg der Geschichte. Mit seinen drei „Sewastopoler Erzählungen“ vom Dezember 1854, Mai und August 1855 gilt er als Pionier eines Genres, das – abgesehen von Bertha von Suttners 1889 veröffentlichtem Roman „Die Waffen nieder!“ – erst im Ersten Weltkrieg „erfunden“ wurde: die (Anti-)Kriegsliteratur.

Dabei war Tolstoi zunächst als Offizier der Zaren-Armee ein glühender Patriot, der sich zwar zögernd, aber für die „liebe Heimat“ entschlossen in die Schlacht warf. Die Erzählungen belegen aber auch seinen Wandel vom stutzerhaften Offizier hin zu einem, der sich vom Krieg angewidert zeigt. Damit spiegelt er wider, was vielen Autoren des Ersten Weltkriegs widerfuhr: Mit andauernder Kriegsdauer und wechselndem Kriegsglück wurden aus anfänglichen Hurra-Patrioten entschiedene Kriegsgegner und Pazifisten.

Als Tolstoi die Erzählungen schrieb, stand er direkt unter dem Eindruck des Erlebten. Das gibt ihnen eine noch stärkere Unmittelbarkeit als etwa Erich Maria Remarques Roman „Im Westen nichts Neues“, der erst lange nach Ende des Ersten Weltkriegs veröffentlicht wurde (1929). Tolstoi könnte als Augenzeuge des Untergangs Sewastopols sogar als erster Kriegsreporter bezeichnet werden. In der ersten Geschichte nimmt der Erzähler den Leser quasi an die Hand und macht mit ihm einen Spaziergang durch das belagerte Sewastopol hinauf zur vierten Bastion, die von allen zum Teil provisorischen

Erst Hurra-Patriot, dann Pazifist

Befestigungsanlagen, mit denen die Stadt rundherum geschützt werden sollte, am meisten umkämpft war. Man sieht versenkte Schiffe, deren Mastspitzen aus dem Wasser ragen, hört die Kartätschen platzen und riecht den Leichengeruch, der aus einem Lazarett dringt.

Mit Kriegsromantik, so macht der Erzähler dem Leser klar, habe das alles nichts mehr zu tun: „Ihr seht den Krieg nicht in der regulären, schönen und glänzenden Form mit Musik und Trommelwirbel, wehenden Fahnen und Generälen auf weißen Pferden, sondern ihr seht den Krieg in seiner wahren Gestalt: in Blut, in Leiden, in Tod.“

Gibt die erste Erzählung noch einen unpersönlichen Überblick über die Belagerung, so sucht Tolstoi in den beiden anderen das individuelle Schicksal. Zunächst das der snobistischen und spielsüchtigen Offiziere, die sich entweder am Krieg bereichern oder ihn als großen Spaß betrachten. Und schließlich das zweier Brüder, die als Soldaten auf der vierten Bastion einen unheldischen, wenn nicht gar sinnlosen Tod erleiden.

Die „Sewastopoler Erzählungen“ sind gleichsam eine Fingerübung Tolstois für sein Hauptwerk „Krieg und Frieden“, wo man als Leser den – napoleonischen – Krieg miterlebt, als wäre man mittendrin. Wie moderne Kriegskunst geht, kann man bei Tolstoi lernen. Mit Kanonen werden die Belagerungsbauten zusammengeschossen, dann fliegen kleinere Mörsergranaten über den Festungsring und zerfetzen die Verteidiger, und zuletzt stoßen die zahlenmäßig überlegenen Belagerer mit einem Gewehrkugelhagel vor und erledigen mit ihren Bajonetten den Rest. So fiel Sewastopol. *Harald Tews*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Der unheimliche Besuchermagnet

Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen wird von interessierten Bürgern regelrecht überrannt



Um mehr Interessierte hereinlassen zu können, müssten die Öffnungszeiten verlängert werden: Gedenkstätte Hohenschönhausen

Bild: pa

Die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen bricht alle Besucherrekorde. In 15 Jahren hat sich der Andrang verzehnfacht. Doch nun sind die Kapazitäten erschöpft. Bund und Land Berlin sind gefragt, zu helfen.

Weder die abgelegene Lage noch politische Anfeindungen haben verhindert, dass die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen jedes Jahr mehr Besucher anzieht. Inzwischen ist der Erfolg sogar zu einem Problem geworden. Zehntausende Interessierte müssen abgewiesen werden.

So haben im Zeitraum von November 2014 bis zum Juni dieses Jahres 837 Gruppen, die eigentlich eine Führung durch das ehemalige Untersuchungsgefängnis der DDR-Staatsicherheit haben wollten, eine Absage erhalten. Nach Angaben der Gedenkstätte entspricht dies mehr als 34 000 Besuchern.

Aus Sicht des Gedenkstättenleiters Hubertus Knabe ist eine höhere Auslastung nur dann möglich, wenn die Öffnungszeiten weiter ausgebaut würden. Gefragt sind damit auch der Bund und das Land Berlin, welche die Gedenkstätte je zur Hälfte finanzieren und bei längeren Öffnungszeiten auch für zusätzliches Personal Geld bereitstellen müssten.

Schon jetzt hat die Gedenkstätte täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet, Gruppen werden meist sogar noch bis 19 Uhr durch das Gelände geführt. Knabe, der seit Dezember 2000 Direktor der Gedenkstätte ist, setzte bereits zu Beginn seiner Amtszeit durch, dass die Tore den Besuchern auch am Sonntag offenstehen. Das Resultat: In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Besucherzahl mehr als verzehnfacht. Wurden 1999 nur rund 41 500 Menschen gezählt, waren es im Jahr 2014 etwa 436 000.

Von der Öffentlichkeit eher wenig beachtet, hat sich die Gedenkstätte damit zu einem wichtigen Ziel von Berlin-Besuchern entwickelt. Ein Grund für den Erfolg: Durch die Räume führen meist ehemalige politische Häftlinge, die aus eigenem Erleben über die Haftbedingungen und Verhörmethoden der Stasi berichten. Da Zellen und Verhörräume fast unversehrt erhalten geblieben sind, vermittelt Hohenschönhausen ein sehr authentisches Bild des Haftregimes. „Wer hier von ehemaligen Häftlingen durch die Zellen geführt wird, der weiß anschließend, was die DDR für ein Staat war", so die Einschätzung von Hubertus Knabe.

Dass die Gedenkstätte zum Ziel von mittlerweile fast vier Millionen Besuchern geworden ist und damit ein Erfolg wird, war bei der Gründung keineswegs absehbar: Sowohl auf die Ausstellung als auch auf Knabe, der Bücher wie „Die Täter sind unter uns – Über das Schönreden der SED-Diktatur" geschrieben hat, hagelte es Anfeindungen.

So hat ein DDR-Historiker in einem Buch namens „Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)" den Vorwurf erhoben, dass den Besuchern in Hohenschönhausen grotesk verzerrte Kulissen vorgeführt würden. Im Keller der Gedenkstätte, dem sogenannten „U-Boot", seien Folterzellen aus der Frühzeit des Gefängnisses nachgebaut worden, die so nie existiert hätten. Welche Zustände in der Frühphase der Anlage tatsächlich geherrscht haben, macht ein Gräberfeld in der Nähe des ehemaligen Gefängnisses deutlich.

> Klassen aus neuen Bundesländern seltener als aus alten

Bestattet sind dort Opfer des Sowjetischen Speziallagers Nr. 3, das die Geheimpolizei NKWD bereits im Juni 1945 auf dem Gelände in Hohenschönhausen errichtet hatte. Geschätzt wird, dass von den 20 000 hier Inhaftierten rund Tausend die Haft in dem Speziallager nicht überlebten.

In der Nachkriegszeit einfach auf einer nahen Müllkippe in Massengräbern verscharrt, sind die sterblichen Überreste von mehr als 200 Insassen des Speziallagers Nr. 3 erst in den 90er Jahren nach aufwendigen Sucharbeiten gefunden worden. Es wird vermutet, dass etliche Opfer bereits zu DDR-Zeiten gefunden und heimlich beiseite geschafft worden sind.

Wie schwer es offenbar immer noch fällt, solche Tatsachen anzuerkennen, macht ein Blick in die Besucherstatistik deutlich. Für viele Schüler gehört der Besuch in Hohenschönhausen ganz einfach zum Pflichtprogramm von Klassenfahrten.

Auffällig ist dabei allerdings, dass sich weitaus mehr Schulklassen aus Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg auf den Weg nach Hohenschönhausen machen als Klassen aus Berlin und den neuen Bundesländern. Ein vermuteter Grund: Wenn das Programm für die Klassenfahrten ausgearbeitet wird, macht so manche Lehrkraft, die bereits in der DDR unterrichtet hat, lieber einen Bogen um das Thema kommunistischer Unrechtsstaat. „Einmal hat eine Lehrerin aus Brandenburg beim Besuch des ehemaligen Gefängnisses hier gesagt, die DDR, die hier gezeigt werde, sei nicht die DDR, die sie erlebt habe", so der Gedenkstättenleiter Knabe.

Wie wichtig die Ausstellungsarbeit und damit die Forderung nach mehr Personal gerade für die Schulen ist, macht eine Studie der Freien Universität Berlin (FU) aus dem Jahr 2012 deutlich. Befragt, ob die DDR als eine Diktatur anzusehen ist, bejahten dies nur ungefähr ein Drittel der befragten 7500 Neunt- und Zehntklässler aus fünf Bundesländern. 40 Prozent der Schüler waren nicht einmal in der Lage, zwischen Demokratie und Diktatur zu unterscheiden. *Norman Hanert*

Weder schreiben noch lesen

Von Vera Lengsfeld

In dieser Woche begann das neue Schuljahr in Berlin. Das war Anlass für ein paar erstaunliche Artikel in den Hauptstadtblättern. Berliner Schüler, wenn sie nicht gerade in ihr Smartphone tippen, wo es auf Orthographie sowieso nicht ankommt, haben eine miserable Rechtschreibung.

Das geht aus einer Auswertung von Vergleichsarbeiten in den dritten Klassen hervor. Demnach erfüllt die Hälfte der Drittklässler nicht einmal die Mindeststandards, die von der Kultusministerkonferenz für die Rechtschreibung angesetzt wurde: Berliner Schüler können maximal „lautgetreu" schreiben, bringen also nur zu Papier, was sie hören. „Stuhl" wird „schtul", das „Fahrrad" zum „varat". Der Schreck bei den Auswertern war so groß, dass diese Erkenntnis bislang nur verwaltungsintern diskutiert wurde. Jetzt steht ihr Urteil, „alarmierend", endlich in der Presse. Wer sich damit trösten möchte, dass dies dem hohen Ausländeranteil in den Hauptstadtchulen geschuldet sei, dem sei gesagt, dass das nur die halbe Wahrheit ist. Auch „biodeutsche" Kinder haben eine vergleichbare Rechtschreibschwäche. Ganze 45 Prozent bleiben an der untersten Hürde hängen. Bei den Klassenkameraden mit anderer Herkunft sind es 64 Prozent.

Das heißt, gegenwärtig verlassen etwa die Hälfte aller Schüler die Grundschule ohne die notwendigen Rechtschreibfähigkeiten. Mit der Lesekompetenz sieht es nicht besser aus. Hier schneiden die deutschsprachigen Schüler etwas besser ab als ihre anderssprachigen Klassenkameraden. Insgesamt liegt die Fähigkeit zum flüssigen Lesen unter 50 Prozent. An der Vergleichsarbeit, ausgerechnet „Vera" genannt, hatten 2014 rund 23 000 Schüler teilgenommen. Ausgewertet wurde sie vom Institut für Schulqualität (ISQ) Berlin-Brandenburg. Das war auch der Grund, weswegen die Ergebnisse nicht veröffentlicht, sondern lediglich den Schulen zur Verfügung gestellt werden sollten.

Als Grund für das Desaster wird übrigens mangelnde Kompetenz der Lehrer im Umgang mit fremdsprachigen Schülern angegeben. Das Problem wird sich nun verschärfen. Im neuen Schuljahr besuchen etwa 70 Prozent mehr Kinder ohne Deutschkenntnisse spezielle Willkommensklassen als im vergangenen Schuljahr, wie die Senatsbildungsverwaltung unlängst mitteilte.

Insgesamt sollen 431 Klassen für fast 5000 Kinder benötigt werden. Im Schuljahr 2014/15 waren es dagegen rund 2900 Schüler. Zwar soll die Zahl der Lehrer entsprechend aufgestockt worden sein. Ob die kompetenter sind, was die nötigen speziellen Fähigkeiten betrifft, als ihre Kollegen, bleibt abzuwarten. Berlin droht Bildungsferne!

Politisch ausgeschlachtet

Politiker und RBB: Brandanschlag AfD-Chef Gauland vorgehalten

Der Angriff auf ein Asylheim in Brandenburg hat heftige Angriffe auf die AfD in der Mark zur Folge. Führende Politiker ebenso wie der regionale staatliche Sender RBB machen die Partei de facto haftbar für den Anschlag.

Nachdem in Nauen bei Berlin eine Turnhalle von Unbekannten angezündet worden war, brachte der RBB unter der reißerischen Überschrift: „Flüchtlingsunterkunft in Brandenburg: Mittäter, Mitwisser, stille Unterstützer" einen Kommentar des Redakteurs Olaf Sundermeyer: „Der mutmaßliche Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft in Nauen facht das fremdenfeindliche Feuer weiter an. Entstanden ist es aus der Hitze, die Pegida, die AfD und rechtsextreme Gruppen über Monate verbreitet haben – und die längst einen Teil der Bevölkerung erfasst hat. Davon fühlen sich die Täter anerkannt. Das muss aufhören." Der RBB verschweigt, dass die Täterschaft ungeklärt ist.

AfD-Landes- und Fraktionschef Alexander Gauland hatte nach der Brandstiftung erklärt: „Wären die Bürger einbezogen worden und hätten sie das Gefühl, dass nicht nur sie und die Kommunen gefordert werden, sondern auch die Politik auf Bundes- und Landesebene alles tut, um der Situation Herr zu werden, ließen sich Reaktionen wie jetzt in Nauen sicherlich verhindern".



Nauen: Sporthalle brennt Foto: pa

Gaulands Forderung nach Bürgerbeteiligung findet die brandenburgische SPD-Generalsekretärin Klara Geywitz „abscheulich". Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) formulierte nebulös, ohne Nennung eines Adressaten: „Distanzieren Sie sich vom fremdenfeindlichen Mob!"

Kommentator Sudermeyer versucht dagegen ganz offen, Gauland in moralische Haftung zu nehmen: „Mit ihrem bewusst inszenierten Schulterschluss mit der rassistischen Pegida-Bewegung hatte die Brandenburger AfD schon im Dezember dafür gesorgt, dass ihre zahlreichen Wähler einen Schritt weiter gehen: Von der Wahlurne hin zum offenen Aktivismus gegen Migranten." *Hans Lody*

Rot-Rot-Grün

Sachsen-Anhalt: Planspiele für 2016

Wird Sachsen-Anhalt 2016 rot-rot-grün? Schon 2011 wäre in Sachsen-Anhalt nach der damaligen Landtagswahl ein solches Bündnis rechnerisch möglich gewesen. Da die „Linke" aber mit 23,7 Prozent stärker war als die SPD mit nur 21,7, sahen die Sozialdemokraten davon ab und koalierten mit der CDU. Inzwischen dreht sich der Wind.

> SPD will wieder den Chef stellen

SPD-Spitzenkandidatin Katrin Budde: „Wenn ich das ganz ehrlich sagen soll, dann wäre es schön, wenn die SPD nach zehn Jahren Großer Koalition unter der CDU nach einer Wahl andere Möglichkeiten hätte." Zudem sei es Zeit für eine Frau an der Spitze der Landesregierung. Sie würde auch mehr Frauen ins Kabinett berufen.

Nach einer Fehlleistung des SPD-Finanzministers Jens Bullerjahn fühlte sich dieser vom Koalitionspartner „im Stich" gelassen. Er drohte mit Rücktritt und „Thüringer Verhältnissen". Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender der „Linken", frohlockte daraufhin, dass die schwarz-rote Landesregierung in ihrer Gänze gescheitert sei. Die SPD solle sich klar zu einem Bündnis mit Linken und Grünen bekennen.

Zwar hätte Rot-Rot-Grün nach derzeitigem Stand eine Mehrheit. Dennoch bleibt die Option eines solchen Bündnisses von Mitte-Links bis Linksaußen eine Rechnung mit einigen Unbekannten. Sollte die AfD, wie beim Nachbarn Brandenburg, mit einem zweistelligen Ergebnis in den Landtag einziehen, würde es eng für die rot-rot-grünen Planspiele. Das Gleiche gilt, wenn die Grünen, in den neuen Bundesländern ohnehin eher schwach, aus dem Landtag flögen. *H.L.*

Ausländische Tatverdächtige

Der Anteil ausländischer Angeklagter oder solcher mit „Migrationshintergrund" vor den Berliner Strafgerichten macht jede Woche etwa 50 bis 70 Prozent der Angeklagten aus. So lauteten beispielsweise die Vornamen von 28 Angeklagten in der Verhandlungswoche vom 24. bis 28. August: Murat, Nureddin, Moussa, Abdulrahman, Hüseyn, Muhammed, Caglar, Nedzib, Abdelkaber, Sobhi, Mehmet, Grzegorz, Juri, Pavel, (noch ein) Murat, Nihat, Sed, Ibrahim, Milos, Selcuk, Deniz, Nsingui, Hariz, Fatih, Moustafa, Nureddin, Kadir („und andere"), Amin. Dagegen trugen nur 13 Angeklagte deutsche Vornamen: Martin, Arnold, Ingo, Frank, David, Sebastian, Jan, René, Christian, Robert, Dirk, Frank, Torsten. Die Verhandlungen gegen die Genannten wurden vor allem vor dem Berliner Landgericht, eine auch vor dem Amtsgericht Tiergarten sowie zwei vor dem Kammergericht geführt. *Michael Leh*

der Übung

MELDUNGEN

Puerto Rico vor dem Bankrott

San Juan – Der Freistaat Puerto Rico, eines der sogenannten Außengebiete unter der Hoheitsgewalt der Vereinigten Staaten von Amerika, dessen Name „reicher Hafen“ bedeutet, steht vor dem Bankrott. Humorbegabte Finanzanalysten vergleichen die Karibikinsel schon mit Griechenland. Die ganze Verwaltungseinheit ist an US-Hedgefonds verpfändet, die einen Großteil der finanziellen Ansprüche aufgekauft haben. Sie fordern jetzt in einem Strategie-Papier wesentliche Kürzungen in dem ohnehin nicht üppig ausgestatteten Finanz- und Bildungsbereich, da zu viel Geld dorthin fließe. Lohnersatzleistungen müssten gekürzt und Schulen geschlossen werden. Das Programm trägt den verheißungsvollen Namen „Für Puerto Rico – es gibt einen besseren Weg“. Jetzt schon lebt die Hälfte der Kinder auf Puerto Rico unterhalb der Armutsgrenze. *F.S.*

Polen streiken in Großbritannien

London – Ein groß angekündigter Streikaufruf, der von Lesern der Wochenzeitung „Polish Express“ initiiert worden war, ist auf eine nur geringe Resonanz gestoßen. Für den 20. August waren in Großbritannien lebende Polen dazu aufgerufen worden, die Arbeit niederzulegen und sich an einer Großdemonstration zu beteiligen. Medienberichten zufolge waren am Londoner Versammlungsort allerdings weniger demonstrierende Polen als Journalisten präsent. Geplant war die Aktion als Protest gegen eine den Initiatoren zufolge grassierende antipolnische Stimmung in Großbritannien. Geschätzt wird, dass seit dem EU-Beitritt ihres Landes mehrere Hunderttausend Polen ins Vereinigte Königreich gezogen sind. *N.H.*

Italien droht die Spaltung

Der Süden fällt wirtschaftlich immer mehr zurück – Klischees tun ein Übriges

Matteo Renzi galt als eine Mischung aus John F. Kennedy und Barack Obama, als er vor mehr als einem Jahr Regierungschef in Rom wurde. Doch jetzt wird der italienische Ministerpräsident von den Sünden der Vergangenheit heimgesucht. Das Land steht vor einer Spaltung.

Wie eine Studie des Wirtschaftsinstituts Svimez vor einigen Wochen bekanntgab, ist das Wachstum im italienischen Süden noch geringer als in Griechenland. Der aus Neapel stammenden Buchautor Roberto Saviano wandte sich daraufhin schriftlich an den Regierungschef: „Der Süden stirbt. Alle fliehen, sogar die Mafia“, klagt der 35-Jährige in einem offenen Brief und fordert: „Sie haben die Pflicht einzugreifen.“ Bei Renzi kamen diese Worte gar nicht gut an. Er versuchte sich zu diesem Zeitpunkt gerade in Weltpolitik und beschied den Süditalienern aus dem fernen Japan, sie sollten „endlich mit dem Geweine aufhören“.

Doch Savianos Brandbrief hat den Nerv vieler Italiener getroffen. Seine Heimatstadt Neapel gilt als Innbegriff des Scheiterns. Die Touristenzahlen gehen seit Jahren zurück, als zu gefährlich gelten Besuche in der historischen Altstadt. Die Stadt beschäftigt Tausende von überbezahlten Müllmännern, die sich teilweise in einem Dauerstreik befinden, der Abfall wird liegengelassen oder von Mafia-Clans auf illegalem Wege entsorgt. „Zum Weinen“ findet dies Saviano und stellt fest, „dass die Mafia den Süden ausgepresst hat wie eine Zitrone. Jetzt ist er Saft raus und die Mafia zieht weiter.“ Experten warnen seit Langem vor dem langen Arm der Mafia in ganz Europa. „Wir bitten Europa, nicht den gleichen Fehler wie einige Regionen in Italien zu machen, als sie die Existenz der Mafia in Mailand ignorierten“, sagte Rosy Bindi, Vorsitzende des Anti-Mafia-Ausschusses im italienischen Parlament, gegenüber der Deutsche Presse-Agentur (dpa). Passend zum Skandal in Rom kam die Veröffentlichung der Anti-Korruptions-Organisation „Transparency International“, der zufolge Italien das korrupteste Land in der Euro-Zone ist.

Während in der gesamten Euro-Zone die Volkswirtschaften zwischen 2000 und 2013 um 37 Prozent wuchsen, brachte es Italien auf gerade einmal 20 Prozent. Zwar expandierte der Norden kräftig, dort sind die wirtschaftlichen Daten gut. Der „Speckgürtel“ um Mailand gilt als eine der reichsten Regionen innerhalb der EU. Italiens Süden fällt aber ökonomisch immer weiter zurück. Die Südhälfte brachte es in 13 Jahren nur auf magere 13 Prozent. Zum Vergleich: Die Wirtschaft

> Brandbrief an Ministerpräsident Matteo Renzi

Griechenlands wuchs im selben Zeitraum um 24 Prozent. 2014 fiel im Süden sogar die Wirtschaftsleistung pro Einwohner. Sie liegt jetzt nur noch bei 64 Prozent des italienischen Durchschnitts. Auf ähnlich niedrige Werte sind die Einkommen und die Konsumausgaben der süditalienischen Familien gefallen. Die Beschäftigung sackte auf den tiefsten Stand seit 1977. Zudem geht die Einwohnerzahl zurück. Während das Pro-Kopf-Jahreseinkommen in Südtirol 37 000 Euro beträgt, ist es im Süden auf unter 17 000 Euro gefallen.

„Se muore il Sud“ (Wenn der Süden stirbt) lautet der Titel eines Bestsellers der Enthüllungsjournalisten Gian Antonio Stella und Sergio Rizzo, und ihre Antwort klingt besorgniserregend: „Wenn Italiens Süden stirbt, dann stirbt nicht nur Italien, sondern vielleicht sogar Europa.“ „Wer gut ausgebildet ist und sich Chancen auf dem Arbeitsmarkt ausrechnet, der geht“, schreiben Stella und Rizzo und erinnern an die Zeit, als Millionen Süditaliener nach Amerika auswanderten oder als Hunderttausende als Gastarbeiter nach Deutschland zogen. „Es gibt viele gute Universitäten im Süden“, konstatiert zwar der Wirtschaftsexperte Felice Spingola, aber: „Viele junge Leute studieren, werden dann nicht gebraucht und verlassen die Region.“

Die Probleme des Südens sind struktureller Natur, und da helfen auch keine Milliarden aus Brüssel und Rom. Aus EU-Fonds und dem italienischen Staatshaushalt lagen für die Jahre 2007 bis 2013 insgesamt 91 Milliarden Euro bereit. 49,4 Milliarden, also mehr als die Hälfte, wurden gar nicht abgerufen. „Man wusste offenbar einfach nicht, was tun damit“, schreibt „Spiegel Online“.

Trotzdem hat die Regierung nun ein „Sofortprogramm“ für den Herbst angekündigt. 80 Milliarden Euro sollen in Investitionen fließen. Ob diese Mittel richtig eingesetzt werden, ist fraglich. „Die politische Klasse ist seit 40 Jahren dort an der Macht. Viele haben ein primäres Interesse daran, ihre eigene Position zu sichern, anstatt die Weiterentwicklung der Region voranzutreiben“, sagt Spingola und fordert: „Es wird Zeit, dass Renzi nicht nur redet, sondern handelt.“

Die Spaltung des Landes spiegelt sich nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Mentalität und in dem Bild vom jeweils anderen wider. Die verächtlich „Kartoffelköpfe“ genannten Norditaliener gelten als jung, schick, erfolgreich und dynamisch, aber hätten keinen Sinn für traditionelle Werte wie Familie und Ehre. Den despektierlich als „Erdfresser“ bezeichneten Süditalienern wird hingegen seitens des Nordens nachgesagt, faul, primitiv und korrupt zu sein. Als Umberto Bossi, der frühere Vorsitzender der antizentralistischen Lega Nord, seine Landsleute südlich von Rom als „Bimbos mit glatten Haaren“ beschimpfte, jubelten ihm die Massen zu. *Peter Entinger*



Die Spuren von Verfall und Niedergang prägen das Bild der Stadt, die eigentlich das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum Süditaliens sein sollte: Neapel, Hauptstadt der Region Kampanien Bild: Ullstein

Henker per Anzeige gesucht

Saudi-Arabien hat eine der höchsten Hinrichtungsraten der Welt

Die Stellenanzeige auf einem Portal der saudi-arabischen Regierung kam nüchtern daher. Exakt wurde das Anforderungsprofil beschrieben. Anfang des Jahres suchte man in Riad acht neue Henker. Gesucht werden Männer, welche die Todesstrafe und die Strafe für Diebstahl vollstrecken. Die Bewerber sollen verurteilte Straftäter je nach Urteil entweder enthaupten oder ihnen Gliedmaßen amputieren. Besondere Qualifikationen seien nicht von Nöten. Das Stellengesuch hat seine Gründe: Körperliche Sanktionen haben im Königreich Hochkonjunktur. 175 Menschen wurden im vergangenen Jahr hingerichtet, mehrere Hundert Hände nach Diebstählen abgehakt.

Die Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ sprach kürzlich von „barbarischen Zuständen“. Seit 1985 seien insgesamt mindestens 2200 Menschen in Saudi-Arabien hingerichtet worden. Seit der neue König Salman Anfang Januar den Thron bestiegen habe, habe die Häufigkeit von Hinrichtungen noch einmal zugenommen. Die Organisation kritisiert vor allem, dass die Regierung in Riad sämtliche internationalen Standards missachte. So würden Minderjährige exekutiert, teilweise Ausländer, denen weder Anwalt noch Dolmetscher zur Verfügung gestellt worden seien. Auch vor der Hinrichtung geistig behinderter Menschen mache man nicht halt. Mit Sorge beobachtet Amnesty International zudem, dass sich religiöser Fundamentalismus breit macht. So wurde die Todesstrafe auch an Männern und Frauen vollstreckt, die sich angeblich vom Islam abgewendet oder außerehelichen Sex gehabt hatten. Neuerdings wird auch der Straftatbestand der Hexerei mit dem Tod bestraft. Die Hinrichtungen, die entweder durch das Beil oder durch

> Wohl kein Thema bei König Salmans aktueller USA-Visite

Erschießung vollzogen werden, finden in aller Regel öffentlich statt. Die Leichen werden oftmals tagelang zur Schau gestellt, ein Szenario, das an Aktionen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ in Syrien oder dem Irak erinnert.

Doch die Vereinten Nationen halten sich mit Kritik an den Zuständen zurück, denn Saudi-Arabien ist seit Jahrzehnten der engste Verbündete der USA in der arabischen Welt. Für die Vereinigten Staaten ist Saudi-Arabien traditionell ein strategischer Machtfaktor in der Golfregion. Wegen des Atomabkommens zwischen den USA und dem Iran hat sich das Verhältnis in den vergangenen Monaten jedoch stark abgekühlt. Im Mai war König Salman aus diesem Grund nicht zu einem Gipfeltreffen der arabischen Golfstaaten in die USA gereist. Hingegen hat Riad die Gespräche mit Russland intensiviert, eine Entwicklung, die man in Washington mit Sorge beobachtet.

Statt zum Gipfeltreffen im Mai kommt Salman nun dieses Wochenende zu Besuch in die USA. Beobachter gehen davon aus, dass Obama seinen Gast nach dem Atomabkommen mit dem Iran nicht zusätzlich reizen will und deshalb bei seinem Treffen mit dem Monarchen auf eine Thematisierung von Menschenrechtsfragen verzichten wird.

Belehrungen aus dem Ausland sind in Saudi-Arabien gar nicht willkommen. Das hat der saudische Außenminister Adel Dschubair bei einem Besuch in Berlin Anfang August unmissverständlich deutlich gemacht. Es ging um den Fall eines Bloggers, der zu zehn Jahren Haft und 1000 Peitschenhieben verurteilt worden ist. Die Justiz seines Landes werde unabhängig entscheiden, sagte Dschubair, und: „Wir akzeptieren keine äußere Einmischung“. *P.E.*

Wider den Multikulti-Gau

Schweizer Armee übt den Umgang mit Asylbewerberströmen

Deutschland wird mit seiner Einwanderungspolitik für seine Nachbarn zum Sicherheitsrisiko. Vermehrt werden uniformierte Grenzbeamte an den polnischen Grenzbahnhöfen beobachtet, die südländisch aussehende Einreisende kontrollieren. Die neue bürgerliche Regierung in Dänemark ist dabei, Maßnahmen gegen die anschwellende Asylbewerberflut zu ergreifen. Und in der Schweiz wird vom 16. bis 25. September das Militärmanöver „Conex 15“ durchgeführt.

Die Bevölkerung des Landes wünscht keine „Multikulti“-Umformung ihres Landes und hat das bei Wahlen und Abstimmungen mehrfach bekundet. In der Ankündigung der Armee heißt es: „In einem fiktiven Europa der Zukunft, mit neuen Ländern und Grenzen, herrscht Wirtschaftskrise. Die Folgen wirken sich auch auf die Schweiz aus: Verknappung der Vorräte, Schwarzhandel, kriminelle Organisationen. Große Öl-, Gas- und Getreidevorräte werden zum Ziel von Sabotagen und Plünderungen. Außerdem führen ethnische Spannungen zu größeren Flüchtlingsströmen in die Schweiz.“ Im Rahmen der Übung wird das Grenzwachtkorps verstärkt und die zivilen Partner der Kantone (Polizei, Feuerwehr, Sanitätsdienst) subsidiär unterstützt.

Die Streitkräfte werden mit dem Schutz besonders gefährdeter Infrastrukturen der Telekommunikation, der Stromversorgung und der Lebensmittelverteilung beauftragt. An der Übung sind drei Kampfbataillone, eine Hundeführerkompanie, Militärpolizei, Katastrophenschutz und Sanitätseinheiten beteiligt. Die genannten Einheiten werden mit dem Gros ihrer Bestände und Fahrzeuge teilnehmen. Die Armee wird dabei die Zusammenarbeit mit zivilen Partnern wie dem schweizerischen Rheinhafen Basel,

> Bundesdeutsche Antifa will die Übung »Conex 15« stören

dem Universitätsspital Basel, dem Grenzwachtkorps und den Schweizerischen Bundesbahnen sowie mit den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn einschließlich deren Polizeikorps demonstrieren. Auch eine Formation der Luftwaffe ist beteiligt. Den Abschluss der Übung bildet eine große Parade in Zofingen. Die Bevölkerung ist eingeladen, die Übung zu besuchen.

Genau das könnte jedoch zum Problem werden. Gewaltbereite linksextreme Schlägerbanden aus der Bundesrepublik haben bei „Indymedia“ angekündigt, eine Demonstration „NoBorder – No-Nation – NoConex“ als Teil des „Widerstandes“ gegen diese Armeeübung, zu organisieren. Das „Migrationsregime“ soll gestört und sabotiert werden. In dem Aufruf heißt: „Wir verlangen nicht mehr Demokratie oder einen gerechteren Kapitalismus ... Unsere einzige Antwort ist die Wut über diese Welt mit ihren Grenzen und Mauern und die Solidarität mit all jenen, die in den Lagern und Knästen dieses Systems verschwinden, weil sie angeblich nicht hierher gehören.“

Linke Schlägerbanden haben sich in der Vergangenheit in Österreich und Polen betätigt. Das konsequente Auftreten der polnischen Polizei führte dazu, daß die Antifa inzwischen um das Land einen großen Bogen macht. Die Verurteilung des Jenaer Schlägers Josef Slowik in Wien führte hingegen in der bundesdeutschen Politik und Presse zu solidarischen Aufgeregtheiten. Von der Nachhaltigkeit des Durchgreifens der schweizerischen Sicherheitskräfte und Justiz wird es abhängen, ob die bundesdeutsche Antifa das Nachbarland ind einmal heimsucht oder verschont. Einsitzende Terroristen können während ihrer Haft keine neuen Straftaten begehen. *Theo Maas*

Ukraine steht am Abgrund

Unruhen vor Kommunalwahlen in Kiew – Wirtschaftsflaute trotz Westorientierung

Der Ukraine steht ein neuer heißer Herbst bevor: Im Osten des Landes toben trotz des Minsker Abkommens immer wieder Kämpfe, in Kiew wollen radikale Nationalisten politische Reformen verhindern, die dem Donbass einen Sonderstatus verleihen würden, derweil das Land wirtschaftlich am Abgrund steht.

Vor dem Parlamentsgebäude in Kiew spielen sich dieser Tage Szenen eines Bürgerkriegs ab: Schwer bewaffnete Polizisten stehen organisierten Horden des „Rechten Sektors“ gegenüber. Es gab einen Toten und hunderte Verletzte. Im Parlament sieht es nicht viel besser aus. Tumultartige Szenen von Politikern, die über eine geplante Verfassungsänderung bezüglich eines Sonderstatus der Separatistenrepubliken Donezk und Lugansk in heftigen Streit geraten, flimmerten über die TV-Bildschirme. Offensichtlich liegen die Nerven der ukrainischen Politiker kurz vor den Kommunalwahlen blank. Diese sollen am 18. Oktober in den Separatistenrepubliken und am 1. November in Kiew durchgeführt werden.

Es wird damit gerechnet, dass sich das Personalkarussell in der Regierung ordentlich drehen wird. Regierungschef Arsenij Jazenjuk selbst hat kürzlich angedeutet, dass er nach den Wahlen erhebliche Umbesetzungen in der Regierung vornehmen wolle. Doch ist ungewiss, ob er sein Amt behalten wird. Seine Umfragewerte sind aufgrund des offensichtlichen Niedergangs der ukrainischen Wirtschaft im Keller. Reformen wurden nicht umgesetzt, die Lebenshaltungskosten steigen und die galoppierende Inflation machen die Regierung bei den Bürgern nicht gerade beliebt.

Hilfe vonseiten der EU ist im Augenblick nicht zu erwarten. Zum einen erfüllt die Ukraine nicht die von der EU geforderten Bedingungen. Reformen sowie Korruptionsbekämpfung wurden nicht einmal ansatzweise umgesetzt, zum anderen haben Griechenlandrettung und das Flüchtlingsproblem in der EU das Thema Ukraine auf einen der hinteren Plätze verwiesen.



Vor dem Kiewer Parlamentsgebäude: Organisierte Schläger des „Rechten Sektors“ wollen ihre Forderungen gewaltsam durchsetzen Bild: Getty

Wirtschaftlich ist Kiew auf die Steuereinnahmen aus dem Osten der Ukraine angewiesen. Präsident Petro Poroschenko steht vor der Wahl, entweder die Gebiete Lugansk und Donezk gewaltsam mit einer neuen großen Militäroperation zurückzuholen oder sich auf Verhandlungen und eine – wie im Minsker Abkommen geforderte – Dezentralisierung und einen Sonderstatus der Separatistenrepubliken einzulassen.

Das gesamte produzierende Gewerbe und alle Bergwerke sind auf dem von Separatisten kontrollierten Territorium verblieben. Sie teilen ihre Steuereinnahmen weiter mit Kiew. Wie der Ex-Bürgermeister von Donezk, Alexander Lukjantschenko, berichtet, haben diese Unternehmen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres umgerechnet 142 Millionen Euro zum Haushalt der Ukraine beigesteuert, das seien 52 Prozent aller Steuern, die im Gebiet eingenommen wurden. Im vergangenen Jahr waren es noch 406 von 772 Millionen Euro, die Firmen, welche im Osten angesiedelt, aber in der Ukraine registriert sind, nach Kiew abgeführt haben. Das bedeutet, der Geldfluss aus dem Donbass nimmt allmählich ab. Die Firmen im Lugansker und Donezker Gebiet wurden vor dem Großangriff der ukrainischen Armee aufgefordert, ihren Sitz in von Kiew kontrollierte Orte zu verlegen, was einige auch taten wie der Oligarch Rinat Achmetow. Ein Ex-Abgeordneter der „Partei der Regionen“, Jefim Zwjagilskij, finanziert allerdings die Separatisten mit dem Verkauf der Kohle aus seinem Bergwerk in die Ukraine und nach Russland. Laut Informationen des ukrainischen Energieministeriums werden in den „nicht kontrollierten Gebieten“ täglich 15 000 Tonnen Kohle abgebaut, doch ist auch hier ein Rückgang zu verzeichnen. In Lutugino verlor mit 789 Arbeitern etwa ein Drittel der Beschäftigten des örtlichen Bergwerks seine Arbeit. In anderen Gruben sind die Zahlen ähnlich düster.

Regierung ist auf Steuern aus dem Donbass angewiesen

Findige Geschäftsleute haben in den Kriegswirren Nischen für illegale Tätigkeiten entdeckt. Es handelt sich um Firmen, die von russischen Unternehmern aufgekauft worden sind und die freiwillig Geld nach Kiew überweisen, um die EU-Sanktionen zu unterlaufen.

Die Situation zeigt, dass West- und Ostukraine schicksalhaft miteinander verbunden sind. Verschlechtert sich die Lage im Osten weiter, bleiben Steuereinnahmen aus, wird sich das auch auf den Westen des Landes auswirken. Mitarbeiter in der Ostukraine berichten von Kurzarbeit, 58 Stunden Arbeit im Monat seien keine Seltenheit. Davon betroffen sind vor allem die Lebensmittelbranche und der Einzelhandel. Viele Einkaufszentren sind nur noch im Umfang von 15- bis 20 Prozent der normalen Zeiten geöffnet. Dramatisch könnte sich für die Ukraine der Gaspreis auswirken. Der staatliche Konzern Naftogaz, der seit Juli kein russisches Gas mehr bezieht, hat kürzlich Gazprom um einen Vorschuss für den Gastransit nach Europa gebeten. Die Ukraine benötigt das Geld dringend, um die eigenen Gasspeicher aufzufüllen. Poroschenko hat es nicht geschafft, europäische Finanzhilfen zum Gaskauf für die Winterreserven zu bekommen. Seit dem Frühling hat Kiew Verhandlungen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationalen Finanz-Corporation sowie mit der Weltbank über einen Kredit in Höhe von einer Milliarde US-Dollar geführt, ohne Erfolg. Grundsätzlich haben die Russen nun Verhandlungsbereitschaft gezeigt, wollen aber vom Preis von 247,17 US-Dollar je 1000 Kubikmeter Gas nicht abrücken. Zum Vergleich: Für Erdgas aus Europa zahlt Naftogaz durchschnittlich 275 Dollar pro 1000 Kubikmeter.

Wenn die EU der Ukraine nicht hilft und die Friedensverhandlungen scheitern, muss sich Brüssel nicht wundern, wenn die ukrainische Regierung die Nähe zu den USA sucht. Es gibt Hinweise darauf, dass der US-amerikanische Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, ohnehin schon die Fäden in der Hand hält. Er soll nicht nur den „Rechten Sektor“ beeinflusst, sondern auch den aufmüpfigen Oligarchen Igor Kolomojskij dazu bewegt haben, von seinem Posten des Gouverneurs von Odessa zurückzutreten. Neueste Gerüchte besagen, dass Jazenjuk vorgeschlagen wurde, sein Amt als Regierungschef gegen das des National-bank-Chefs einzutauschen. Regierungschefin könnte dann die jetzige Finanzministerin Natalja Jaresko werden, eine ukrainischstämmige US-Amerikanerin, die erst kürzlich in die Ukraine zurückgekehrt ist. Die neue Regierung würde vermutlich ihre Eigenständigkeit zugunsten fremder Interessen noch mehr aufgeben, als sie es jetzt schon tut.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

71 Millionen für Grenzzaun

Reval – „Zu 100 Prozent und rund um die Uhr“ will Estland seine Grenze zu Russland überwachen und schützen. Zu diesem Zweck will das baltische Land auf etwa 110 Kilometern Länge eine 2,50 Meter hohe Mauer mit Stacheldraht ab dem Jahr 2018 errichten. Für den Schutz der Grenze sollen auch Videokameras und Drohnen zum Einsatz kommen. Der Gesamtwert der Anlage wird 71 Millionen Euro betragen. Grund dafür soll eine Überprüfung der russischen Generalstaatsanwaltschaft gewesen sein bezüglich der Rechtmäßigkeit der Anerkennung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten im Jahr 1991. Estland befürchtet eine Verletzung seiner Grenzen. *MRK*

Mittelschicht schrumpft

Essen – Die deutsche Mittelschicht schrumpft. Nach einer Studie der Universität Duisburg-Essen sank der Anteil der Haushalte mit einem Bruttoeinkommen von 2000 bis 7000 Euro zwischen 1993 und 2013 von 56 auf 48 Prozent. Der Niedergang bis etwa 2005 ist Wirtschaftskrisen geschuldet. Überrascht zeigen sich Experten, dass trotz Aufschwung und Beschäftigungsrekord die Mittelschicht danach nicht wieder gewachsen ist. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.062.728.152.760 €
Vorwoche: 2.062.627.534.072 €

Verschuldung pro Kopf:
25.441 €
Vorwoche: 25.439 €

(Dienstag, 1. September 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Investitionen: Fehlanzeige

Das dritte Rettungspaket für Griechenland vermittelt kaum Impulse

Gleich die erste Überweisung im Zuge des dritten Rettungspakets macht deutlich, was Griechenland in den kommenden Jahren generell bevorsteht. Von den 13 Milliarden Euro, die der Euro-Rettungsfonds ESM nach Athen überwiesen hat, flossen nach Angaben des griechischen Finanzministeriums umgehend zwölf Milliarden an die Europäische Zentralbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF), wobei die EZB 3,4 Milliarden erhielt. Hätte Griechenland die Zahlung nicht gerade noch fristgerecht geleistet, wäre der Zentralbank kaum etwas anderes übrig geblieben, als Athen den Geldhahn zuzudrehen.

Nicht nur die erste Rate, sondern die gesamte Kalkulation des bis 2018 laufenden Rettungspakets für Griechenland hinterlässt den Eindruck, als würden mit den Hilfsmilliarden vor allem die „Euro-Retter“ vor einem Gesichtsverlust bewahrt. So sind von den 86 Milliarden Euro, die in den kommenden drei Jahren nach Athen fließen sollen, bereits 54 Milliarden Euro für Rückzahlungen an die EZB, den IWF und den Euro-Rettungsfonds ESM reserviert. Weitere sieben Milliarden Euro sollen zur Begleichung von Zahlungsrückständen Athens im In- und Ausland dienen.

Sieht man von 25 Milliarden Euro ab, mit denen der griechische Bankensektor rekapitalisiert werden soll, bleibt für Investitionen in Griechenland selbst kaum Geld übrig. Durchaus zweifelhaft ist etwa, ob die Gelder zur Bankenrekapitalisierung am Ende in der Realwirtschaft Griechenlands ankommen werden. Die Erfahrungen in der übrigen Euro-Zone seit der Finanzkrise 2008 sprechen dagegen.



Jean-Claude Juncker

Auch Griechenlands Staatshaushalt wird weitgehend ausfallen, wenn es um Investitionen geht. Aus dem Hilfspaket ist für die Regierung lediglich ein Bargeld-Puffer von 7,6 Milliarden Euro vorgesehen. Zusätzliche Einsparungen und Privatisierungserlöse sollen den Spielraum erhöhen.

Inzwischen sind sogar Befürchtungen aufgekommen, dass das Volumen des dritten Hilfspakets zu klein ist, um die griechischen Zahlungsverpflichtungen abzudecken. So berichtete die griechische Tageszeitung „Kathimerini“, dass staatliche Versicherungsfonds möglicherweise demnächst auf Auslandskredite zurückgreifen müssten, um Pensionen auszahlen zu können.

Abzuwarten bleibt ebenso, ob sich die 35 Milliarden Euro als hilfreich erweisen werden, die EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mittlerweile aus den Brüsseler Töpfen in Aussicht gestellt hat. Schon die Milliarden, die seit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1981 nach Griechenland geflossen sind, haben sich aus Sicht von Kritikern als „süßes Gift“ erwiesen, mit dem lediglich der Konsum und Subventionsbetrug befeuert wurden. *Norman Hanert*

Alternative Internet-TV

Videos über das Netz anzusehen, bietet gleich mehrere Vorteile

Nachdem die digitale Revolution schon der Musikindustrie sowie Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen zugesetzt hat, stellt das Internet nun auch noch das Geschäftsmodell vieler Fernsehsender in Frage. Auf dem Vormarsch sind Anbieter wie Netflix, Maxdom oder Amazon, die Videos über das Internet anbieten. Die Portale bieten im Vergleich zu herkömmlichen Sendern gleich mehrere Vorteile.

So können die Zuschauer für eine vergleichsweise geringe Abogebühr oft aus einem sehr breiten Angebot auswählen. Ausgerichtet auf ein globales Publikum, bieten große Anbieter dazu auch noch alle Inhalte wahlweise in Original-Sprache mit und ohne Untertitel sowie synchronisiert an. Angesehen werden können die Filme dann, wenn es den Nutzern in die Zeitplanung passt, und nicht wie beim herkömmlichen Fernsehen, wenn es der Sendeplan vorsieht. Angesprochen fühlen sich davon vor allem jüngere Nutzer.

Die etablierten Fernsehsender haben auf die Herausforderung bislang eher defensiv reagiert. Eröffnet wurden Mediatheken, über die sich Sendeinhalte ebenfalls über das Internet abrufen lassen. Was dabei fehlt, ist das breite Angebot des Internet-TV.

Zu spüren bekommen die Etablierten das Internetfernsehen bald auch noch auf andere Weise. Wenn es um den Erwerb der Senderechte für populäre Serien und Spielfilme geht, werden die neuen Anbieter nach Ansicht von Medienexperten schon bald als Konkurrenten auftreten. Daneben produzieren Anbieter wie Netflix inzwischen sogar selbst exklusive Serien, die sich beim Publikum durchaus als zugkräftig erweisen. Das Unternehmen Netflix, das seit vergangenem September auf dem hiesigen Markt aktiv ist, hat inzwischen angekündigt, mittelfristig sogar Filme für das deutsche Publikum zu produzieren.

Rundfunkbeitrag droht trotz Rücklage zu steigen

Was den etablierten Sendern langfristig droht, lässt sich am Beispiel der USA ablesen, wo vor allem der Anbieter Netflix die Fernsehwelt revolutioniert hat. Während bei Anbietern von Kabelfernsehen die Abonnentenzahlen sinken und den Sendern die Werbeeinnahmen schrumpfen, findet das Aboangebot der kalifornischen Firma immer mehr Zulauf. Für weniger als zehn US-Dollar im Monat bekommen Zuschauer ein großes Angebot an Filmen und Fernsehshows präsentiert. Auch den öffentlich-rechtlichen Sendern in der Bundesrepublik droht langfristig die Gefahr, dass sie gegen die neuen Anbieter auf finanziellem Gebiet immer weniger mithalten können.

Die ARD, der 1950 gegründete Verbund öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten in Deutschland, denkt jedoch nicht daran zu sparen und für harte Zeiten vorzusorgen. Vielmehr meldet die Senderkette Bedarf an den aktuell noch auf einem Sperrkonto befindlichen Überschüssen aus den Rundfunkbeiträgen der zurückliegenden Jahre. Angefallen sind diese Überschüsse in Milliardenhöhe nach der Umstellung der GEZ-Rundfunkgebühr auf den Rundfunkbeitrag. Anstatt für einen stabilen Beitrag in mageren Zeiten zu sorgen, haben die aktuell 1,59 Milliarden Euro Reserve neue Begehrlichkeiten geweckt. Medienberichten zufolge hat die ARD in ihrer Finanzplanung für die nächsten Jahre einen Mehrbedarf angemeldet, der trotz der noch vorhandenen Rücklage auf Beitragserhöhungen hinauslaufen wird. *N.H.*

Freiheit bedroht

Von Hans Heckel

Freiheit und Demokratie sind zwei Säulen unseres Gemeinwesens. Damit sie nicht einstürzen, reicht es nicht, dass sie in Gesetzen verankert sind. Freiheit und Demokratie müssen von den Bürgern verinnerlicht, gelebt und notfalls verteidigt werden – eine „Demokratie ohne Demokraten" ist ebenso vom Untergang bedroht wie die Freiheit ohne freiheitlich gesinnte Bürger.

Vor diesem Hintergrund ermisst sich die Tragweite der Entscheidung der Handelsketten Edeka und Thalia, das Monatsmagazin „Compact" aus ihren Regalen zu verbannen. Die Begründung ist aberwitzig: Von der „Zeit" angeführt hätten „etablierte Medien" das Magazin als „rechtspopulistisch" eingestuft.

Die Chefs der Ketten üben nicht nur Zensur. Sie räumen sogar offen ein, dabei nicht einmal einer eigenen Meinung Ausdruck zu geben. Stattdessen sind sie reflexhaft einer (arg konstruierten) Denunziation aufgesessen, haben gehorcht, ohne dass ein Befehl ergangen wäre.

Wo solcher Ungeist waltet, bedarf es keiner Hysterie, sich um Freiheit und Demokratie Sorgen zu machen. Denn in Köpfen, die so etwas fertigbringen, sind diese beiden Säulen unserer Republik längst geborsten.

Mehr Kriminalität

Von Michael Leh

Weder geht es um einen „Generalverdacht" gegen Asylbewerber, noch sollen diese alle in einen Topf geworfen werden. Eine Auswertung des Bundeskriminalamts belegt jedoch, dass es schon 2014 eine vergleichsweise sehr hohe Zahl tatverdächtiger Asylbewerber gab, und das auch noch bei Gewaltdelikten. Doch statt objektiv darüber zu informieren, werden von Politikern und Medien noch Falschbehauptungen in die Welt gesetzt. So hieß es vor Kurzem in der „Bild"-Zeitung („Bild entlarvt – Sieben Vorurteile über Flüchtlinge"), die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für 2014 belege bezüglich Asylbewerbern, dass der „Großteil der 112 774 sich ‚unerlaubt in Deutschland aufhaltenden Tatverdächtigen' nur wegen eines Verstoßes gegen das Aufenthalts- oder Asylrecht als Straftäter registriert" worden sei.

„Bild" zitierte jedoch völlig falsch aus der PKS. In dieser stehen die Asylbewerber in einer ganz anderen Rubrik als die sich „unerlaubt in Deutschland Aufhaltenden". Asylbewerber sind laut PKS-Definition Personen, für die ein Asylverfahren anhängig ist und die sich erlaubt in Deutschland aufhalten. Ihre Zahl betrug im Jahr 2014 am 31. Dezember 226 191. Von ihnen waren auch ohne ausländerspezifische Delikte 38 119 tatverdächtig. Ein Vergleich: Die Zahl sämtlicher – auch deutscher – ermittelter Tatverdächtiger etwa im Saarland betrug 2014 zusammen nur 29 510 Personen; dabei hat das Saarland 994 000 Einwohner. Entgegen vielen Behauptungen – auch des Kripo-Gewerkschaftschefs André Schulz – ist die Kriminalität in der Gruppe der Asylbewerber überdurchschnittlich hoch.

Politisches Placebo

Von Norman Hanert

Der Besuch der Kanzlerin im Duisburger Problemviertel Marxloh war wohl der bislang spektakulärste Termin im Rahmen des sogenannten Bürgerdialogs der Bundesregierung. Bereits seit einigen Monaten touren Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) durchs Land, um in Diskussionsveranstaltungen die Bevölkerung stärker in ihre Politik einzubeziehen – so zumindest der verkündete Anspruch. Dass der Duisburger Veranstaltung ein Hauch von Inszenierung anhaftete, liegt unter anderem daran, dass die 50 bis 60 geladenen Bewohner des Problemviertels Marxloh ebenso vorsortiert gewesen sind wie die Fragen an die Kanzlerin, so zumindest ein aufgekommener Vorwurf. Auch andere Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerdialogs wirkten seltsam künstlich, blutarm und gestellt.

Doch das Demokratiedefizit ist grundsätzlicher als nur ein Publikum, das möglicherweise gezielt zusammengesucht wurde. Die etablierten Parteien müssen sich allesamt den Vorwurf gefallen lassen, dass mittlerweile zentrale Entscheidungen der Politik als „alternativlos" oder Frage der Staatsräson hingestellt und gar nicht mehr ernsthaft diskutiert werden. Der Versuch, solche Punkte dennoch zu thematisieren, wird regelmäßig mit Standardfloskeln oder aber Totschlag-Argumenten beantwortet. So zieht das Ansprechen des offensichtlichen Scheiterns der Einheitswährung Euro regelmäßig den Vorwurf von „Europafeindlichkeit" nach sich.

Viele reagieren mit einer Flucht ins Unpolitische

Wird das Thema Spionage von US-Geheimdiensten gegen Deutschland thematisiert, ist mit Sicherheit irgendwann mit dem Vorwurf „Anti-Amerikanismus" zu rechnen. Als völlig vermintes Gelände kann mittlerweile die gesamte Zuwanderungs- und Asylproblematik gelten, bei der schon vorsichtig geäußerte Skepsis genügt, um in Extremismusverdacht zu geraten. Zur Kenntnis genommen wurde von den Bürgern mittlerweile auch, wie die Politik selbst mit Leuten aus den eigenen Reihen umspringt, die im Bundestag zur Frage der Euro-Rettungspakete eine abweichende Meinung erkennen lassen. Nicht entgangen ist den Deutschen auch, dass im Nachbarland Schweiz mit den Volksabstimmungen eine ganz andere Form von Bürgerbeteiligung praktiziert wird. Hierzulande scheinen der Mut und der Wille zu direkter Demokratie allerdings nicht ernsthaft vorhanden. Mit den Bürgerdialogen wird stattdessen versucht, ein politisches Placebo zu servieren.

Zusammen mit der Verweigerung der Politik, über wirklich brisante Fragen ernsthaft zu diskutieren, hat der weitgehende Ausfall der Medien eine Haltung verstärkt, die unter den Deutschen ohnehin weit verbreitet ist: die Flucht ins Unpolitische.



Wirkt aufgrund einer getroffenen Vorauswahl der Teilnehmer recht inszeniert: Auftritt der Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen des sogenannten Bürgerdialogs „Gut leben in Deutschland"

Bild: pa

Gastbeitrag

Statt Grexit Transferunion

Von Eberhard Hamer

Europa steht seit Langem in einem Spannungsverhältnis zwischen Ländern und Regierungen, welche die Eurozentrale nur als einen Erfüllungsgehilfen – substitutiv – für Europas Nationalstaaten sehen, also die prinzipielle Souveränität der europäischen Staaten nicht zugunsten Europas aufgeben wollen einerseits sowie der vor allem von der Juncker-Clique und den EU-Funktionären betriebenen Zentralisierung der Souveränität von Europa nach Brüssel andererseits.

Das wochenlange Gezerre zwischen Griechenland und den übrigen Eurostaaten war nicht nur ein Geschachere um Geld, sondern vor allem auch ein Machtspiel: Wenn die europäischen Staaten souverän durch ihre nationalen Parlamente Geld ausgeben wollen und dürfen, dann müssten sie eigentlich auch ihre eigene Haushaltsverantwortung und die Folgen dieser Haushaltsentscheidungen tragen. Die No-Bail-Out-Klausel des Lissabon-Vertrages setzt deshalb mit Recht voraus, dass die anderen europäischen Länder nicht für die Ausgabeleichtsinn eines Luxuslandes haften müssen. Europa braucht deshalb eine Insolvenzordnung, ein geregeltes Verfahren, in dem auch einzelne Länder innerhalb des Euro die Folgen des eigenen Finanzleichtsinns nicht in Europa sozialisieren, sondern allein tragen müssen.

Die Juncker-Clique dagegen will eine politische Zentralunion mit zentraler Finanzsouveränität über die Mitgliedsstaaten (Fiskalunion). Die EU-Kommission will deshalb Finanzschwierigkeiten einzelner Euroländer wie beispielsweise Griechenlands an sich ziehen, um kollektive europäische Lösungen dafür anzubieten – in Wirklichkeit aber, um die Länder finanziell zu entmündigen und finanzielle Zentralmacht über sie zu gewinnen.

So wurden fünf Jahre lang Rettungspakete und Schuldenfonds angeboten, die zwar nichts verbessert, aber die Schuldsummen Griechenlands von 80 auf 320 Milliarden Euro dramatisch erhöht haben. Und nun wird ein drittes Hilfspaket geschnürt, das zulasten der soliden Länder weitere wohl mehr als 100 Milliarden Euro zur Behauptung der Finanzvormundschaft über Griechenland durch das EU-Politbüro einsetzt und gutes Geld dem schlechten hinterherwirft, ohne dass die Zuverlässigkeit und Ausgabementalität Griechenlands damit geändert würde.

Im privaten Leben würde keiner der Politiker einem Schuldner, der fünf Jahre lang alles verspricht und nicht hält, weiteres Geld geben. Im politischen Leben aber stehen dahinter die Machtsucht des EU-Politbüros und der Druck der USA, um jeden Preis Griechenland wegen der Nato noch im Euro zu halten. Wir werden also in Zukunft weiter regelmäßig Geld in ein Fass ohne Boden kippen, nicht aus eigenem Interesse, sondern aus Interesse der EU-Zentralmacht und der atlantischen Besatzungsmacht.

Nachdem der Griechenland-Kompromiss vom 13. Juni von den Parlamenten akzeptiert wurde,

– hat Griechenland seine Finanzsouveränität weitgehend verloren, hat sich finanziell unter die Vormundschaft der EU-Zentrale gestellt,

– hat die EU-Zentrale ihren Anspruch auf Fiskalzentralmacht (Fiskalunion) entscheidend durchgesetzt, wird sie nicht nur in Griechenland, sondern künftig auch in anderen Fällen als Hilfs-, Kontroll- und Finanzierungsentscheider über die Euro-Länder gesehen werden,

– haben sich die USA mit ihrer Forderung nach „Nato-Geschlossenheit um jeden Preis" auf Kosten Europas durchgesetzt,

– und ist vor allem entgegen der No-Bail-Out-Klausel des Vertrages zu Lissabon eine Transfersolidarität (Transferunion) zwischen den Euroländern festgeschrieben worden, wird inzwischen anerkannt, dass die starken Euroländer grundsätzlich für die schwachen und für die leichtsinnigen dauerhaft einzustehen haben.

Die Kolumne: Seit Jahren greift Klaus Rainer Röhl an dieser Stelle im wöchentlichen Wechsel mit Eva Herman Wichtiges, Aufregendes, Hintergründiges und Absurdes auf. In dieser Woche allerdings suchen Sie seine Kolumne vergebens. Wenn man im 87. Lebensjahr steht, kann es leider vorkommen, dass man zu einem vorübergehenden Innehalten gezwungen ist. So ist es dem ansonsten nimmermüde schreibenden journalistischen Urgestein Klaus Rainer Röhl ergangen. Doch keine Sorge, er hat seine spitze Feder nicht aus der Hand gelegt. Es wird schon bald wieder heißen: „Moment mal!"

Diese Folgen verändern das Europa, das wir in Verträgen gewollt haben, das aber durch ständigen Vertragsbruch bereits systematisch verändert worden ist. Vor allem Italien und Frankreich waren an der Solidaritätshilfe an Griechenland interessiert, weil sie vor dem gleichen Problem stehen und wohl bald ebenfalls Euro-Hilfe brauchen. Sie sind beide politisch nicht stark genug, Wirtschaftsreformen gegen ihre Sozialklientel durchzuführen, rutschen also automatisch weiter in die Verschuldung und damit in die Hilfszone. Es ist unschwer vorauszusagen, dass weitere Länder folgen werden, wenn es leichter ist, Hilfe zu organisieren als innenpolitisch Reformen durchzusetzen – bis schließlich der ganze Euroclub in Schulden versinkt und eine Generalkorrektur (Währungsreform) braucht.

Das nun kommende dritte Hilfspaket für Griechenland wird nicht bei 86 Milliarden Euro (plus 35 Milliarden Restrukturierungshilfe plus 15 Milliarden regelmäßige Griechenlandsubvention) bleiben, sondern ständig weiter subventioniert werden, wie der Finanzausgleich auch in Deutschland zeigt, wo Bremen sich ebenfalls standhaft weigert, seine üppigste Staatsfunktionärsquote und damit Dauerdefizite abzubauen, weil es durch den Finanzausgleich bequem von den sparsameren und solideren Ländern dauerunterstützt wird. Im deutschen Finanzausgleich haben sich zwei Drittel der Nehmerländer bequem auf die Dauerhilfen von drei Geberländern eingerichtet. Ähnlich wird es auch bei der zur Transferunion gewordenen Europa-Umverteilung werden, allerdings in noch dramatischerer Größen(Verschuldungs)ordnung.

Europa hat damit den Wechsel von der Solidität der Einzelstaaten zur Konkurrenz um die Eurosubventionen vollzogen, was immer zu mehr Ausgaben, mehr Defiziten, mehr Schulden und mehr Ausgabenleichtsinn in den Einzelstaaten und damit für alle führen wird.

Deutschland hat im Falle Griechenlands „zu seiner Verantwortung gestanden", hat die volle Schuldenverantwortung für die Schuldenmacher mit übernommen, hat sich damit selbst verschuldet und wird sich an den Schulden der Schuldenmacher in Zukunft überheben beziehungsweise mit in den Schuldensumpf gezogen.

Damit wird der von der EZB bereits vorgezeichnete Weg des „Euro-Easing", der ungehemmten Vermehrung der Eurowährung ebenso wie der Dollarwährung in den USA zwangsläufig. In beiden Zonen soll nicht mehr gespart, sondern Geldmengenwachstum herbeigeführt werden, also Geldschwemme.

Die USA diskutieren ernsthaft, „ihre Dollarüberschuldung in Dollarflutung zu ertränken". Ebenso will Mario Draghi und will das Euro-Politbüro auch in Europa die Schulden und das weitere lustige Leben der Leichtsinnsländer mit wachsender Geldmenge aufrechterhalten, statt ihnen und Europa harte Einschnitte zuzumuten.

Für Deutschland bedeutet dies das Ende des harten Euro, die Aufweichung und Entwertung unseres Geldes sowie den Weg von der wachsenden Geldmengenvermehrung zur galoppierenden Inflation und Währungsreform – wie dies immer in der Geschichte bei Geldmengenvermehrungen gewesen ist.

Dabei wird Deutschland verarmen. Je mehr es Transferleistungen an die schwachen Euroländer zahlen muss, desto mehr muss den eigenen Bürgern ihr Leistungsertrag zur Umverteilung abgezogen werden. Insofern ist die Griechenlandhilfe ein Markzeichen nicht nur der Verarmung Griechenlands, sondern auch ganz Europas und Deutschlands für Schuldenleichtsinn, Schuldenübernahmen und Transferleistungen.

Welch ein fabelhafter Zirkus

Entschleunigung der Zeit – Roncalli beweist, dass die Manege kein verstaubtes Relikt von früher sein muss

Circus Roncalli hat den Zirkus zwar nicht neu erfunden, aber mit seinem poetischen Konzept neu definiert. Mit dem Programm „Good Times“ tourt man derzeit durch Norddeutschland.



Geglückter Spagat: Die Artistin einer Ukrainer Akrobatengruppe lässt sich gleich von den Seilen herabrollen. Unten: Die Roncalli-Clownsfamilie hat das Ei des universellen Spaßes gefunden. Bilder (2): Roncalli

Als CSU-Chef Horst Seehofer kürzlich das Griechenland-Theater mit einem Zirkus verglich, erntete er Kritik von Roncalli-Chef Bernhard Paul. Die Äußerung sei eine Beleidigung für jeden gut geführten Zirkus. Recht hat er. Abgesehen davon, dass Pauls Unternehmen im Gegensatz zu Griechenland keine Subventionen erhält, hängt ihm auch nicht jener Kirmes-Mief an, der bis heute mit dem Wort Zirkus eine negative Bedeutung verbindet.

Die Zeiten des Tingeltangels mit Gauklern, Faxenmachern und Musikanten, die als Fahrendes Volk die Leute belustigten, sind längst Schnee von gestern. Und auch voyeuristisch vorgeführte Menschen, Tiere, Sensationen, die viele noch als Kind in Erinnerung haben, sind im Staub der Manege verschwunden. Der alte Zirkus-Rummel ist einer neuen, hochmodernen Zirkus-Wirklichkeit gewichen, die den technischen Fortschritt berücksichtigt.

Auch beim Circus Roncalli halten moderne Zeiten Einzug. Die neue Schau „Good Times“ beginnt mit einer Laser-Show, bei der ein spanischer Lichtkünstler – oder sollte man sagen Lichtzauberer? – dünne blaue Leuchtbündel biegt, bricht, verschwinden lässt. Bevor es bei heißblütiger Musik zu einer Techno-Party ausartet, besinnt man sich des Credos aus den Anfängen in den 1970er Jahren, als Zirkusdirektor Bernhard Paul mit dem – inzwischen aus dem Roncalli-Projekt ausgestiegenen – Künstler André Heller den Zirkus ganz neu als „Poesie des Universums“ definierte.

Schlank, grazil und – ja, tatsächlich – poetisch sieht das Profil dieser neuen Zirkuswelt aus. Von der alten Artisten-Herrlichkeit sind die Zirkuswagen, das Zelt und die kreisrunde Manege geblieben. Der Staub, der dort aufgewirbelt wurde, ist daraus verschwunden. Ständig wird gewischt und gewienert. Für die vier Rollschuhfahrer, die auf einem kleinen kreisrunden Podest halsbrecherische Stunts zeigen, wird alles passgenau mit einer Wasserwaage abgemessen. Ein Hauch von „Starlight-Express“, dem Rollschuh-Musical, stellt sich ein, wenn die Akteure mit einem Tempo um den Kreis wirbeln, dass man nur beim Zusehen schon schwindelfrei sein sollte.

Dass man sich in Zeiten von Skateboards und Inlineskates überhaupt noch zu solchen sportlichen Übungen von anno dazumal aufrafft, mag nostalgischen Gefühlen geschuldet sein. Überhaupt erfindet Roncalli den Zirkus nicht vollständig neu. Man findet auch wieder zur Tierdressur zurück, die man früher aus Tierschutzgründen ganz aufgegeben hatte. Exotische Tiere wie Elefanten, Löwen oder Robben bleiben tabu. Dafür fasziniert Tiertrainer Karl Trunk mit seiner Pferdenummer, bei der er einen riesigen Kutschgaul neben Zwergponys antreten lässt.

Groß und klein gefällt es. Und damit ist jetzt das Publikum gemeint. Die Roncalli-Clownsfamilie hält die Minderjährigen bei Laune, während die Erwachsenen den Atem anhalten, wenn hoch über ihren Köpfen ungarische Artisten ohne Netz und doppelten Boden in der Luft an seidenen Tüchern baumeln oder vier russische Akrobaten am Reck sportliche Leistungen absolvieren, die so manchen Olympiaturner blass aussehen lassen.

Die Show mit ihren internationalen Spitzenartisten lebt nicht allein von den akrobatischen Nummern, sondern gleichsam von der ausgeklügelten Choreografie und dem musikalischen Tempo. „Good Times“ – „gute Zeiten“, nannte Paul das Programm und wünschte sich einen Zirkus, der eher entschleunigt als beschleunigt. Denn, so sagte der Roncalli-Chef, „das Kostbarste, das wir uns heute schenken können, ist Zeit“. Davon nimmt sich auch eine japanische Balancekünstlerin reichlich, deren wackeliges Stangengerüst nur vom Gewicht einer Vogelfeder gehalten wird. Im modernen Zirkus haben auch solche meditativen Momente ihren Platz. *Harald Tews*

Circus Roncalli gastiert mit „Good Times“ bis zum 4. Oktober in der Hamburger City Nord, vom 9. Oktober bis 15. November am Waterlooplatz in Hannover und vom 20. November bis 13. Dezember auf der Bremer Bürgerweide. Internet: www.roncalli.de



Der letzte Rest von Grass

Den Danziger Dialekt hatte Günter Grass nie verlernt. Schon in der „Blechtrommel“ ließ er hin und wieder das Niederpreußische einfließen. Doch erst in seinem autobiografisch geprägten Alterswerk entsann er sich wieder seiner sprachlichen Wurzel. Dass der im April gestorbene Nobelpreisträger sein jetzt veröffentlichtes letztes Werk „Vonne Endlichkait“ mit einem Gedicht in eben diesem Dialekt ausklingen lässt, zeigt, dass seine Gedanken bis zuletzt mit seiner Danziger Heimat beschäftigt waren.

Und so lautet sein finales, titelgebendes Gedicht: „Nu war schon jewäsen. / Nu hat sech jenuch jehabt. / Nu is futsch un vorbai. / Nu riehrt sech nuscht nech. / Nu will kain Furz nech. / Nu mecht kain Ärger mehr / un baldich bässer / un nuscht nech ibrich / un ieberall Endlichkait sain.“

Ein letztes Mal noch schwelgte Grass in dieser lautmalerischen Sprache, die ihm Fundament für sein dichterisches Werk war. Auch im Buch „Vonne Endlichkait“ zeigt er sich sprachverliebt. Auf 173 Seiten hat er eigentlich nicht mehr viel zu sagen: nur eine letzte Einmischung zu politischen Fragen („Fremdenfeindlichkeit“), daneben Schweigen zu eigenen unrühmlichen Taten vor 1945. Dafür wechseln sich unverfängliche Gedichte mit Prosaskizzen und eigenen Grafiken ab. Dass der Tod näherrückte, war ihm bewusst, wie jener zentral im Buch platzierte Bericht „Worin und wo wir liegen werden“ beweist, in dem Grass humorvoll schildert, wie er und seine Frau sich ihre Särge aussuchen und sie ausprobieren. Was bleibt, ist die Resterampe eines Autors, dem der große erzählerische Atem leider schon lange vorher ausging. *H. Tews*



Günter Grass, „Vonne Endlichkait“, Steidl Verlag 2015, 28 Euro.

Jetzt erhebt die kühle Blonde Einspruch

Mit dem Tod von Dieter Pfaff starb auch die beliebte Anwaltsserie »Der Dicke« – Unter dem Titel »Die Kanzlei« lebt sie jetzt wieder fort

Etwas, das die Schauspielerin Sabine Postel ganz unnachahmlich beherrscht, ist dieser strenge Ton, dieses Genervtsein bis unter die Haarspitzen – nur um dann unvermittelt einzuknicken in ihrer Powerfrau-Attitüde. Als Anwältin Isabel von Brede kann sie beide Facetten zeigen: die Harte und die Zarte. „Die Kanzlei“ heißt die neu aufgelegte ARD-Serie, in der die Bremerin nun zur Chefin aufgerückt ist.

Fünf Staffeln lang liefen die Geschehnisse um das Anwaltsbüro im Hamburger Stadtteil St. Pauli unter dem Titel „Der Dicke“, frei nach dem beleibten Mittelpunkt des Anwaltsbüros, Dr. Gregor Ehrenberg, gespielt von Dieter Pfaff. Im Frühjahr 2013 starb der Schauspieler 65-jährig an Lungenkrebs. Nur ein halbes Jahr zuvor war die Krankheit diagnostiziert worden. Der große Darsteller, ausgezeichnet mit zahlreichen Fernsehpreisen wie Grimme-Preis und Goldener Kamera, hinterließ eine große Lücke.

Den Franziskanerpater „Bruder Esel“ verkörperte er, Kommissar „Sperling“, den unkonventionellen Psychiater „Bloch“, gelegentlich den Ermittler Balthasar Berg und eben Gregor Ehrenberg, diesen imposanten Anwalt mit dem Blick fürs Kleine. Ein „Märchenonkel für Erwachsene“, wie er selber sagte. Die Produktion für die neue Staffel lief schon, als Pfaff seiner Krankheit erlag.

Es gibt eigentlich nur zwei Wege für die Macher in solch einer Situation – man lässt auch das Projekt einschlafen, wie es nach Ulrich Mühes Tod mit „Der letzte Zeuge“ geschah. Oder man macht weiter und probiert das Kunststück, eine Serie im Geist des früheren Protagonisten weiterzuführen. Genau das gelingt in „Die Kanzlei“, die ab 8. September im Ersten mit 13 neuen Folgen auf Sendung geht. „Mit dem Rückhalt der Familie Pfaff haben wir beschlossen, weiterzumachen“, sagt Postel, neuer, blonder Mittelpunkt des Büros.



Sie sagt, wo es langgeht: Die Anwältin Isabel von Brede (Sabine Postel) und ihr neuer Kollege (Herbert Knaup). Bild: ARD/Georges Pauly

In den vorangehenden Staffeln war sie die kühle Juristin, die dem Gemütsmenschen Ehrenberg mit ihrer nüchternen Sicht der Dinge auf die dünne Haut rückte. In der Weiterführung drehen sich die Verhältnisse: Als dringend benötigte Unterstützung schneit ihr ein Kollege ins Haus, der ihr Weltbild auf ganz andere Art ins Wanken bringt. Ein Hallodri ist dieser Markus Gellert (Herbert Knaup), ein verbaler Florettfechter, der mehreren Ex-Ehefrauen Unterhaltszahlungen schuldet und die strenge Kollegin sogleich mit seinem Hang zu luxuriöser Büro-Ausstattung auf die Palme bringt.

Für Isa und ihre Truppe ist er erstmal ein rotes Tuch. „Brillanz alleine macht noch keinen guten Anwalt, Mitgefühl und Engagement gehören mindestens genauso dazu“, doziert Isabel von Brede ganz im Sinne ihres früheren Kollegen Ehrenberg. Gellert dagegen sieht die Kanzlei zunächst nur als bunte Spielwiese. Die stolze Yasmin (Sophie Dal) trifft er dort, Tochter eines türkischen Gemüsehändlers, die als Assistentin den Laden schmeißt und ihn sogleich anfährt: „Glauben Sie ja nicht, dass ich für Sie Kaffee koche!“ Die selbstbewusste Putzfrau Gudrun (Katrin Pollitt), die sich eigentlich zur Miss Marple berufen fühlt, ergänzt die kleine Anwaltsfamilie.

In den ersten Folgen ist Ehrenberg noch überall zu spüren, da sitzt die Kollegin von Brede in seinem verwaisten Büro und fragt: „Wo bist du nur?“ Gudrun geht mit dessen Hund „Teddy“ auf die Suche, zusammen mit Yasmin findet sie heraus, dass der Vermisste sich auf einen Bauernhof im Hamburger Umland zurückgezogen hat. Er trauere um seinen verstorbenen Vater. In Folge acht steht dann endgültig fest: Ehrenberg ist bei einem Autounfall tödlich verunglückt, es muss ohne ihn weitergehen. Die Nachricht erreicht Isabel von Brede ausgerechnet im Untersuchungsgefängnis, wo sie wegen Mordverdachts einsitzt – der Tiefpunkt im Leben der Juristin.

In den 13 neuen Folgen entwirft Autor Thorsten Näter ein Kaleidoskop von juristischen Fällen, die so bunt sind wie das Viertel, in dem sie spielen. Teils so amüsant wie der Fall der Nagelstudiobesitzerin, der ein Wahrsager den Mann fürs Leben vorausgesagt hatte, und die prompt auf einen Betrüger hereinfällt. Kann man den Kartenleger verklagen? Oder der des Bauern, der behauptet, die Milchleistung seiner Kühe habe durch die laute Musik seiner Nachbarn gelitten. Gibt es sowas? Dass die Zufälle, die die Handlungsstränge miteinander verbinden, gelegentlich arg konstruiert wirken – geschenkt.

Dieter Pfaff wäre stolz auf die Nachfolgerin

Die Kunst Näters besteht darin, den heiteren Grundton gelegentlich zu brechen. In Folge 4 greift er ein gesellschaftliches Phänomen auf, das selten in die Schlagzeilen gerät, um keine Nachahmer anzuziehen. Es geht um Selbstmörder, die sich auf die Schienen stellen und dem Lokführer keine Chance lassen, rechtzeitig zu bremsen. Die Episode zeigt einen derart traumatisierten Zuglenker, der in tiefen Depressionen versunken ist. Als Gegenspielerin tritt die Witwe des Lebensmüden auf, die nicht an einen Suizid glauben mag und ein fehlendes Warnschild als Unfallursache vermutet. Die Witwe will nun die Bahn verklagen, der Lokführer möchte Verständnis dafür einklagen, dass mit dem tödlichen Unfall, der als „Personenschaden“ verharmlost wird, gleich zwei Leben zerstört wurden – das des Lebensmüden und seines.

Wie Isabel diesmal als Mediatorin wirkt und die gegnerischen Parteien an einen Tisch bringt, wie auf beiden Seiten Verletzungen sichtbar werden, wie es über das gemeinsame Leid zu einer Verständigung kommt, das ist bewegend dargestellt. „Die Kanzlei“ ist eine Serie, in der gelacht und geweint werden darf und die dabei nie ins Klamaukige abrutscht. Dieter Pfaff könnte stolz darauf sein. *Angela Meyer-Barg*

Sendehinweis: „Die Kanzlei“, immer dienstags um 20.15 Uhr. Die 13 Folgen starten am 8. September im Ersten

Der ewig Umstrittene

Zum 100. Geburtstag des bayerischen Partei- und Regierungschefs Franz Josef Strauß

Am 6. September würde der 1988 verstorbene Franz Josef Strauß 100 Jahre alt. Das Bild, das aus diesem Anlass gezeichnet wird, zeigt: Zwar haben sich manche Akzente verschoben, der Tenor aber ist unverändert – der einstige bayerische Partei- und Regierungschef wird wohl auf ewige Zeiten umstritten sein. Das haben wenige so hautnah erlebt wie unser Autor Hans-Jürgen Mahlitz. Er führte unter anderem das letzte Interview mit Strauss vor dessem Tod.

Freie Auswahl bei Google: Der weltumspannende Krake unserer Internet-Welt bietet zum Thema FJS wahlweise „Münchner Flughafen ehrt Strauß“ oder „Münchner Flughafen wird umbenannt“, beides Beiträge der „Welt“ zum herannahenden 100. Geburtstag des vor 26 Jahren verstorbenen Ex-Partei- und Regierungschefs. Die Satire, der zufolge man in München nicht mehr bei Franz Josef Strauß, sondern auf dem Uli-Hoeneß-Airport startet und landet, liegt bei den Seitenaufrufen derzeit vorn.

Das entspricht dem Strauß-Bild, wie es in den zahlreichen Vorab-Beiträgen zum runden Geburtstag gezeichnet wird. Kein anderer deutscher Politiker der Nachkriegszeit wurde und wird dermaßen verherrlicht und verteufelt wie Franz Josef Strauß. Für seine Anhänger ist er immer noch der bedeutendste Politiker des 20. Jahrhunderts, seine Gegner hingegen zählen ihn zu den größten Bösewichten aller Zeiten. Antifaschisten sehen in ihm die Leitfigur alles Rechtsradikalen, fast schon eine Art zweiten Adolf Hitler, zumindest aber einen vom Schlage eines Francisco Franco. Andererseits findet man nicht nur in Deutschlands Weißwurst-Arizona, sondern selbst im fernen Ostfriesischen durchaus ernst zu nehmende Menschen, die – angesichts des heutigen politischen Personals – sehnsüchtig von einem wie FJS träumen.

Aber was wäre denn, wenn er jetzt auf einmal wieder da wäre, im Vollbesitz seiner geistigen und physischen Kräfte? Sagen wir einmal, der Strauß von 1983/84: Die Wahlniederlage von 1980 hat er verschmerzt, den vorangegangenen Wahlkampf wohl eher nicht. Er hat sich damit abgefunden, dass nicht er, sondern Helmut Kohl für die Union das Kanzleramt zurückerobert hat. Seinen Platz sieht er nun in Bayern, baut seine Position als Partei- und Regierungschef so stark aus, dass er durchaus auch Einfluss auf die deutsche, europäische und globale Politik ausüben kann, wenngleich er im Umfeld des nicht sonderlich geliebten Kanzlers eher als einer gesehen wird, der in München als brüllender bayerischer Löwe abspringt und in Bonn als Bettvorleger landet.

Die anhaltend heftigen Attacken der Medienmehrheit, angeführt vom „Spiegel“, der sich schon vor Jahrzehnten auf ihn eingeschossen hat, treffen ihn kaum noch. Wenn ihm danach ist, kontert er sie, mal deftig bayerisch, mal hochintellektuell – beides beherrscht er wie kaum ein anderer.

Seine Position im Freistaat ist – für Strauß nicht gerade selbstverständlich – absolut unumstritten. Auf regionaler, Landes- und Bundesebene holt er für seine Partei Wahlergebnisse, die in nördlicheren Gefilden der Republik mit einer Mischung aus Staunen, Misstrauen und Bewunderung zur Kenntnis genommen werden: In manchen oberbayerischen Wahlkreisen liegen sie näher an Erich Honeckers sozialistischen 100 denn an Kohls demokratischen 41 Prozent (so das CDU-Ergebnis der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl ohne die elf Prozent Stimmen der CSU).

Partei und Land sind von ihm geprägt; dazu gehört auch, dass Kritiker ihm nicht ganz zu Unrecht vorwerfen, beides gern auch mal miteinander zu verwechseln. Der ungekrönte König von Bayern kann Bayern fast nach Belieben gestalten, nicht nur aus Kabarettistensicht „ungestört von oppositionellen Umtrieben und sonstigen Erschwernissen einer einst von den Alliierten aufgezwungenen Demokratie“.



Franz Josef Strauß mit dem Autor: Das Foto entstand 1988 am Rande eines Festakts zum 40. Jahrestag des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee Bild: Mahlitz

Dem Freistaat ist das freilich nicht schlecht bekommen. Strauß vollzog erfolgreich den Umschwung vom landwirtschaftlich geprägten zum Hochtechnologie-Land; damit vollendete er, wozu sein Vorgänger Alfons Goppel die Weichen gestellt hatte. Dessen Verdienste werden heute leider nicht so gewürdigt, wie er es verdient hätte.

Die Politik des FJS war geprägt von seiner christlich-konservativen Grundhaltung. Mit engstirnig, ewiggestrig oder rückwärtsgewandt hat das nichts zu tun. Im letzten Interview vor seinem Tod – mit dem Autor dieses Beitrags, damals Chefredakteur des „Deutschland-Magazin“ – betonte er: „Konservativ sein kann auch heißen, an der Spitze des Fortschritts zu stehen.“

Wissen, woher man kommt, um dann auch zu wissen, wohin man gehen will, Vergangenheit bewahren und Zukunft gestalten – das war seine Devise. In anderen Worten: „Laptop und Lederhose“, wie es der Autor in einer Überschrift in der erwähnten Zeitschrift erstmals formuliert hatte.

FJS entstammte einer streng katholischen Familie. Der Vater war Metzger und pflegte seine strikt monarchistische und antipreußische Haltung. Der in München geborene Sohn fiel schon als Schüler durch außergewöhnliche Intelligenz auf; 1935 legte er das seit fünf Jahren landesweit beste Abitur hin.

Den Nationalsozialismus lehnte er, wie die ganze Familie, strikt ab. Nur um sich das Studium alter Sprachen zu ermöglichen, trat er dem NS-Kraftfahrerkorps bei, trat aber bei nächster Gelegenheit 1939 wieder aus.

Nach dem Krieg startete der 30-Jährige eine steile politische Karriere: stellvertretender Landrat, Mitbegründer und ab 1949 Generalsekretär der CSU, Mitglied des Dreizonen-Wirtschaftsrats in Frankfurt am Main, Mitglied des Deutschen Bundestags ab 1949. Konrad Adenauer ernannte ihn 1953 zum Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955 zum Bundesminister für Atomfragen und ein Jahr später zum Verteidigungsminister. Das war sein Traumamt, doch brachte es ihm dauerhaft kein Glück: Trotz anfänglicher Erfolge beim Aufbau der Bundeswehr blieb er der Öffentlichkeit eher als gescheiterter Selbstverteidigungsminister in wenig ruhmvoller Erinnerung. Dafür sorgte vor allem Rudolf Augstein: Der Gründer und Herausgeber des „Spiegel“ hatte in Strauß das Feindbild gefunden, an dem sich alle Kritik an dieser jungen Bonner Demokratie und ihrer von Adenauer betriebenen, zu Augsteins Bedauern nun einmal nicht linken Politik aufhängen ließ. Egal, wie berechtigt oder unberechtigt die wöchentliche „Spiegel“-Schelte war – Strauß war immer an allem schuld.

Natürlich hat er es seinem Widersacher Augstein oft auch leicht gemacht. Strauß war nicht nur hochintelligent, äußerst sachkundig, in politischen Fragen prinzipientreu und weitsichtig, sondern auch mit allerlei menschlichen Schwächen behaftet. Er trank gern, manchmal wohl auch ein Gläschen zu viel, und auch rhetorisch ging dem sonst so glänzenden Redner hin und wieder der Gaul durch.

Die Wiedervereinigung Deutschlands hat er nicht mehr erlebt. Man kann darüber spekulieren, ob er Fehler beim Zusammenführen der deutschen Teilstaaten hätte vermeiden können. Ebenso spekulativ ist es zu fragen, wie er wohl mit dem aktuellen Flüchtlingsproblem oder mit der unglücklichen Entwicklung des europäischen Traums (der bei aller Skepsis auch der Seine war) umgehen würde.

Immerhin kann man vermuten, dass er in diesen Fragen immer mal für überraschende, unkonventionelle Ideen gut wäre. Wenn es darauf ankam, war seine Devise: „Tun, worauf es ankommt, nicht was ankommt!“ Und wenn ihm wieder einmal rechter Populismus vorgeworfen würde, dann würde er wohl frei nach Martin Luther dagegenhalten: „Dem Volk aufs Maul schauen, aber nicht nach dem Mund reden!“ So umstritten er war und auch immer noch ist: Einer wie er fehlt uns heute.

Hans-Jürgen Mahlitz

»175 Jahre Deutschlandlied«

Die Bundesregierung hat beschlossen, eine 20-Euro-Gedenkmünze „175 Jahre Deutschlandlied“ prägen zu lassen und im Oktober 2016 auszugeben. Die Münze würdigt die Entstehung des Liedes vor 175 Jahren. Der Entwurf der Münze stammt von dem Künstler Claudius Riedmiller aus Stuttgart. Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „Bundesrepublik Deutschland“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „J“



Bildseite der Sondermünze

der Hamburgischen Münze, die Jahreszahl 2016 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „Silber 925“ aufgeprägt. Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „Sind des Glückes Unterpfand“. Die 20-Euro-Münze soll in einer Legierung von 925 Tausendteilen Silber und 75 Tausendteilen Kupfer hergestellt werden. Sie hat eine Masse von 18 Gramm und einen Durchmesser von 32,5 Millimetern. *PAZ*

Ein Lied im Wert von mehreren Armeekorps

Karl Wilhelm vertonte die »Wacht am Rhein« – Vor 200 Jahren wurde er im thüringischen Schmalkalden geboren

Die Wacht am Rhein“ ist ein überaus politisches Lied. Es war einst die deutsche Reaktion auf Forderungen der französischen Regierung unter Adolphe Thiers im Jahre 1840, den Rhein als Frankreichs Ostgrenze festzuschreiben. Das hätte die Festlegungen des Wiener Kongresses von 1815 revidiert und das gesamte linke Rheinufer mit Rheinhessen, dem bayerischen Rheinkreis und die preußische Rheinprovinz an Frankreich gebracht. Nach der nationalistischen Thiers-Forderung entstand das nationalistische Rheinlied. Den Text schrieb Max Schneckenburger, ein Württemberger der in Burgdorf im Schweizer Kanton Bern lebte. Die bis heute gültige Melodie schuf Karl Wilhelm, der aus Schmalkalden in Thüringen stammte und in Krefeld als Chorleiter, Gesangspädagoge, Komponist und Mitbegründer der niederrheinischen Sängerfeste überregionale Bedeutung erlangte. Im Krefelder Stadtgarten erinnert seit 2007 ein Denkmal an sein verdienstvolles Wirken.

Allerdings international bekannt wurde der Komponist erst mit der „Wacht am Rhein“. Er wurde aus einer patriotischen Stimmung heraus deutschlandweit populär, erhielt zahlreiche Auszeichnungen und sicherte sich seinen Platz in der deutschen Musikgeschichte.

Karl Wilhelm wurde am 5. September 1815 in Schmalkalden geboren, in jener Stadt, in der während der Reformation der Schmalkaldische Bund gegründet worden war. Sein Geburtshaus in der Nähe vom Marktplatz ziert heute eine Gedenktafel, die mit goldenen Lettern den berühmten Sohn der Stadt würdigt. Sein Vater fungierte als Stadtmusiker, förderte früh die musikalische Begabung des Jungen und erteilte ihm ersten Unterricht. 1832 ging der Jüngling zur weiteren musikalischen Vervollkommnung nach Kassel und 1835 nach Frankfurt am Main, wo er in der Obhut von Aloys Schmidt den letzten musikalischen Schliff bekam. Schmidt war ein damals bekannter Pianist, Komponist und Musikpädagoge, der den Titel eines „Kammerkomponisten“ führte und von der Universität in Gießen mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet wurde. Anschließend wechselte Wilhelm nach Krefeld. Hier machte der aufstrebende Musiker Karriere. Er dirigierte zunächst die städtische Liedertafel erfolgreich, übernahm die Leitung des Singvereins und fungierte als Musiklehrer. Dazu gesellten sich eigene Kompositionen, die er bei den Aufführungen mit seinem Klangkörper präsentierte. Zu seinem Aufführungs-Repertoire gehörten auch anspruchsvolle Kompositionen von Felix Mendelssohn und Robert Schumann. Mit Wilhelm stieg das Niveau des städtischen Musiklebens erheblich. Das sorgte in der Region für Bekanntheit. Mehr noch, der musikalische Hoffnungsträger begründete mit Gesinnungsfreunden 1853 das Sängerfeste am Niederrhein, die er in den ersten Jahren auch selbst leitete.



Karl Wilhelm Bild: Archiv

Dabei war Wilhelm direkt von der französischen Forderung nach dem Rhein als Grenze betroffen. Als er dann den Text Schneckenbergers zur „Wacht am Rhein“ in die Hände bekam, komponierte er die passende Melodie für einen vierstimmigen Männerchor. Das marschartige Stück im Vierviertеltakt mit fanfarenartigem Beginn wirkte wie ein Aufruf zum Kampf, fand von Krefeld aus über die Sängerfeste große Verbreitung in Deutschland und erlangte schon vor dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 den Charakter einer Quasi-Nationalhymne. Während des Krieges gehörte es zum Marschgepäck der deutschen Truppen. Laut Otto von Bismarck hatte es „den tatsächlichen Wert von mehreren Armeekorps“. Bei der musikalischen Siegesfeier am 17. Juni 1871 in der Berliner Hofoper wurde nach dem „Kaiser-Wilhelm-Marsch der Komponistin Ingeborg Bronsart von Schellendorff als Abschluss und Höhepunkt „Die Wacht am Rhein“ aufgeführt.

Karl Wilhelm stand auf dem Höhepunkt seiner Karriere. Sein Lied war maßgeblicher Bestandteil der Armeemarschsammlung des Preußenkönigs, einem Katalog der militärischen Marschmusik, der für das Reich verbindlich war. Wilhelm empfing Orden, vom neuen Reichskanzler Otto von Bismarck ein persönliches Anerkennungsschreiben und ab 1871 eine jährliche Zuwendung von 3000 Mark. Das war mehr als das Vierfache eines damaligen Arbeiterlohnes.

Doch der nun berühmte Komponist schien nach dem Höhenflug wie ausgebrannt. Seine schöpferische Ader war versiegt. Wilhelm kehrte zurück nach Schmalkalden, fungierte hier als Musikvereinsdirigent und kränkelte bis hin zu einem Nervenleiden. Darüber starb er am 26. August 1873 in seiner Geburtsstadt. Seine „Wacht am Rhein“ aber überlebte ihn. Andere Lieder bis hin zu solchen aus Japan und den USA übernahmen weltweit die Melodie des berühmten Wilhelm-Liedes, und Udo Jürgens nutzte Teile der Melodie für seinen Song „Lieb Vaterland“.

Martin Stolzenau

Friedrich II. holt Aufklärer zurück

Vor 275 Jahren revidierte der Monarch die Entscheidung seines Vaters, Christian Wolff zu schassen

Am 10. September 1740 revidierte Friedrich der Große eine umstrittene Entscheidung seines Vaters, indem er dem hochgeachteten Philosophen, Universalgelehrten und Aufklärer Christan Wolff die Möglichkeit bot, an die Universität Halle zurückzukehren. Wolff hatte Preußen zuvor aufgrund der Anschuldigung verlassen müssen, atheistische Lehren zu verbreiten.

Es war der wohl größte Universitätsskandal in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts: Am 8. November 1723 verfügte Friedrich Wilhelm I. in einer eigenhändig niedergeschriebenen Kabinettsorder, der Hallenser Professor für Mathematik und Philosophie Christian Wolff habe Preußen „bey Strafe des Stranges ... binnen 48 Stunden“ zu verlassen. Damit reagierte der „Soldatenkönig“ auf die umstrittene Festrede Wolffs vom Juli 1721 aus Anlass der Übergabe des Prorektorates an

Wolff bestritt, dass die Ethik eines religiösen Fundamentes bedarf

den Theologen Joachim Lange. In deren Verlauf hatte der Hochschullehrer unter anderem seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, dass es möglich sei, eine Ethik zu entwickeln, die keines religiösen Fundaments bedürfe.

Dabei berief er sich besonders auf die Schriften des chinesischen Philosophen Konfuzius, die gerade von dem Jesuitenpater François Noël ins Lateinische übersetzt worden waren. Die Rede „über die praktische Philosophie der Chinesen“ führte zunächst zu verbissenen Auseinandersetzungen zwischen Wolff und dem Dekan der Theologischen Fakultät, August Hermann Francke, der einen dezidiert orthodox-lutheranischen Standpunkt vertrat; dann erschienen in der Folgezeit 130 Pamphlete, in denen der Hallenser Gelehrte immer wieder der „Leugnung der Existenz Gottes“ bezichtigt wurde – und eine solche gedachte der preußische Monarch nicht zu tolerieren, obwohl Wolff enormes wissenschaftliches Ansehen genoss.

So gehörte er sowohl der britischen Royal Society als auch der Berliner Akademie der Wissenschaften an und verfügte über Scharen begeisterter Anhänger an fast allen Universitäten des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Dies verdankte er vor allem dem Bemühen um eine rationale und systematisch aufgebaute Philosophie, die sich stark an den Methoden der Mathematik orientierte. Darüber hinaus war er noch der Gründervater der deutschsprachigen Philosophie, für die er praktisch die gesamte begriffliche Basis schuf.

Aufgrund seiner großen fachlichen Reputation kam der Verbannte problemlos an der Universität Marburg in Hessen-Kassel unter – der dortige Landgraf Karl hatte ohnehin schon seit Längerem versucht, ihn abzuwerben. Dem folgte ein erneuter akademischer Siegeszug, der den von Halle noch um einiges übertraf: Manchmal wohnten nun bis zu 1000 Zuhörer den Lehrveranstaltungen des Philosophen bei, was nicht zuletzt eben damit zu tun hatte, dass Wolff konsequent auf Deutsch statt auf Lateinisch dozierte. Außerdem avancierte der Gelehrte 1725 beziehungsweise 1733 noch zum Mitglied der St. Petersburger Akademie und der Académie des Sciences in Paris.

Zu den Bewunderern Wolffs zählten indes nicht nur der Landgraf und die Marburger Studenten sowie die internationale Fachwelt, sondern auch der preußische Kronprinz Friedrich, der sich selbst als „Frédérique le philosophe“ bezeichnete. Dieser schrieb am 23. Mai 1740, also nur wenige Tage vor dem Tode des „Soldatenkönigs“ und seiner eigenen Thronbesteigung, an Wolff: „Schon seit langer Zeit lese und studire ich ihre Werke, bin auch überführet: es sey notwendig, daß deren Leser ihren Urheber hochschätzen müssen.“ Dem schloss sich der bemerkenswerte Satz an: „Weltweisen geziemet es, Lehrer der Welt und Anführer der Prinzen zu seyn.“



Bild: Archiv

Gründervater der deutschsprachigen Philosophie: Christan Wolff

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum Friedrich II. alles unternahm, um Wolff zurück nach Preußen zu holen. Allerdings weigerte sich der Philosoph, dem dringlichen Wunsch des Königs zu entsprechen und die mittlerweile ziemlich in Verruf geratene Berliner Akademie zu reformieren: Für so eine Aufgabe sei er zu alt. Deshalb verfügte der Monarch schließlich am 10. September 1740, dass Wolff wieder einen Lehrstuhl für Natur- und Völkerrecht sowie Mathematik in Halle bekommen könne. Zugleich erteilte er dem Philosophen eine einzigartige Generalvollmacht, wie aus seiner offiziellen Anweisung an die Leitung der Alma mater an der Saale hervorgeht: „Wir Friedrich von Gottes Gnaden, König in Preußen ..., Thun kund, und fügen hiermit zu wissen, daß wir zu Beförderung derer Wissenschaften in Unsern Landen, und zu desto mehrerm Aufnehmen Unserer Universität zu Halle allergnädigst resolvieren, den bisherigen Hessencasselschen Regierungsrath und Professorem zu Marpurg, Christian Wolf, der durch seine Geschicklichkeit, gründliche Erudition und vernünftige Lehrart, wie auch durch seine übrigen rühmlichen Qualitäten, bekanntermaßen sich weit und breit berühmt gemacht, zum Vicecanzler vorbemeldter Universität, und zum Professore ... daselbst allergnädigst zu bestellen und anzunehmen, ihm auch daneben das Prädikat als geheimder Rath beyzulegen, und die Freyheit zu verstatten, daß er lesen dürfe, was er wolle, und wie er es der unter ihm studierenden Jugend am dientlichsten und nützlichsten zu seyn erachtet.“

Darüber hinaus ernannte Friedrich II. Wolff, der dann tatsächlich am 6. Dezember 1740 in Halle eintraf, später noch zum Kurator sämtlicher Universitäten des Königreiches. Der Gelehrte revanchierte sich für diese Gnadenerweise, indem er alle acht Bände seines „Naturrechts“, die zwischen 1740 und 1748 erschienen, dem preußischen Herrscher widmete. Dabei schwand dessen Interesse jedoch mit der Zeit, weil er Wolffs Bücher zunehmend als zu weitschweifig und trocken empfand und nun lieber die Lehren anderer Philosophen wie beispielsweise des Franzosen François-Marie Arouet, genannt Voltaire, rezipierte.

Deshalb kam es wohl auch zu keiner Nobilitierung durch Friedrich den Großen. Diese besorgte vielmehr der bayerische Herzog und Kurfürst Maximilian III. Joseph in seiner Funktion als Verweser des Heiligen Römischen Reiches: Er erhob Wolff 1745 zum Reichsfreiherrn, woraufhin sich der Philosoph nun Baron nennen konnte. Hinter der Entscheidung des Kurfürsten stand der Jesuitenpater Daniel Stadler, der als Beichtvater von Maximilian fungierte und offensichtlich den protestantischen Kritikern Wolffs ein Schnippchen schlagen wollte.

Christian Freiherr von Wolff starb am 9. April 1754, einem Karfreitag, in Halle. Seine Grabstätte gilt heute als verschollen.

Wolfgang Kaufmann

»125. Geburtstag Nelly Sachs«

Die Bundesregierung hat vorletzten Mittwoch beschlossen, eine 20-Euro-Gedenkmünze „125. Geburtstag Nelly Sachs“ prägen zu lassen und im April 2016 auszugeben. Die Münze würdigt die 1891 in Berlin-Schöneberg geborene und am 12. Mai 1970 in Stockholm gestorbene erste deutsche Literatur-Nobelpreisträgerin. Der Entwurf stammt von dem Künstler Georg Mann aus Halle an der Saale. In der Begründung der Jury für die Entscheidung heißt es:

„Der ausdrucksstarke künstlerische Entwurf stellt ... eines der zentralen Themen aus dem Schaffen der deutsch-jüdischen Dichterin und Nobelpreisträgerin Nelly Sachs in den Mittelpunkt: Das Gedicht ‚Kommt einer von Ferne‘, auf das die Münze Bezug nimmt, setzt sich mit der Aufarbeitung der Shoa, mit Flucht und Verfolgung auseinander



Bildseite Bild: BADV

und beweist damit zugleich eine hohe Aktualität.“

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „Bundesrepublik Deutschland“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „F“ der Staatlichen Münzen Baden-Württemberg, Prägestätte Stuttgart, die Jahreszahl 2016 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „Silber 925“ aufgeprägt. Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „Frieden du leiseste aller Geburten“

Die Münze soll in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz in einer Legierung von 925 Tausendteilen Silber und 75 Tausendteilen Kupfer hergestellt werden. Sie hat eine Masse von 18 Gramm und einen Durchmesser von 32,5 Millimetern.

Zum 100 Geburtstag hatte die Bundespost Nelly Sachs bereits mit einer 100-Pfennig-Marke geehrt.

PAZ

Sein Humor war unverwüstlich

Vor 120 Jahren wurde Martin Borrmann geboren, Autor des Romans »Trampedank oder Das Glück der Pechvögel «

Die schriftstellerische Karriere des am 10. September 1895 in Rößel geborenen und am 30. November 1974 im Westteil Berlins gestorbenen Martin Borrmann begann mit der 1922 erschienenen Novelle „Venus mit dem Orgelspieler“. Schnell folgten die Erzählungen „Der Don Juan der halben Dinge“, „Misshandlung“ und „Frühe Schuld“. Damals waren Ernst Rowohlt und Samuel Fischer seine Verleger und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schickte ihn als Reiseschriftsteller nach Indonesien. So entstand das Buch „Sunda“. Es erschien 1925 und wurde auch ins Holländische übersetzt.

Von 1929 bis 1933 war er Dramaturg am Königsberger Neuen Schauspielhaus, einer sehr renommierten Bühne, die sich vorwiegend der Moderne widmete, doch auch die Klassik nicht vernachlässigte. Wer Borrmanns Einführung zu „Faust II“ hören durfte, hat sie nicht mehr vergessen. 1933 wurde Borrmann entlassen, und der politische Wind, den die nächsten Jahre zum Sturm entfachten, gab seinem Schaffen kein bekömmliches Klima.

Im Auftrag des Senders Königsberg verfasste er drei einstündige Wortsendungen zu musikalischen Suiten von Otto Besch über Masuren, das Samland und die Kurische Nehrung. Seine Beziehungen zur Musik reichten zurück bis in seine Gymnasiastenzeit an dem bekannten Friedrichskolleg. Da bewies er sich als Organist in der Altroßgärter Kirche oder in der Kapelle des Krankenhauses der Barmherzigkeit. Es wurde von Diakonissen betreut. Borrmanns Vater, ein Geistlicher, war 1903 zum Leiter des Diakonissenhauses berufen worden. Auf ihn geht auch die Gründung des Mutterhauses Bethanien in Lötzen zurück. Über seine Sendungen wurde der Dichter zu einem der gründlichsten Kenner Ostpreußens, was später seinem im Atlantisverlag erschienenen Ostpreußenbuch wie den Sammelbänden im Verlag Gräfe und Unzer sehr zugute kam



Martin A. Borrmann

Der Beruf des Reiseschriftstellers wäre ihm der liebste gewesen, hat er einmal geäußert. Man darf dabei nicht vergessen, dass er „fremde Länder und Menschen“ zu einer Zeit kennenlernte, da Mallorca und Marokko noch nicht Wochenend-Ausflugsziele waren.

„Auch ich bin einmal im train bleu gefahren, / ich kam nach Ceylon und Singapur / Heut aber reicht's bei angegrauten Haaren / für eine kurze Fahrt im Rollstuhl nur.“ Hintergrund dieser Verse ist seine Behinderung ab 1958. In den langen Jahren seiner Krankheit, die schließlich zur halbseitigen Lähmung führte, verbitterte er nicht. Er beklagte sich auch nicht, als seine Umwelt zu Stube und Bett zusammengeschrumpft war, dass er den geselligen Umgang mit Seinesgleichen missen musste.

Dem deutschsprachigen Schriftsteller sowie Theater- und Musikkritiker Max Brod, Herausgeber, Bearbeiter und Interpret der Werke Franz Kafkas sowie Förderer der Komponisten Leoš Janácek und Jaromír Weinberger, hatte wie sein Kollege Franz Werfel auch Borrmann seine Entdeckung zu verdanken. Thomas Mann hatte ihn bestätigt. Mit Agnes Miegel war er befreundet. Und der Schriftsteller und Journalist Gerhard Bohlmann war ihm Kamerad und Kollege. Wenn man liest, über welche künstlerischen Potenzen Königsberg damals verfügte, käme man in die Versuchung, von einem Pregel-Athen zu sprechen.

„Es wäre zu viel gewesen zu verlangen, dass alle diese Temperamente und Charaktere nun auch noch eines Sinnes gewesen wären. Auch damals gab es Streit, Zorn, Intrige. Und doch blieben wir immer ein wenig Brüder“, erzählt der Dichter im „Geliebten Königsberg“. „Das Gift des Hasses war noch nicht getrunken, kaum gemischt. Es gab noch keine Kulturpolitik. Jeder lebte für sein Werk und nicht für außerkünstlerische Gesichtspunkte.“

Der „Bruder Martin“ war ein Genie der Freundschaft, noch vom Krankenbett korrespondierte er mit Freunden in der ganzen Welt. „Er hatte das“, sagt der Pfarrer bei Theodor Fontane am Sarge des alten Stechlin, „was über alles Zeitliche hinaus liegt, was gilt und gelten wird: ein Herz ... Er war das Beste, was wir sein können: ein Mann und ein Kind.“ Wo diese beiden Gene zusammentreffen, kann ein Dichter heranreifen.

Borrmanns literarische Anfänge fallen noch in die Zeit des Expressionismus. In der echten Überlieferung der deutschen Erzählkunst, die von Jean Paul über Wilhelm Raabe bis zu Kurt Kluges berühmten „Herrn Kortüm“ reicht, ist nach dem Urteil des Schriftstellers und Verlagslektors Gerhart Pohl der große Roman „Trampedank“ angesiedelt. Der Untertitel „Vom Glück der Pechvögel“ deutet darauf hin, dass der Autor wie sein 1960 erschienenes Buch Humor besaßen beziehungsweise noch besitzen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen verlieh ihm 1962 ihren Kulturpreis

In eine dichte Atmosphäre sind Käuze und Sonderlinge gestellt, überall triumphiert die Liebe zu den kleinen Dingen, Stifters „Andacht zum Geringen“.

Der Held, Sohn eines Anatomen und einer Schauspielerin, kommt über kleinere Bühnen an ein süddeutsches Hoftheater und von dort in die Theaterwelt Berlins, die unter dem Stern der großen Naturalisten steht. Hier konnte Borrmann seine Bühnenerfahrung beweisen, ebenso wie seine Kenntnisse aus den ersten medizinischen Semestern.

Der Theater- und Kunstkritiker, Redakteur sowie Schriftsteller Paul Fechter sieht in der Mischung von Realität und Romantik das Kennzeichen des Ostdeutschen. Borrmann blieb Ostpreuße, auch als „Gelernter Berliner“.

Heimat, das war für ihn keine Fohlenkoppel, über die er im Überschwang der Jugend galoppierte, auch keine nostalgische Fata Morgana, sondern sie blieb ihm die sichere Rampe, von der aus er aufsteigen konnte ins Menschliche. 1962 ehrte ihn die Landsmannschaft Ostpreußischen mit ihrem Kulturpreis.

E.B.

In Europa findet eine politische Vergewaltigung der Bürger statt

Zu: Moment der Wahrheit (Nr. 33)

Keine Regierung, weder monarchisch noch demokratisch, hat seit dem Jahr 911 dem deutschen Volk einen solchen Schaden zugefügt wie Kanzlerin Angela Merkel. Nach jeder schweren Krise, nach den furchtbarsten Kriegen war Deutschland als Nation, als Staat erhalten geblieben.

Einmal hat sie jüngst die von ihr zusammengestellte Führungsmannschaft veranlasst, mehr als 20 Prozent eines Bundeshaushaltes ohne jegliche Aussicht auf eine Rückzahlung an Griechenland abzuführen. So hat es der Finanzminister in seiner Parlamentsrede von vornherein bestätigt.

Auf griechischem Boden sind Rohstoffvorkommen in Wert von 300 Milliarden Euro festgestellt. Vor ihrer Förderung wurden sie jedoch bereits zu 80 Prozent an nicht-europäische Interessenten wie die Türkei oder die USA, verteilt. Für Deutschland und Europa blieb davon nichts übrig.

Es ist nun schon der dritte Rettungsschirm für das Land im Südosten Europas. Die Gesamtverschuldung des Landes beträgt zirka 480 Milliarden Euro bei einem Bruttosozialprodukt von 240 Milliarden Euro im Jahr 2014. Die ihm aufgedrängten Sparmaßnahmen werden seine Wirtschaftlichkeit noch tiefer sinken lassen. Der Minister wird mit seinem Hinweis völlig Recht haben. Deutsches Steuergeld bei vollem Bewusstsein und Rücksichtslosigkeit der Regierenden à fond perdu!

Nicht genug damit: Die Bundesrepublik Deutschland wurde von dieser Administration fremden Völkern als Zufluchtsort freigegeben. Die Übernahme von Unterkunft und sozialer Versorgung beläuft sich bereits auf Milliardenhöhe. In 2015 wird Deutschland zirka fünf Milliarden Euro aufwenden müssen. Es wird nicht bei dem vermuteten Zuzug von zirka 800 000 Flüchtlingen bleiben.

Es steht fest, dass allein in Afrika viele Millionen Menschen darauf warten, in den Norden nach Deutschland ohne weitere Formalitäten auswandern zu können. Ihre Zahl wird ein Vielfaches der aktuellen sein. Es geht doch aber nicht nur um den materiellen Wert dieser Zuwanderung. Mit ihr werden die deutschen Einwohner ihres natürlichen Heimatrechts, ihrer Kultur, ihrer Religion und, ja, auch ihrer gesamten Lebensqualität beraubt.

Mit der Übernahme von Land und Sachwerten wurde Deutschland einer undefinierbaren Menschengruppe von fremden Kulturen freigegeben. Die Kolonnen der linksextremen Antifa, die in Dresden und auch woanders straffrei im Schutze der Regierung auf ihre demonstrativen Plakate „Deutschland, verrecke“ schreiben dürfen, haben ganze Arbeit geleistet.

Die Länder, die für die Auslösung dieser Flüchtlingswellen verantwortlich sind, beteiligen sich jedoch in keiner Weise an dem Flüchtlingsproblem. Diese Situation bleibt allerdings nicht nur Deutschland allein vorbehalten. Ganz Europa, unter der Gewalt des Kommissariats in Brüssel, wird derzeit von einer ungehemmten Völkerwanderung überschwemmt.

Es ist der Urwille bei der Gründung dieses Staatsunwesens EU gewesen, verborgen unter den Schalmeientönen von Demokratie, Menschenrecht und Sittlichkeit, den Kontinent für andere Zwecke umzufunktionieren. Er hat herzuhalten für die militärischen Ziele einer globalen Weltherrschaft im Verbund mit der Nato. Die Fakten zeigen auf, dass es sich nicht um eine Verschwörungstheorie handelt. Allein, dass sich 500 Millionen Europäer eine derartige politische Vergewaltigung gefallen lassen, ist Zeichen dafür, dass sie in ihrem Lebenswillen paralysiert wurden. Sie haben ihr Selbstbestimmungsrecht widernatürlich fremdem Willen untergeordnet.

Die Legislative des Landes im Zentrum Europas besteht darüber hinaus zu 25 Prozent aus Angehörigen ohne beruflichen Hintergrund. Ohne Lebenserfahrungen, ohne ausreichende Bildung und Sozialisierungsfähigkeiten bestimmen sie über das Schicksal von Werten und Menschen in für sie unfassbaren Dimensionen. Sie sind prädestiniert, auf ihrem Niveau die Aufträge Dritter sklavisch zu erfüllen.

Was den Feinden Deutschlands nicht gelungen ist, hat die stärkste Frau der Welt geschafft. Die Bundeskanzlerin Merkel hat aber nicht nur die Geschichte des Landes, in dem sie geboren wurde, beendet. Sie hat den Kontinent zur Verwertung seiner Feinde preisgegeben. Sie hat geschworen, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Drei Finger hatte sie zum Schwur erhoben. Wie viel hatte sie hinter ihrem Rücken gekreuzt?

Herbert Gassen, Maintal

Fatale Generalstabarbeit

Zu: Moment der Wahrheit (Nr. 33)

Nach Artikel 65, Satz 1 des deutschen Grundgesetzes bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, bedarf es einer kompetenten Planungsabteilung, die vom Kanzleramtsminister geleitet wird. Zu leisten ist dabei dies: Definition der strategischen und operativen Ziele, eine exakte Analyse der Lage und die Anregung und Vorbereitung eines schnellen Entschlusses. Im militärischen Bereich nennt man dies Generalstabarbeit.

Wie aber ist es mit der operativen Planung und der Analyse im Bundeskanzleramt bestellt? Und wir sprechen hier einmal nicht vom Griechenland-Chaos. War nach den bekannten außenpolitischen Verrücktheiten der USA (nach Afghanistan, Irak und „Arabischem Frühling“) mit destabilisierenden Aktionen nicht schon seit Jahren auch in Syrien zu rechnen, also mit weiteren hunderttausenden Flüchtlingen? Und was ist vorbereitend geschehen?

Bedeutete die blauäugige Freizügigkeit in der EU nach dem Schengen-Abkommen von 1985 nicht geradezu eine Einladung für Schlepper, die offenen Grenzen in klingende Münze zu verwandeln? Wo war denn von vornherein eine Verpflichtung der EU, zwischen Asylsuchenden und Einkommensinteressierten zu unterscheiden und feste Aufnahmequoten rechtzeitig festzulegen und einzuhalten? Von notwendiger Initiativentscheidung keine Spur. Und von schneller schon gar nicht.

Es ist allzu billig, den Unmut der heimischen Bevölkerung über staatliche Planungsfehler allgemein als Fremdenfeindlichkeit zu geißeln, es erst noch zu vermeidbaren Gewalttätigkeiten kommen zu lassen und dann erst politisch aufzuwachen.

Was ist denn erst, wenn in übervölkerten Gebieten Afrikas und Asiens noch viel mehr „Flüchtlinge“ das Geld aufbringen, um sich von Schleppern an irgendwelche europäischen Küsten mit dem Ziel Deutschland bringen zu lassen?

Dr. Klaus J. Schneider-Haßloff, Berlin

Eine Parallele zu den USA

Zu: Ohne die Kinder? (Nr. 34)

Der *PAZ*-Redakteur schreibt in seinem Kommentar, es irritiere, dass unter den „Flüchtlingen“ – ich würde sagen „illegalen Zuwanderern“ – „auffallend viele Männer“ seien. Ergänzend kann man sagen „viele überwiegend junge Männer“. Sehr wahrscheinlich sogar arbeitslose Jugendliche, die vom Wunsch nach Arbeit und einem besseren Leben getrieben sind.

Dabei ergeben sich gewisse Parallelen zu den Verhältnissen in Preußen im 19. Jahrhundert. Im Zuge der Stein-Hardenbergschen Reformen wurden auch 1807 die bis dahin bestehenden Heiratsrestriktionen aufgehoben. Nun konnte heiraten, wer wollte. Und das wollten wohl alle jungen Leute. In der Folge stieg die Geburtenzahl in Preußen rasch und stark an. Es entstand ein immenses Bevölkerungswachstum, mit dem das Angebot an Arbeitsplätzen nicht mithalten konnte. So gab es einen beträchtlichen Auswanderungsschub, besonders für junge Männer – nach Amerika. Genauer: in die USA. Ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten, wo Milch und Honig fließen sollten. Das Land, in dem man sein Glück machen konnte, wo es Karrieren vom Tellerwäscher zum Millionär geben sollte. Es herrschte eine Goldgräberstimmung. Und Gold gab es ja auch, sogar „plenty“ davon „on the banks of Sacramento“, wie es im bekannten Shanty vom „Hamborger Veermaster“ heißt.

Aber einen Unterschied zur Situation in Preußen des 19. Jahrhunderts gab es: Die jungen Leute strömten in ein nur sehr dünn besiedeltes und in weiten Teilen nahezu menschenleeres Land, das intensiv, vor allem auch in Deutschland, um Siedler für die ländlichen Gebiete warb. Zwischen 1850 und 1930 wanderten fünf Millionen Deutsche in die USA aus. Alleine im Jahr 1882 zog es 250 000 Deutsche dorthin. Dennoch liegt die Bevölkerungsdichte der Vereinigten Staaten immer noch weit unter der unseres Landes. Während dort aktuell nur 32,5 Einwohner je Quadratkilometer leben, sind es bei uns 226,9 Menschen.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Cranach-Bilder im Giftschrank?

Zu: Cranach d.J. in neuem Licht (Nr. 31)

Wie im Artikel eingangs erwähnt, hat Wittenberg dem berühmten Sohn der Stadt „das bis dato umfassendste Bild“ über sein Werk ausgestellt, da Cranach d.J. ein Anhänger und Verehrer Luthers war. Wie angedeutet hat sich, vom Vater ausgehend, ein „eigenständiges Künstlerprofil der ‚Marke‘ Cranach“ ausgebildet, das, von hoher Qualität, durch die Jahrhunderte hindurch Anerkennung gefunden hat. Wie weiterhin angemerkt, hat Friedrich der Weise „in vertraglicher Bindung“ mit dem Werkstattbetrieb gestanden, um entsprechende Gewinne zu generieren. Selbst an der Beerdigung von Lukas Cranach (1585) fand jene geschäftliche Verbindung mit dem Landesfürsten lobende Erwähnungen.

Das sich in Wittenberg eingefundene Konvolut von „großartigen Zeichnungen“ aus der Zeit der Cranachkünstler lockt ja nun besonders, nach Wittenberg zu fahren. Dass so viele Werke aus der Cranach-Werkstatt verloren gingen, ist bedauerlich. Nach dem Vortrag eines evangelischen Pfarrers sprach dieser zu den Anwesenden denn noch von einigen „Blättern“, die von „Lucas d.J.“ stammten, die aber derart bösartige Karikaturen bezüglich der „alten Kirche“ enthielten, dass man sich nicht traue, die Blätter öffentlich auszustellen; ihr Anblick sei schier widerlich und von äußerster Bösartigkeit und Gemeinheit.

Soweit ich mich recht entsinne, hatte man für jene Produkte einen Panzerschrank vorgesehen, nicht in der Bundesrepublik, sondern im Elsässischen – damit keiner versucht, diese Cranach-Produkte öffentlich zu zeigen. Man wird sich aber damit abfinden müssen, dass es tüchtige Künstler gibt, denen es einzig und allein um den Gewinn geht.

Das Porträt Moritz‘ von Sachsen, das die Mitte des Artikels ziert, verweist mit keiner Silbe darauf, dass er die Bistümer Metz und Verdun an Franz V. verschenkte. Immerhin haben ihm die Bürger Freibergs ein riesiges Grabmal gebaut. Nochmals herzlichen Dank für diesen informativen Beitrag.

Manfred Schmitt, St. Augustin

Einmaliger Skandal

Zu: Dafür ist plötzlich Geld da (Nr. 32)

Immer wieder: Vielen Dank für Ihre wunderbare Zeitung, die als eine der wenigen Hoffnungsschimmer im stockfinsteren Dschungel der gleichgeschalteten deutschen Medienlandschaft leuchtet.

Was die Finanzierung des Asylantenirrsinns angeht und was die wahnsinnigen Zahlen betrifft, mit denen verantwortungslose Politiker um sich werfen, sollte man diese Zahlen an konkreten Beispielen verständlich und sichtbar machen. Unter anderem könnten mit 25 Milliarden Euro zirka 100 Dresdner Frauenkirchen oder zirka 250 Berliner Schlösser pro Jahr finanziert werden.

Wenn es dann um die Erhöhung von Renten, um die medizinische Versorgung von Kassenversicherten oder um Zuschüsse für Bildung und Kultur geht, dann hält sich dieses linksgrün dominierte Regime doch sehr zurück. Es ist ein Skandal, der in der Geschichte wohl einmalig ist und auch bleiben wird. Armes Deutschland!

Manfred Kristen, Duderstadt

Mit D-Mark würde das Finanztheater aufhören

Zu: Neue Pläne in Richtung Fiskalunion (Nr. 31)

Ehrlich gesagt, das hat mich ohnehin gewundert, weshalb sich Deutschland auf so ein undurchsichtiges Abenteuer mit dem Euro und der Europäischen Zentralbank eingelassen hat. Dass viele Köche den Brei verderben, hat man dabei nicht beachtet. Die herbe D-Mark war doch jahrzehntelang eine sehr erfolgreiche Konkurrenz gegenüber dem Dollar. Ich glaube nicht, dass die USA den gleichen Unfug machen werden wie die Deutschen. Manche Länder hatten die D-Mark auch als Leit- oder sogar als Parallelwährung, ohne sich dabei in die Politik der Deutschen Bundesbank einzumischen.

Der Vorschlag des Autors sollte deshalb nicht einfach abgetan oder zerredet, sondern ernsthaft in Erwägung gezogen werden, wie das Desaster mit Griechenland doch eindeutig beweist. In Trinkwasserschutzgebieten dürfen doch auch keine Tankstellen oder sonstige Verunreinigungsmöglichkeiten betrieben werden.

Die Gesundung der Europäischen Finanzwirtschaft könnte gelingen, wenn man Folgendes in Erwägung zieht: 1.) Rückkehr Deutschlands zur D-Mark. 2.) Rückkehr Deutschlands zur harten Währungspolitik der unabhängigen Deutschen Bundesbank ohne fremde Einmischung. 3.) Wer danach der D-Mark beitreten will, muss sich der Politik der Bundesbank unterwerfen, und zwar bedingungslos. Wer das nicht will, lässt es eben bleiben. Gezwungen werden darf niemand. 4.) Dann hört das Finanztheater, wie jetzt mit Griechenland, auf.

Hans-Peter Lötzsch, Berlin

Es ist ein Rätsel!

Zu: Blinde Flecken (Nr. 34)

Es ist schon unglaublich, wie systematisch die Bevölkerung derzeit auf allen Kanälen mit Pro-Asylanten-Propaganda bombardiert wird. Täglich erfahren wir vom vielen Leid, dass die „Flüchtlinge“ erfahren mussten, und selbst ein hartgesottener Nachrichtensprecher wie Claus Kleber (ZDF), der sonst bei keiner Horrormeldung eine Miene verzieht, wird sentimental angesichts der spontanen Fremdenfreundlichkeit der Deutschen.

Es werden tatsächlich alle Register gezogen, und ich wollte meinen Augen nicht trauen, als ich diese Propaganda sogar in einer unpolitischen Rätselzeitschrift einer älteren Dame bemerkte. Dort sieht man auf der inneren Umschlagseite eine Schar von Menschen aus aller Herren Länder, die dem Betrachter freundlich mit Länderfähnchen zuwinken. Darüber ist zu lesen: „Rätseln ist international“.

Also helfen uns die vielen Fremden auch beim Lösen von Kreuzworträtseln und Denksportaufgaben! Wie dies trotz bescheidener Deutschkenntnisse funktionieren soll, wird allerdings nicht verraten.

Sylvie Becker, Bad Homburg

»Die Geister, die die Politik gerufen hat, wird sie nicht wieder los«

Zu: Rote Linien (Nr. 32)

Rote Linien sollten ausschließlich durch das Grundgesetz und das Recht vorgegeben werden, deren eine Quelle der christliche Glaube ist. Eine strenge Orientierung am neuen und insbesondere alten Testament würde uns möglicherweise eine weitere Terrororganisation neben dem Islamischen Staat bescheren. Die Zeiten von Hexenverbrennungen sind seit Jahrhunderten vorbei und werden wohl von niemandem zurückgewünscht.

Wenn andernorts Menschen verhungern und ertrinken, sollten wir in erster Linie auf die Ursachen und die Brandstifter hinweisen und darauf einwirken. Aber die USA sind ja mächtig und weit weg. Die gegenwärtige deutsche Griechenland- und Flüchtlingspolitik mildert kein Leid, langfristig fördert sie es und wird scheitern. Mit dem Hinweis auf das christliche Gebot der Nächstenliebe lässt sich diese verfehlte Politik nicht rechtfertigen.

Insbesondere linke Ideologen und Parteien versuchen – inzwischen mit zunehmenden Erfolg – ihre Linien einer oft abstrusen politischen Korrektheit als rote Linien zu verkaufen. Wer den Vorgaben dieses Wächterrats für politische Korrektheit nicht folgt und sich des eigenen kritischen Verstandes bedient, wird abgestraft. Persönliche Verunglimpfungen in Medien und Internet, Beschimpfungen als Nazi oder Rechtsextremer sowie Bedrohungen sind an der Tagesordnung, selbst vor Tätlichkeiten wird nicht zurückgeschreckt. Thilo Sarrazin, AfD-Politiker, Pegida-Demonstranten und -Sympathisanten haben damit ihre Erfahrungen gemacht.

Die Begriffe „Nazi in Nadelstreifen“, „Mischpoke“ gehören zum Vokabular deutscher Mandatsträger. Häuserfassaden in allen größeren deutschen Städten sind voll von linken Parolen, während die

Wächterrat gegen den kritischen Verstand

Antifa Narrenfreiheit hat. „Feldbefreiungen“ durch Gentechnikgegner, die das Wort „Gen“ nicht buchstabieren können, Blockaden von Läden, Straßen und Eisenbahnverbindungen sowie illegale Gegendemonstrationen werden in den Medien als mutiges zivilgesellschaftliches Engagement von „Aktivisten“ bejubelt und von Politikern beklatscht. Gegenstimmen gibt es nicht, es könnte ja der Karriere schaden oder gar gefährlich werden. Was Recht ist, bestimmen nicht Gesetze sondern der grün-rote Mainstream.

Der kategorische Imperativ des großen ostpreußischen Philosophen Kant („handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“) existiert offensichtlich in der Gedankenwelt unserer geistigen Elite nicht. Der Geist ist dem Geistlichen (Ideologie) gewichen.

Wer sich in solchen Zeiten wundert, dass im Netz Unrat ausgegossen wird und Schmierereien an Flüchtlingsunterkünften zunehmen, ist weltfremd. Die Geister, die die Politik gerufen hat, wird sie nicht wieder los. Volksverhetzungs- und neue Hassparagrafen werden nichts ändern, haben nach Honecker und Mielke einen schalen Beigeschmack und öffnen noch weiter der Willkür Tür und Tor.

Wir sind längst bei George Orwell („Farm der Tiere“, „1984“) angekommen und tun immer noch so, als ob wir das nicht wüssten. Verfassung, Gesetze, EU-Verträge, für alle verbindliche Regeln – alles nur „geduldiges“ Papier, notfalls erklären uns Verfassungsrichter, wie dieser komplizierte Text zu lesen ist.

Gerd Kister, Rampe

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 36 – 5. September 2015

MELDUNGEN

Zollfahndung mittels Röntgen

Königsberg/Memel – Mit Hilfe von Mitteln der Europäischen Union wurden Ende 2014 an den russisch-litauischen Grenzübergängen in Ostpreußen Hochleistungs-Röntgenanlagen installiert, die bis zu 20 Containerfahrzeuge pro Stunde durchleuchten können. Bislang wurden über 14 000 Fahrzeuge auf diesem Weg untersucht, wobei über eine Million Packungen Zigaretten, drei Zentner Bernstein sowie Drogen und andere Kontrabande erkannt und sichergestellt werden konnten. *T.W.W.*

Bunker zu verpachten

Angerburg – Das frühere Domizil des Oberkommandos der Wehrmacht im Mauerwald bei Angerburg soll verpachtet werden. Der Bunker-Komplex aus dem Zweiten Weltkrieg soll für touristische Zwecke genutzt und für die Besichtigung zugänglich gemacht werden. Oberförster Piotr Gawricki sagt, dass der Vertrag über 20 Jahre abgeschlossen werden soll. Der Mauerwald ist nicht so bekannt wie das 18 Kilometer entfernte Hauptquartier Adolf Hitlers, die „Wolfsschanze“ in Görlitz, aber es wird von etlichen Tausend Touristen jährlich besucht. Im Mauerwald kann man unter anderem drei große und zwei kleinere Gebäude besichtigen. Einige von diesen Bauten haben eine Deckenhöhe von sieben Metern, und auf ihren Wänden haben sich originale Malereien erhalten, die mit Moos überzogen sind. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. S7j: Sauden [Sudwa] – Zalusken [Załuski], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Bergfriede [Samborowo], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle; Wosnitzen [Woznice] – Erlenau [Olszewo], Randstreifenarbeiten; Dombrowken [Dabrówka], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Renovierung der Fußgängerzonen; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Groß Schiemanen [Szymany], Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo], Renovierung der Fußgängerzonen; Gehsen [Jeze] – Staatsgrenze, Baustelle. Straße Nr. 65: Herzogskirchen [Gaski] – Przytullen [Przytuły], Baustelle; Prostken [Prostki], Baustelle. *E.G.*

Diskussionen um Ausgrabungen

Markthallen-Schild im Königsberger Zoo entdeckt – Kommerz wichtiger als archäologische Gutachten

Immer wieder werden in Königsberg bei Bauarbeiten historische Funde zutage gefördert. Beim jüngsten handelt es sich um das gut erhaltene Schild der Markthalle auf dem Gelände des Königsberger Zoos. Über den nicht immer fachgerechten Umgang mit den Artefakten gibt es Diskussionen.

Bei der Aushebung eines Wasserbeckens sind Bauarbeiter im Königsberger Tiergarten auf einen interessanten Gegenstand gestoßen. Als die ersten Buchstaben aus der Erde auftauchten, war ihnen sofort klar, dass es sich um etwas Historisches handeln müsse. Wie sich zeigte, handelt es sich um das gut erhaltene Schild, das einst die Markthalle in der Tiergartenstraße [Zoologitscheskaja uliza] zierte. Die alte Eisenkonstruktion ist 2,50 Meter lang und einem halben Meter hoch. Die herbeigerufenen Archäologen stellten ziemlich schnell fest, dass es sich um das Schild der Markthalle handelte, die sich bis 1945 in der Tiergartenstraße befand, und dass es Anfang des 20. Jahrhunderts hergestellt worden war. Laut Gesetz muss das Schild dem Gebietsmuseum für Kunst und Geschichte zur Aufbewahrung übergeben werden. Die Leitung des Zoos will allerdings das Museum bitten, das Kunstwerk auf ihrem Territorium zu belassen. Zunächst soll es restauriert und anschließend im Zoo ausgestellt werden.

Derzeit laufen die Arbeiten der Archäologen weiter. Sie vermuten, dass sich unter der Ausgrabungsstelle in einer tieferen Schicht noch weitere interessante Gegenstände befinden, die aus dem ersten Jahrtausend vor Christi stammen könnten.



Einst und jetzt: Das erhalten gebliebene Schild der „Markthalle“ auf dem Gelände des Zoos und damals auf dem Gebäude in der Tiergartenstraße. Bild: J.T., Archiv

Zurzeit befindet sich das Schild der Markthalle noch am Ort seiner Entdeckung. Von der Tiergartenstraße aus können Passanten es sehen. Zurzeit plant niemand, es ins Museum zu transportieren, weil zuvor noch eine Reihe bürokratischer Fragen geklärt werden muss. Wahrscheinlich wird das Schild im Tiergarten bleiben können.

Das Thema archäologischer Funde bei Bauarbeiten sorgt immer wieder für Diskussionen. Immer mehr Menschen, Institutionen, die nicht direkt mit dieser Frage zu tun haben, beteiligen sich daran. Bislang verliefen die Gespräche in der Regel in einem guten Ton, doch es wird auch viel geredet, um die Untätigkeit und einen unverantwortlichen Umgang mit den Funden zu kaschieren.

So geschehen in der Straße des 9. April. Bei Arbeiten zur Fahrbahn-Verbreiterung war man auf menschliche Skelette und Schädel gestoßen, die vermutlich in den Jahren 1945 bis 1947 dort begraben wurden, wahrscheinlich waren es Deutsche. Die menschlichen Überreste sollen auf dem internationalen Friedhof beigesetzt werden. Obwohl der Auftragnehmer um die Existenz von Gräbern an der Stelle wusste, hatte er die vorgeschriebene archäologische Untersuchung nicht durchführen lassen mit dem Hinweis, dass sich die Krise auf sein Unternehmen ausgewirkt habe. Dabei weiß die Forschung von Spuren aus dem 18. und 19. Jahrhundert, die sich in einer Tiefe von 60 Zentimetern befinden sollen. Während der Bauarbeiten war man auch auf Wasserkollektoren und Brunnen aus der Vorkriegszeit gestoßen.

In die Diskussion haben sich viele Offizielle eingemischt und jeder von ihnen hatte es eilig, seinen Beitrag zur Erhaltung des kulturellen Erbes zu leisten. Doch die Realität ist eine andere. Obwohl Spezialisten auf Gesetzesverstöße bei den Bauarbeiten an der Straße des 9. April hingewiesen haben, erfolgte eine vollständige archäologische Untersuchung der Ausgrabungen nicht. Stattdessen verteidigte Bürgermeister Alexander Jaroschuk den Weiterbau mit der Begründung, dass staatliche Gelder bereitgestellt wurden und es sich um eine Verbindung zwischen der Hochbrücke und dem Wassiljewskij-Platz handelt, die rechtzeitig fertiggestellt werden müsse, weil sie ein wichtiges Element der Infrastruktur für die Fußballweltmeisterschaft sei. „Wir können nicht irgendwelche historischen Untersuchungen für neun Monate machen. Wenn man mir solche Fristen nennt, sträuben sich mir die Nackenhaare. Mir wurde ein Ausgrabungsprojekt in Höhe von 70 bis 80 Millionen Rubel (bis zu einer Million Euro) vorgestellt. Natürlich haben wir das nicht bewilligt. Wie kann man so viel Geld ausgeben?“, beschwerte sich Jaroschuk.

Jurij Tschernyschew

Klatsch als Werbemittel

PR-Firmen werben um Rentnerinnen

Werbespezialisten in Königsberg haben ein neues Werbemittel entdeckt: die Verbreitung von Gerüchten und Klatsch. Die Erkenntnis, dass Klatsch zur menschlichen Natur gehört und Gerüchten mehr Glauben geschenkt wird als den Worten kompetenter Fachleute, hat sie auf die Idee gebracht, dies zu nutzen. Viele Menschen glauben an Großmütter, Wahrsager und Wunderheiler. So wirbt „Radio Russland“, das fast in allen Wohnzimmern empfangen wird, für Heilmittel ohne Rezept gegen fast alle Erkrankungen.

In den Stellenanzeigen der Königsberger Zeitungen finden sich viele Annoncen unter der Rubrik „Arbeit für Rentner“. Meist werden nur geringe Qualifikation erfordernde Teilzeitbeschäftigungen angeboten, etwa Telefondienst oder Heimarbeit. Doch jüngst erschien auf einer Internetseite eine ungewöhnliche Kleinanzeige mit der ebenso ungewöhnlichen Stellenbezeichnung „Klatschhändler“. Es richtet sich an Menschen, die Zeit haben, viel in Wartesälen oder auf Bänken sitzen, und ihre



Neue Zielgruppe: Rentnerinnen als Werbeagenten Bild: J.T.

gewonnenen Informationen gerne mit anderen teilen.

Dass sie dabei ein wertvoller Multiplikator sein können, hat sich eine PR-Firma zu Nutzen gemacht. Sie rekrutiert Rentnerinnen, die an stark frequentierten Orten ihre guten Erfahrungen, beispielsweise mit einem Medikament, weitergeben. Die „Reklameagenten“ sollen nicht nur über ihre Krankheit klagen, sondern in einfachen und verständlichen Worten erzählen, wie das Präparat ihnen geholfen hat. Und dann nicht vergessen, den Namen desselben oft und deutlich zu nennen. Weil Frauen sich mehr um ihre Gesundheit kümmern als Männer und ohnehin eine höhere Lebenserwartung haben, sind sie die Hauptzielgruppe.

Das Stellenangebot richtete sich an Frauen über 50, die ein paar Stunden pro Woche Zeit haben und einige tausend Rubel pro Monat dazu verdienen möchten. *J.T.*

Forscher am Werk

Ärchäologen graben in Grünfelde

Auf dem Schlachtfeld bei Tannenberg haben archäologische Forschungen begonnen. Es wird nach Spuren vom Lager des Deutschen Ordens gesucht. Über die Schlacht weiß man nicht viel. Sie wurde auf den Feldern zwischen Grünfelde, Tannenberg und Ludwigsdorf am 15. Juli 1410 zwischen dem polnisch-litauischen Heer und dem Deutschen Orden ausgefochten. Der Ritterorden erlitt eine Niederlage. Andere Angaben sind Hypothesen oder Mythen.

> 50 Personen setzen neueste Technik ein

Die aktuellen Forschungen sollen die Hypothese von Professor Svena Ekhdala überprüfen. Der schwedische Wissenschaftler behauptet, dass die Schlacht in der Nähe des Ortes Grünfelde stattfand und nicht, wie die polnischen Historiker vermuten, zwischen Tannenberg und Ludwigsdorf. An den Untersuchungen nehmen Archäologen und Amateur-Schatzsucher aus Dänemark, Norwegen, Großbritannien und Polen teil, insgesamt fast 50 Personen. Dabei kommen neuste Technologien zum Einsatz, wie Metalldetektoren mit GPS-Funktion oder Georadar.

Während der Grabungen in den 1960er Jahren wurden 300 männliche Skelette mit Schnitt- oder Stichwunden auf den Feldern gefunden. Sie befinden sich jetzt im Museum für Ermland und Masuren (Muzeum Warmii i Mazur) in Mohrungen aber es gibt keine finanziellen Mittel, um sie genau zu untersuchen. Szymon Drej, Direktor des Museums der Tannenbergschlacht (Muzeum Bitwy pod Grunwaldem), vermutet, dass bei der Schlacht zirka 8000 Menschen ums Leben gekommen sind, deswegen müssten ihre Überreste noch zu finden sein.

Bisher verlief die Expedition erfolgreich, es sind schon fast so viele Artefakte sichergestellt worden, wie bei den Ausgrabungen des Vorjahrs. Alle Fundstücke werden nach der Auswertung an das Museum der Tannenbergschlacht übergeben.

Edyta Gładkowska



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

für diese Folge habe ich mir wie angekündigt heitere Zuschriften vorgenommen, mit denen ich unsere Familie ein wenig erfreuen will, obgleich vielen Leserinnen und Lesern angesichts der politischen Ereignisse gar nicht so zu Mute sein wird. Aber ein stilles Lächeln oder ein helles Lachen hat uns ja in unserem Leben so manche trübe Stunde erhellt – und vor allem über das Lachen kann uns Frau **Ilsegret Böhm** aus Hamburg so viel Positives berichten, denn es war und ist ihr Lebenselixier. Damit hatte sie schon als kleine Marjell ihr erstes Geld verdient, wenn ihr Opa im Büro seines Hotels „Dessauer Hof“ in Insterburg, seine Enkelin aufforderte: „Ilske, Hemske, krichst e Dittche, wenn du lachst!“ Da kamen dann bald einige Dittchen zusammen, sodass Ilske sich die ersehnte Rolle Drops kaufen konnte. Vom Großvater, der Viehhändler und Gastwirt in Bubainen gewesen war, bevor er 1912 das Hotel in Insterburg erbaute, hatte sie wohl den ostpreußischen Dialekt übernommen, der ihr nach dem Krieg den Spitznamen „Erbarmung“ einbrachte. Wenn sie sich mit alten Freunden in Hamburg traf, begrüßte man sie stets mit den Worten: „Ach, Erbarmung ist da!“ Und dieser jedem Ostpreußen vertraute Ausdruck, der für eine Vielzahl von Eindrücken gut ist, steht auch auf einem Jostenband, das noch heute in ihrer Hamburger Wohnung hängt. „Erbarmung“ hat Frau Ilsegret wohl auch gesagt, als sie meine kleine ostpreußische Sprachkunde „Richtig schabbern kann man nicht lernen“ in Folge 27 als Antwort auf ihren Brief las, in dem sie einige Eigenheiten unseres so reichhaltigen Idioms erklärt haben wollte. „Und ich lache immer noch, wenn ich von Muschkebaod und Meschkinnes lese“, schreibt sie und legt gleich nach: „Was sind Puschen? In Hamburg gebraucht man sie für Wuschen. Also für Pantoffeln.“ Die gibt es auch in unserem ostpreußischen Sprachbereich, allerdings mit einer Vorsilbe: Pampuschen. Sagen Sie jetzt auch „Erbarmung“, liebe Frau Böhm?

Auch Frau **Roswitha Kulikowski** aus Hemmingen hat sich über meine ostpreußische Wörterkunde amüsiert, zumal ihr ja das „Ostpreußische ABC“ vertraut ist: Ihr Vater **Siegfried Saßnick** hat unter diesem Titel eine heitere Sprachlehre in Versen verfasst – das bei Rautenberg erschienene Buch gehört zu den Standardwerken ostpreußischen Humors. In meiner kleinen Abhandlung konnte ich aus Platzgründen leider nicht darauf hinweisen, obgleich es auch eine Beziehung zu unserer „Ostpreußischen Familie“ hat, wie die Widmung in dem Buch bezeugt, das ich im Jahr 1989 von seiner Tochter bekam: „Für Ruth Geede mit einem herzlichen Dank für die Bemühungen, über die Ostpreußische Familie das Original wieder aufzufinden“.



Eine der ältesten Wehrkirchen Ospreußens: Die Juditter Kirche

Bild: privat

Mit dem Original des „Ostpreußischen ABC“ hatte es nämlich seine besondere Bewandtnis. Der Urtext entstand 1945 in einem Gefangenenlager in Ägypten, als der in englische Gefangenschaft geratene Königsberger Siegfried Saßnick auf einen Landsmann aus Angerburg traf. Als Stubenkameraden hockten er und **Ulrich Komm** eng zusammen. Beide begannen, Wörter, Redensarten und Geschichten aus ihrer gemeinsamen Heimat in Verse zu setzen und in gestochener Sütterlinschrift aufzuschreiben. Nach der Entlassung trug Saßnik als Erster Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen Hannover seine gereimten Wortspiele und Anekdoten vor und erntete viel Beifall, Künstler wie **Marion Lindt** bauten sie in ihr Programm ein, **Peter Frankenfeld** verwendete sie in einem seiner beliebten Sketche. In den 60er Jahren überarbeitete Saßnick seine Sammlung, die er durch Aquarellzeichnungen illustrierte. Zu einer Buchausgabe kam es aber nicht, der Autor verstarb bereits 1971. Als seine Tochter das literarische Vermächtnis ihres Vaters retten wollte, war es verschwunden. Und blieb es – auch die Suche durch unsere Ostpreußische Familie war vergeblich. **Roswitha Kulikowski** gelang es, durch Verwandte des ebenfalls verstorbenen Mitverfassers Ulrich Komm eine Fotokopie des zweiten Originals zu erhalten, allerdings mit Schwarz-Weiß-Zeichnungen. Sie und die in Sütterlin geschriebenen Verse gaben nun dem im Herbst 1989 bei Rautenberg erschienenen Buch eine besondere Note, für der deutschen Schrift unkundige Leser wurden sie „übersetzt“. Das Buch war lange vergriffen, ist jetzt aber wieder erhältlich. Als Ergänzung zu meinen Ausführungen über unseren ostpreußischen Wortschatz kann ich leider nur eine kleine Saßnick-Kostprobe aus dem Poem „Phonetik“ bringen: „Das S, das spricht man immer waich, ob äin S, zwei S, das is jläich, und Hundche, Mannche, das sagt einer – den Umlaut, näe, dem kennt hier kainer.“

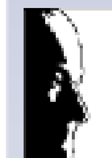
Soweit die heitere Seite unserer Ostpreußischen Familie, jetzt müssen wir uns anderen Themen zuwenden. Es ist immer wieder erstaunlich, welche Erinnerungen beim Lesen unserer Kolumne geweckt werden und wie sich die Betreffenden bemühen, diese auch weiterzugeben. Da hatte in Folge 31 Herr **Gerd Pest** nach dem Verbleib der Luftwaffenhelferin **Melina Nickel** gefragt, die bis zu ihrem Einsatz Anfang 1945 einige Jahre als Hausangestellte bei seiner Eltern beschäftigt war. Die Verbundenheit zwischen „Lina“ und ihren Arbeitgebern war eng gewesen, deshalb suchte die Familie Pest nach Kriegsende nach Melina, es ergaben sich aber leider keine Hinweise auf ihren Verbleib. Nun wandte sich Herr Pest an uns mit der Bitte, in unserem Leserkreis nach möglichen Informanten zu forschen, aber inzwischen sind ja 70 Jahre vergangen, und da ist man eben schon etwas skeptisch. Und ist dann umso angenehmer überrascht, wenn sich tatsächlich aussichtsreiche Spuren ergeben. Nach ersten Informationen hat Melina Nickel Krieg und Flucht überlebt, war verheiratet und lebte zuletzt in Norddeutschland, wo sie Anfang des letzten Jahrzehnts verstarb. Wir werden diese Spur weiter verfolgen, aber die von Herrn Pest gemachten Angaben stimmen mit den uns übermittelten Daten überein. Dies als erste vorsichtige Meldung, der aber nun eine sehr konkrete Zuschrift folgt, die einmal wieder beweist, wie engmaschig unser Netzwerk gestrickt ist.

Da hatte Gerd Pest in seiner Suchfrage angegeben, dass Melina Nickel als Zivilperson zuletzt in dem Haus der Familie in Juditten, Stadtwald 14, gewohnt hatte. Die Familie war im Juni 1944 nach Graudenz übergesiedelt. Als die in Königsberg verbliebene Großmutter **Gertrud Pest** im August 1944 ausgebombt wurde, zog sie zusammen mit „Lina“ in das Haus in Juditten, von dem sie dann Ende Januar 1945 auf die Flucht ging. Von da an hatte niemand mehr etwas von „Lina“ gehört. Nun meldet sich Herr **Peter Perrey** aus Neustadt und überrascht uns mit einem Foto des Hauses Am Stadtwald 14 in Juditten, das heute noch steht. Herr Perrey hat zu diesem Königsberger Stadtteil eine ganz besondere Verbindung, wie er schreibt: „Die Ausführungen von Herrn Pest berühren mich insofern, als wir in der Parallelstraße des Hauses wohnten, Gottschedstraße 36a. Mehrere Häuser in der Gottschedstraße und fast alle in der Straße am Stadtwald sind heute sehr schön renoviert. Einige der in den übrigen Häusern wohnenden russischen Familie haben wohl aber nicht die Mittel, es ihren Nachbarn gleich zu tun. Dazu gehören leider auch die Bewohner unseres Hauses wie die des Hauses Pest Am Stadtwald 14.“ Das bestätigt eine Abbildung, die das Gebäude in einem erbärmlichen Zustand zeigt. Man hat wohl versucht, der Giebelfront einen weißen Anstrich zu geben, aber leider hat die Farbe nicht gereicht, so wurde nur ein Teil bemalt. Ein herzliches Dankeschön für diese – sicher nicht nur Herrn Pest interessierenden – Informationen geht nach Neustadt!

Wenn Vergangenheit so lebendig wird wie in diesem Fall ist es verständlich, dass dadurch die Hoffnung auf ähnliche Erfolge geweckt wird, und an betreffenden Suchanliegen herrscht bei uns kein Mangel. Da ist die Mail von Frau **Claire Pourteau** aus Berlin, die per Zufall auf die *PAZ* gestoßen ist und so unsere Ostpreußische Familie entdeckt hat, von der sie nun hofft, dass sie ihr bei ihrer schwierigen Familienforschung weiter helfen kann. Schwierig deshalb, weil die Familie ihres Mannes **Manfred Pallasch** aus Ostpreußen stammt und auf der Flucht die meisten Unterlagen verloren hat, und wenn noch welche gerettet wurden, so sind diese nicht mehr aufzufinden. Für Frau Pourteau, die für ihren Mann die Familienforschung betreibt, sind wir also der letzte Versuch, noch einige konkrete Angaben über seine mütterliche Linie zu erhalten, denn um diese geht es hauptsächlich. Die Mutter von Manfred Pallasch, **Christel** geborene **Steguweit**, stammte aus Ruddecken, Kreis Tilsit-Ragnit. Dort lebte sie mit ihren Eltern **Albert** Steguweit und **Berta** geborene **Rudat**, und ihren Geschwistern bis zur Flucht, besuchte auch in diesem Dorf die Schule. Gezielt sucht Frau Pourteau nach einer Familie **Brand**, die gegenüber den Steguweits im Haus Nr. 45 (?) wohnte. Zu dieser möchte nun Frau Pourteau Kontakt aufnehmen, was auch möglich erscheint, denn es dürften Nachkommen der Familie Brand existieren, da es in dieser drei Jungen gab. Vielleicht können auch ehemalige Bewohner von Ruddecken einige Hinweise auf beide Familien geben. Das Ehepaar Pallasch/Pourteau würde sich über jede betreffende Zuschrift freuen. (Claire Pourteau, Fritz-Reuter-Straße 28 in 13156 Berlin, Telefon 030/48621225, E-Mail: claire.pourteau@t-online.de)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Kuckuck, Kuckuck, ruft's aus dem Wald

Nur die Hälfte der weltweit 130 Arten legt seine Eier in fremde Nester – Der Vogel liebt Auwälder wie die in Ostpreußen

Wer das Glück hat, ihn rufen zu hören, erkennt: Der Vogel wurde nach seinem Ruf benannt. Wunderschön singen kann er nicht. Aber, wenn er ruft, ist der Frühling da, denn den Kuckuck hört man nur im Mai und Juni. Das Männchen lässt seinen Reviergesang ertönen, um Kontakt mit dem Weibchen aufzunehmen. Kuckuckseltern sind Brutparasiten. Das bedeutet, dass das Kuckucksweibchen ihre Eier in fremde Nester legt. Kuckucke kommen sehr spät aus dem Winterquartier in Afrika zu uns. Sie haben deshalb wenig Zeit, sich um ihren Nachwuchs zu kümmern. Sie haben es in vielen tausend Jahren sogar verlernt, Nester zu bauen und Junge aufzuziehen. Damit es aber weiterhin Kuckucke gibt, muss das Weibchen von Ende April bis Anfang Juli zwölf bis 25 Eier in fremde Nester legen. Das ist gar nicht so einfach. Das Kuckucksweibchen muss ein Nest finden, dessen Eier in Farbe und Zeichnung dem Kuckucksei ähneln. Denn sonst werfen die Stiefeltern das Ei vielleicht wieder aus dem Nest. Während das Männchen nun die brütenden Vögel ablenkt, muss das Weibchen das Ei ganz schnell ins fremde Nest legen. Lange lassen Brutvögel ihr Nest nie allein. Das Kuckucksweibchen muss sogar ein Ei der Stiefeltern verschlucken, damit genau so viele Eier wieder im Nest sind wie vorher. Die brütenden Vögel dürfen nichts merken. Wichtig ist, dass die richtigen Vogeleltern ausgesucht werden. Sie müssen nämlich ihre Jungen mit Insekten ernähren, denn das schmeckt auch kleinen Kuckucken.



Er kommt in Nordafrika und in Eurasien von Portugal und Irland nach Osten bis Japan und Kamtschatka vor: Der Kuckuck (Cuculus canorus)

Bild: Colourbox

Teichrohrsänger, Heckenbraunellen, Grasmücken, Rotkehlchen, Rotschwänze und Zaunkönige, um nur einige zu nennen, bringen diese Eigenschaft mit. Somit sind sie gut geeignet zur Kuckucksaufzucht. Der kleine Kuckuck schlüpft schneller als die anderen im Nest. Nun hat er nur noch ein Ansinnen. Er schubst die anderen Jungvögel aus dem Nest, damit sich die Stiefeltern nur noch um ihn kümmern. Da der junge Kuckuck die ganze Nahrung bekommt, die sonst für mehrere Geschwister reichen müsste, wächst er schnell heran. Meistens ist er sogar größer als die Stiefeltern. Ist das Nest zu klein geworden, fliegt er davon. Ohne dass es ihm jemand gezeigt hat. Eine unglaubliche Leistung in der Natur ist das. Denn der ungeübte kleine Kuckuck fliegt schon bald ganz allein 10000 Kilometer nach Afrika ins Winterquartier. Kuckucke sind Zugvögel und schon im August wieder in Richtung Afrika unterwegs.

Es gibt 130 verschiedenen Kuckucksarten auf der ganzen Welt. Nur die Hälfte von ihnen legt seine Eier in fremde Nester. Die andere Hälfte können ihre Eier selber ausbrüten und die Jungen aufziehen.

Leider gibt es immer weniger Kuckucke, weil ihr Lebensraum bei uns und auch in Afrika bedroht ist. Der Kuckuck liebt Auwälder, also artenreiche und vielfältige Wälder entlang von Bächen und Flüssen. Diese gibt es immer seltener, da Menschen die Flächen bebauen und Natur vernichten. Damit der scheue Vogel uns weiterhin erhalten bleibt, müssen solche Gebiete geschützt werden.

Weil der Kuckuck aus Menschensicht gesehen so frech ist, nutzt man seinen Namen schon seit dem 16. Jahrhundert in Sprichwörtern: „Scher dich zum Kuckuck“ oder „Weiß der Kuckuck“ oder „Zum Kuckuck nochmal“. „Kuckuck“ war damals ein anderes Wort für „Teufel“. Manchmal sind Menschen doch ziemlich dumm!

Silvia Friedrich



ZUM 102. GEBURTSTAG

Huwald, Else, geb. **Muhlack**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 5. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kutz, Anneliese, geb. **Mack**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 7. September
Morgenstern, Elfriede, geb. **Koslowski**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 11. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hoffmann, Margarete, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 7. September
Hutt, Eva, geb. **Alzuhn**, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 11. September
Kairies, Helene, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 9. September
Roth, Hildegard, geb. **Mauerhoff**, aus Treuburg, am 10. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bogumil, Erna, geb. **Grzanna**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. September
Schulz, Edelgard, geb. **Konetzka**, aus Ortelsburg, am 8. September
van Heel, Hildegard, geb. **Osenger**, aus Lyck, am 11. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Derlath, Rudi, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. September
Ehlers, Maria, geb. **Schlachta**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 7. September
Reinke, Erna, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 8. September
Schäfer, Waltraud, geb. **Palluch**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 6. September
Schröter, Hildegard, geb. **Groß**, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 7. September
Schulze, Liselotte, geb. **Ketzler**, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 10. September
Torst, Herta, geb. **Gronau**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Boguschewski, Ruth, geb. **Bogun**, aus Treuburg, am 10. September
Borchert, Elfriede, geb. **Donder**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 9. September
Gezeck, Gertrud, aus Ortelsburg, am 8. September
Großmann, Hedwig, geb. **Kobluhn**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. September
Kupzyk, Kurt, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 7. September
Loerzer, Edith, geb. **Petereit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Mauritz, Elisabeth, geb. **Mosdzen**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Meyer, Elfriede, geb. **Pawellek**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Rose, Charlotte, geb. **Unterhalt**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 6. September
Strelski, Guenther, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 6. September
Utikal, Thilde, geb. **Dittmann**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 6. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fechner, Ernst, aus Medenau, Kreis Samland, am 10. September
Jutkuhn, Erna, geb. **Sawitzki**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. September
Kliem, Botho, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. September
Marks, Ingeburg, geb. **Loenhard**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. September
Plewka, Elfriede, geb. **Sczech**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. September
Puphal, Magda, aus Quellbruch, Kreis Ebenrode, am 8. September
Schmitt, Gerda, geb. **Brodowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. September
Vierzig, Prof. Dr. Siegfried, aus Lötzen, am 5. September
Weinberger, Siegfried, aus Eben-rode, am 5. September
Wischnewski, Waltraud, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 9. September
Witzke, Herta, geb. **Hinz**, aus Karlshof, Kreis Samland, am 8. September
Zniewski, Helene, geb. **Jedamski**, aus Gorau, Kreis Neidenburg, am 5. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Butzko, Willy, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. September
Clemens, Gerda, geb. **Bodwasch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. September
Feigenbutz, Margarete, geb. **Gregor**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 9. September
Gaedtke, Dietrich, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Hiemann, Irmgard, geb. **Hecht**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 7. September
Krusch, Gerda, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 6. September
Leistikow, Herta, geb. **Pfeil**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 7. September
Lemcke, Irene, geb. **Heß**, aus Eimental, Kreis Ebenrode, am 9. September
Lyhs, Martha, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 5. September
Münter, Ruth, aus Lyck, am 11. September
Strewinski, Gerhard, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 11. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Anschütz, Ilse, geb. **Zöllner**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 10. September
Bergsch, Ursula, geb. **Sczepanski**, aus Ortelsburg, am 10. September
Brunswick, Bruno, aus Langheide, Kreis Lyck, am 11. September
Christoffers, Edith, aus Bobern, Kreis Lyck, am 5. September
Droese, Eva, geb. **Höpfner**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 11. September
Giercke, Ruth, geb. **Möller**, aus Wehlau, am 9. September
Grönick, Walter, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 5. September
Gorr, Hedwig, geb. **Gazioch**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Heinrich, Gerda, geb. **Wittke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 6. September
Hundsdörfer, Lydia, geb. **Naujok**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 6. September
Lüerssen, Hildegard, geb. **Palloks**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 10. September
Ruhr, Christel, geb. **Rogalitzki**, aus Partheinen/Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, am 6. September
Schäfer, Meta, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. September
Schümann, Ella, geb. **Kühnapfel**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 5. September
Schulten, Herta, geb. **Soyka**, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 10. September
Wagner, Reinhold, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. September
Wlost, Herta, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Eckweiler, Lisbeth, geb. **Voß**, aus Liska-Schaaken, Kreis Samland, am 10. September
Hinske, Winfried, aus Grünheim, Kreis Wehlau, am 10. September
Höft, Herta geb. **Gebhard**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. September
Holzwarth, Else, geb. **Heise**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 10. September
Kornmesser, Horst, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 7. September
Kubasch, Gerda, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September
Mombrei, Thea, geb. **Schmidtke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. September
Preuss, Horst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Raschke, Edith geb. **Jackstadt**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 8. September
Schwarz, Kriemhilde, geb. **Elberskirch**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 7. September
Wächter, Willy, aus Treuburg, am 11. September
Weber, Luzie, geb. **Dost**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 11. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baller, Ludwig, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 8. September
Broders, Hannelore, geb. **Klischewski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 9. September
Casotti, Inge, geb. **Lottermoser**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 6. September
Grossmann, Ingrid, geb. **Bartlick**, aus Klein Stürlack, Kreis Lötzen, am 5. September
Hessing, Hanna, geb. **Henke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 10. September
Heyn, Anne-Christine, geb. **Baller**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 8. September
Knorr, Horst, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 6. September
Krieg, Hannelore, geb. **Röder**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 5. September
Lieberam, Ilse, geb. **Petereit**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 5. September
Nützmann, Waltraut, geb. **Hoffmann**, aus Trenk, Kreis Samland, am 11. September
Oelsner, Gisela, geb. **Thielert**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 7. September
Oltmanns, Edeltraut, geb. **Schmigelski**, aus Geislingen, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Reinecker, Georg, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. September
Rosenthal, Christel, geb. **Nessowitz**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 11. September
Seefeld, Jürgen, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 8. September
Segler, Elfriede, geb. **Richter**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 7. September
Sentek, Ilse, geb. **Wengobowski**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 8. September
Siebert, Harry, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 10. September
Stank, Elfriede, geb. **Biallas**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. September
Steiner, Erika, geb. **Prorok**, aus Borken, Kreis Lyck, am 11. September
Windt, Eva-Maria, geb. **Schneider**, aus Lyck, am 11. September
Witt-Jessen, Waltraud, geb. **Wulf**, aus Wehlau, am 8. September
Wüstling, Gertrud, geb. **Schreinert**, aus Ebenrode, am 5. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bloszat, Siegfried, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 10. September
Broszio, Ernst-Georg, aus Milken, Kreis Lötzen, am 8. September
Flad, Erika, geb. **Klein**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 6. September
Galla, Ewald, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. September
Gebhardt, Erika, geb. **Bornhold**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 10. September
Giese, Erika, geb. **Zepik**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 9. September
Grenz, Werner, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 7. September
Jedanowski, Egon, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 8. September
Karla, Dietrich, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. September
Kleipödßus, Leo, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 10. September
Matschull, Clara, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. September
Netzel, Harald, aus Neidenburg, am 5. September
Reinke, Erika, aus Braunsberg, am 10. September
Scheffler, Karl, aus Usdau, Kreis Neidenburg, am 5. September
Simon, Renate, geb. **Kablowski**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 8. September
Smither, Maria, geb. **Bludau**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 8. September
Thiedemann, Werner, aus Treuburg, am 5. September
Westphal, Helmut, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 5. September
Wünsch, Renate, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 8. September

TERMINE DER LO

2015

25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826 oder info@ostpreussen.de. Internet: www.ostpreussen.de

Letzte Gelegenheit

Auf zur Herbstfreizeit nach Bad Pyrmont

Vom 28. September bis 8. Oktober bietet das Ostheim zum letzten Mal eine Herbstfreizeit für Senioren an, da das Haus zum 31. Dezember geschlossen wird. Freizeiten im Ostheim – das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Teilnehmer fühlen sich wohl in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter, Museumsbesuchen bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend.

Der herbstlich gefärbte Kurpark lädt zu Konzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen. Auch ambulantes Kuren ist möglich.

Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Cafés und Kulturangeboten ein. Am 3. Oktober präsentiert die Pianistin Gesa Lücker „Weltklassik am Klavier". Sie spielt Werke von Bach, Mozart, Liszt und Schumann. Zwei Tage später, am 5. Oktober, bringt die Lemberger Philharmonie die Werke von Tschaikowsky, Glasunow und Rimsky-Korsakow zur Aufführung. Ein weiterer Höhepunkt: Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann.

Diese zehntägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 490 Euro und im Doppelzimmer pro Person 430 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension und die Gästebetreuung (Programm). Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, bitte nur schriftlich, an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

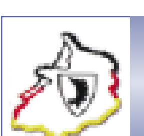


Das Ostheim: Ort für erholsame Urlaubstage Bild: Kg Wehlau

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNTAG, 13. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Hindenburg. Dokumentation, D 2013.
SONNTAG, 13. September, 23.30 Uhr, ZDF: Endlich frei! Die Heimkehr der Zehntausend.
DIENSTAG, 15. September, 21 Uhr, RBB: Deutsche Dynastien (54): Die Hardenbergs. Dokumentation, D 2013.
DIENSTAG, 15. September, 21 Uhr, Phoenix: Deutsche Dynastien (39): Die Hohenzollern. Dokumentation, D 2012.
MITTWOCH, 16. September, 12.30 Uhr, MDR: Lützower. Historiendrama, DDR 1972.
MITTWOCH, 16. September, 18.30 Uhr, Phoenix: Luise – Königin der Herzen.
MITTWOCH, 16. September, 22.45 Uhr, RBB: Deutsche Dynastien (57): Die Bis-

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der Deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Es wird nur alle drei Jahre veranstaltet und ist durchaus etwas Besonderes.

Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen, und sie bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden, und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.

Düsseldorf – Freitag, 9. bis Sonntag 11. Oktober, Düsseldorf: Bundestreffen. Am 11. Oktober steht in diesem Rahmen eine Führung durch das Museum Stadt Königsberg in Duisburg auf dem Programm, das Ende 2015 seine Tore schließen wird.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 12. September, 10 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesdeligiertentagung mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht und Entlastung.

– Landeskulturtagung –

Vom Sonnabend, 12., bis Sonntag, 13. September findet im Stuttgarter Hotel Wartburg die Landeskulturtagung statt.

Das Programm am Sonnabend

14 Uhr: 70 Jahre nach Kriegsende haben die Vorträge der diesjährigen Kulturtagung als Schwerpunktthema „Königsberger Waisenkinder“. Zwei Zeitzeugen berichten. Gerhard Schröder war „1945 bis 47 – Als Königsberger Waisenkind in Ostpreußen“. Hannelore Neumanns Erinnerungen stehen unter dem Vortragstitel: „Ab 1947 – Die ungewisse Herkunft – Wer bin ich eigentlich? Die Suche nach den Wurzeln“.

19 Uhr: Kultureller Heimatabend mit Sketchen und Vertellchen der Teilnehmer. Am Klavier: Ralph Demski.

Das Programm am Sonntag

9 Uhr: Fortsetzung der Kulturtagung mit zwei Vorträgen. „Frieda Jung – zum 150. Geburtstag“ ist der erste gewidmet. Der zweite heißt „Ihre Spuren verwehen nie – Leben und Werk bedeutender ostpreußischer Männer und Frauen“. Nach dem gemeinsamen Mittagessen endet die Tagung zirka um 13.30 Uhr. Delegierte und Gäste sind an beiden Tagen herzlich eingeladen. Übernachtung im Hotel Wartburg. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart.

– Gedenkfeier –

Sonntag, 20. September, 11 Uhr, Vertriebenendenkmal beim Kursal Bad Cannstadt: Gedenkfeier mit Kranzniederlegung zum Tag der Heimat. Ab 14 Uhr im Hegelsaal der Liederhalle: Eine Veranstaltung des BdV mit Festredner, Vorführungen von Tanzgruppen, Chören und Solisten vieler Heimatverbände. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Weberstraße 15, 73084 Salach, die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

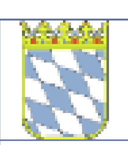
Heidelberg – Sonntag, 13. September, 15 Uhr, Hotel Leonardo, Bergheimerstraße 63: Gemeinsames Treffen. Nach dem gemütlichen Kaffeetrinken zeigt Franz Pitronik, Vorsitzender des Heidelberger BdV einen Film über die einzigartige Schönheit „Masurens“. Gäste sind willkommen. – Sonntag, 20. September, 15 Uhr, Marriott Hotel, Vangerowstraße 16: Tag der Heimat des BdV und der Landsmannschaften.

Ludwigsburg – Mittwoch, 23. September, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Reutlingen – Mittwoch, 16. September, 14 Uhr, Restaurant Rebstöckle, Garten Straße 37, Reutlingen: Erstes Treffen der Frauengruppe in den neuen Räumlichkeiten nach der Sommerpause.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 5. September, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben, Adolph-Kolping-Platz 11: Monatliches Treffen. – Freitag, 11. September, 18.30 Uhr, Mahnmal in Schelklingen-Aachtal: Gemeinsames Gedenken der Landsmannschaften. – Sonnabend, 12. September, 15 Uhr, Landratsamt Ulm: Der BdV Ulm führt zum letzten Mal eine Feier zum Tag der Heimat durch.

Weinheim – Mittwoch, 9. September, 14,30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe, Ein Nachmittag mit heimatlichen Gedichten wie „Großmutters Strickzeug“ von Frieda Jung oder „Letzter Sommer daheim“ von Eva Sirowatka.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

München – Freitag, 11. September, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: Zusammenkunft der Frauengruppe.

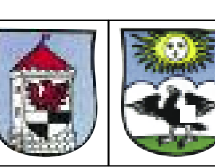


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

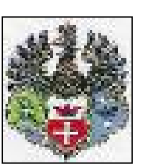


Frauengruppe – Mittwoch, 9. September, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Treffen der Frauengruppe zum Thema „Erinnerung an Ostpreußen 70 Jahre nach Flucht und Vertreibung“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

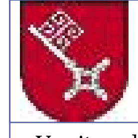




Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 17. September, 14 Uhr, Restaurant Oase Almera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Erntedank in der Heimat und Berichte aus Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



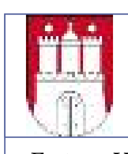
Königsberg – Freitag, 18. September, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – In der Geschäftsstelle läuft der Vorverkauf für unseren diesjährigen „Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken“ im Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, am Sonnabend, 5. September. Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr. Einlass ist ab 14.15 Uhr. Im Vorprogramm wird wieder die „Musikgruppe Burg“ mit Gesang und instrumental alle Gäste einstimmen und zum Mitsingen jahreszeitlich passender Lieder einladen. Daneben ist Zeit zum Plachandern und Einkaufen am Büchertisch. Die Preise der Veranstaltung sollen wieder aus den Erlösen des Verkaufs antiquarischer Bücher gesponsert werden. Wegen der Einführung des Mindestlohns sind sie gegenüber dem Vorjahr etwas erhöht und betragen nun: 16 Euro (Schmandschinken), 10 Euro (Beetenbartsch) oder 12,50 Euro (fleischloser Gemüseteller). Der Eintritt ohne Essen beträgt 5 Euro. Im Preis inbegriffen ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene „Stobbe-Machandel“ enthalten. Eine Anmeldung ist erforderlich: Donnerstags von 15 bis 17 Uhr oder auf dem Anrufbeantworter, Telefon (0421) 3469718.

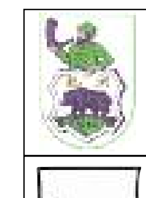


HAMBURG

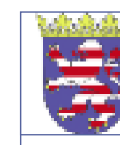
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 5. September, 15 Uhr, Finnische Seemannskirche, Ditmar-Koel-Straße 6: Ökumenischer Gottesdienst des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.) zum Tag der Heimat. – Sonnabend, 12. September, 10.30 Uhr, Schützenhaus Winsen, Luhdorfer Straße 29c, 21423 Winsen (Luhe): Ostpreußentreffen. Weitere Informationen: Telefon (04171) 89261. Weitere Informationen zum Programm siehe auch Heimatkreise unter Schlossberg – Sonntag, 13. September, 15 Uhr, Bachsaal, Gemeindehaus, Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp 4, 20459 Hamburg (Verkehrsanbindung: S1, S2, S3 bis Stadthausbrücke, U3 bis Rödingsmarkt, Buslinie 37 bis Haltestelle Michaeliskirche): Tag der Heimat des LvD. Einlass ab 14.30 Uhr.

KREISGRUPPEN



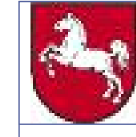
Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellem Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Wiesbaden – Sonnabend, 5. September, 11 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Feststunde des BdV zum Tag der Heimat. Die Ansprache hält der hessische Kultusminister Alexander Lorz. Ab 15 Uhr Kinderfest – Dienstag, 8. September, 15 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat: Treffen der Frauengruppe. Informationsgespräch mit Herrn Steinbauer vom Arbeiter Samariter Bund zum Thema „Die Generation Notruf“. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. – Sonntag, 13. September, 11 Uhr, Schloss Biebrich, Wiesbaden-Biebrich: Tag der Heimat und hessischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation. Festredner ist unter anderem der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier. Weitere Ansprachen halten Stefan Grüttner, hessischer Minister für Soziales und Integration sowie Siegbert Ortmann, Vorsitzender des BdV-Landesverbandes. Ab 10.30 Platzkonzert.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Sonnabend, 5. September, 11 Uhr, Pfarrkirche St. Norbert: Traditionellen Ökumenischer Gottesdienst in Friedland. Eingeladen sind alle Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Danziger, Sudetendeutsche und Gäste. Das Programm:

11 Uhr: Eintreffen der Gäste an der Pfarrkirche St. Norbert, 11.30 Uhr: Begrüßung im Schloss, 12 Uhr: Mittag, 14.30 Uhr: Gottesdienst in St. Norbert, 16 Uhr: Kaffee und Kuchen im ZÄM in Göttingen-Grone.

Für das Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen wird ein Unkostenbeitrag von zehn Euro pro Person erhoben. Fahrgemeinschaften müssen eigenständig organisiert werden. Informationen bei Werner Erdmann, Telefon (0551) 636 75.

Hannover – Freitag, 11. September, 14.30 Uhr, Bootshaus 84, Roesebeckstraße 1: Die Gruppe trifft sich nach der Sommerpause im alten Lokal (das jetzt Bootshaus 84 heißt). Luise Wolfram berichtet über ihre Fahrt nach Königsberg, von der sie gerade zurückgekommen ist. Frau Glienke berichtet über ihre letzte Masurenreise. – Sonnabend, 19. September, Freizeitheim Ricklingen: Tag der Heimat. – Freitag, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Bootshaus 84; Zusammen mit der Pommern-Gruppe wird das Herbstfest gefeiert.

Helmstedt – Donnerstag, 10. September, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen trifft sich nach der Sommerpause am 9. September um 15 Uhr im Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38, Oldenburg. Unter dem Thema „Ostpreußen – so schabberten we tohus. Ein Nachmittag mit ostpreußischem Humor“ tragen Mitglieder der Gruppe vor. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Freitag, 18. September, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.. – Dienstag, 22. September, 16.30 Uhr. Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 8. September, 18 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg: Auftaktveranstaltung des BdV-Kreisverbandes und der Landsmannschaft für den Tag der Heimat. Rudolf Landrock zum Thema „70 Jahre Brünner Todesmarsch“. – Sonnabend, 19. September, 16 Uhr, Namen-Jesu-Kirche, Bonngasse: Ökumenischer Gottedienst mit Orgelkonzert, mehreren Bischöfen, Trachtengruppe und Tempel-Herren-Orden – Sonntag, 20. September, 11 Uhr, Bonner Münsterplatz: Ostdeutscher Markttag. Los geht's mit dem Einmarsch der ostdeutschen Fahnen. Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien wird die Eröffnungsrede halten. Zum kulturellen Programm zählen unter anderem Auftritte von Trachtengruppen und die Blasmusik der Siebenbürger-Sachsen-Kapelle. Die Landsmannschaften bieten an ihren Ständen Bücher, Spezialitäten, Bernstein und vieles mehr.

Ennepetal – Sonnabend, 12. September, 15 Uhr, Restaurant Rosine: Tag der Heimat. – Donnerstag, 17. September, Heimatstube, Kirchstraße 52: Monatsversammlung.

Essen – Sonntag, 6. September, 15 Uhr, Rathaus, Porscheplatz: Feierstunde zum Tag der Heimat, Der Minister für Wirtschaft in NRW, Garrelt Duin, wird den Festvortrag halten. – Freitag, 18. September, 15 Uhr Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Berichte über Erlebnisse und Erfahrungen während der Sommerpause.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 9. September, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Das Sudetendeutsche Museum in Mün-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

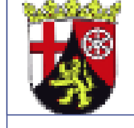
chen. Konzept und Stand der Vorbereitungen“ – Vortrag von Dr. Elisabeth Fendl. – Freitag, 11. September, 18 Uhr, Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 12, September, 11 Uhr, Konferenzraum, GHH: Tag der Heimat unter dem Leitwort „Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute“.

Köln – Dienstag, 15. September, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Ostpreußenrunde. Das Bürgerzentrum kann mit den Linien der KVB 3 und 4 von der Haltestelle Suevenstraße, und den Linien 1 und 7 von Deutzer Freiheit in wenigen Minuten erreicht werden kann.

Lippe-Detmold – Mittwoch, 16. September, 15 Uhr, Kleiner Festsaal, Stadthalle, Detmold: Herbstveranstaltung der Kreisgemeinschaft. Im Mittelpunkt steht das Thema „Ostpreußisch Platt“. Hans-Georg Lippig wird dazu vortragen. Alle Ostpreußen und Freunde sind dazu herzlich eingeladen.

Neuss – Sonnabend, 12. September, 14 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Oberstraße: Gedenkfeier zum Tag der Heimat. Im Anschluss Feierstunde im Marienhaus, Kapitelstraße 36. Ein Bustransfer vom Gedenkstein zum Marienhaus steht zur Verfügung.

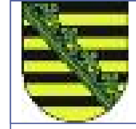
Witten – Montag, 21. September, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Filmvorführung „Der Rhein – von der Quelle bis Koblenz“ (Teil 1).



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Sonntag, 13. September: Da er in Rheinland-Pfalz nicht mehr stattfindet, gibt es die Möglichkeit, am Tag der Heimat in Hessen teilzunehmen. Er findet in Wiesbaden statt, Zu den Rednern zählt der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier. Weitere Informationen: Johannes Freitag, Telefon (06131) 331347.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Ein Brauchtumsnachmittag, wie er schöner nicht sein konnte: Am 20. August waren in der Gerhart-Hauptmann-Oberschule 30 Lehrer, Verwaltungspersonal und Kinder zu einem Nachmittag eingeladen, der sie Kultur und Brauchtum Ostpreußens am praktischen Beispiel erleben ließ. Sie



Brauchtumsnachmittag in der Gerhard-Hauptmann-Schule: Das Arbeiten mit Bernstein fand viel Anklang Bild: privat

waren alle gerne unserer Einladung gefolgt und voller Interesse. Kurt Weihe pflegt seit vielen Jahren Kontakt zur Gerhard-Hauptmann-Oberschule. Er arbeitet mit einer Gruppe von Schülern, die sich schon seit langer Zeit mit Bernsteinarbeiten beschäftigen und begeistert sind vom Gold unserer Heimat.

Damit die Arbeit mit der jüngeren Generation noch erfolgreicher wird und Früchte trägt, kam der Vorschlag von Kurt Weihe, einen ostpreußischen Nachmittag in der Schule zu gestalten. Vorstandsmitglieder der Kreisgruppe waren gerne dazu bereit. Die Kinder (Bernstein-Prinzessinnen) stellten mit Hilfe von Weihe ihre angefertigten Arbeiten zur Schau und arbeiteten vor Ort. Irmgard Gläser hatte ihre ostpreußischen Handarbeiten ausgestellt und war dazu bereit, die verschiedenen Techniken zu erklären. Das Ehepaar Harald und Hannelore Kedzierski bereitete für alle Teilnehmer das bekannteste typisch ostpreußische Gericht der Königsberger Klopse vor. Sie hatte auch ein kleines Kochbüchlein mit Rezepten hergestellt, „Ostpreußen bittet zu Tisch“, als kleines Geschenk und Anregung zum Ausprobieren.

Zu Beginn begrüßte Kurt Weihe alle ganz herzlich und freute sich über das zahlreiche Erscheinen. Weihe erklärte, was den Ostpreußen so sehr am Herzen liegt und warum es uns so wichtig ist die schönen Dinge der Heimat weiter zu geben und zu erhalten. Die Lehrer bewunderten die Bernsteinarbeiten der fleißigen Kinder. Zu den ostpreußischen Handarbeiten gab Irmgard Gläser gerne Erläuterungen zu den verschiedenen Techniken der Herstellung.

Die Tische waren wunderbar dekoriert. Die mit viel Liebe hergestellten Königsberger Klopse schmeckten den Lehrern und auch den Kindern offensichtlich köstlich. Alle acht Landsleute, die diesen Nachmittag mit soviel Liebe und Freude vorbereitet hatten, erhielten einen ganz persönlichen Dank von den Lehrern und bekamen dafür einen Blumengruß.

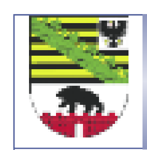
Es war ein wunderbarer Brauchtumsnachmittag, der sicher allen, die dabei sein durften, noch sehr lange in guter Erinnerung bleiben wird.

Hannelore Kedzierski

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Limbach-Oberfrohna: Ein Blumengruß von den Lehrern für einen gelungenen Brauchtumsnachmittag Bild: privat



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 14. September, 14 Uhr, Seniorenfreizeitzentrum Krötenhof: Gemeinsames Treffen zum Thema „Erinnerungen an unsere Heimat“.

Gardelegen – Donnerstag, 10. September. 12.30 Uhr, Gaststätte Wieseneck: Pellkartoffelessen.

Magdeburg – Freitag, 11. September, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 13. September, 14 Uhr, Sportgaststätte, Spielhagenstraße: Tag der Heimat, – Dienstag, 22. September, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 8. September, 15 Uhr, Haus am Stadtpark: Die Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ trifft sich erstmalig wieder nach der Sommerpause. An diesem Nachmittag kommt Ekkehard Schmidt aus Rendsburg und wird humorvolle und besinnliche Geschichten aus Ost-,und Westpreußen zum Besten geben. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Flensburg – Freitag, 18. September, 11.30 Uhr, TSB-Vereinsgaststätte, Eckenerstraße 24, 24939 Flensburg: Tag der Heimat der Vereinigten Landsmannschaften. Gedenkveranstaltung zum Thema „70 Jahre Flucht und Vertreibung“. Die Flensburger Stadtpräsidentin, Swetlana Krätzschmar, hat ihr Kommen zugesagt. Ein umfangreiches Programm ist vorbereitet. Zum Ende der Veranstaltung wird an alle Mitglieder kostenlos eine erstellte Gedenkschrift überreicht.

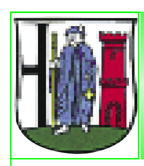
Malente – Freitag, 11. September, 15 Uhr, Lenter Kate, Bahnhofstraße 13 A: Rechtsanwalt Thomas Menzel wird in seinem Vortrag „Erben und Vererben“ über die neue, seit 2015 gültige Erbrechtsverordnung und die damit verbundenen Erbschaftssteuern informieren. Für die Teilnehmer gibt es ein Stück Kuchen und Kaffee satt. Die Kostenbeteiligung beträgt zwei Euro. Anmeldungen bitte bis Sonnabend, 5. September, im Blumenhaus Franck (Inhaber St. Munkelt, Bahnhofstraße 26). Telefonische Anmeldung, (04523) 2659, nur in dringenden Fällen.

Neumünster – Mittwoch, 9. September, 12 Uhr, Restaurant am Kantplatz: gemeinsames Mittagessen. Zwei Gerichte, entweder mit Fisch oder Fleisch, werden angeboten. Anmeldung bitte bis zum 31. August unter Telefon (04321) 82314. Gäste sind willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 13. September, 15 Uhr: Nachmittag mit Überraschungen. Wegen der Kaffeetafel bitte spätestens vier Tage vorher anmelden, Telefon (04101) 62667.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de

60 Jahre Stadtgemeinschaft

Das 60. Gelsenkirchener Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein findet vom 11. bis 13. September 2015 statt und steht unter dem Motto „60 Jahre Stadtgemeinschaft Allenstein“. Eröffnet wird das Treffen am Freitagnachmittag mit der Versammlung der neu gewählten Stadtvertreter, die die Berichte des alten Vorstandes entgegennehmen und den neuen Vorstand wählen. Am Abend treffen sich ehemalige und heutige Bewohner unserer Heimatstadt zu einem gemütlichen Beisammensein im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus.

Der Samstag beginnt um 10.45 Uhr in der Propsteikirche mit einer ökumenischen Andacht und der Kranzniederlegung an der Gedenktafel für alle verstorbenen Allensteiner. Die Andacht wird von dem ehemaligen Visitator Ermland, Monsignore Lothar Schlegel und Domherr André Schmeier aus Allenstein gehalten. Anschließend besteht Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen.

Ab 13 Uhr trifft man sich gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft Allenstein auf Schloss Horst. Neben einem reichhaltigen Angebot an Büchern und Informationen über Allenstein und Ostpreußen ist auch eine Ausstellung alter Postkarten aus Ostpreußen zu sehen.

Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka musikalisch umrahmt wird. Neben Vertretern der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein erwarten wir auch zahlreiche Angehörige der deutschen Minderheit aus Allenstein.

Anschließend spielt Andreas Kokosch beliebte Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung. Wer es ruhiger mag, kann sich auch zum Schabbern in den Rittersaal oder den Garten zurückziehen.

Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.

Wahlergebnisse

Die Stadtgemeinschaft hat eine neue Stadtversammlung gewählt, die erstmals am 11. September im Rahmen des 60. Jahrestreffens in Gelsenkirchen zusammentreten wird. Ihr gehören folgende 10 Stadtvertreter an:

Becker, Christel, Nettetal
Hein, Stefan, Gelsenkirchen
Dr. Herrmann, Peter, Köln
Hufenbach, Gottfried, Meckenheim
Korczak, Artur, Paderborn
Krause, Reinhold, Stendal
Mischke, Bruno, Tönisvorst
Nowack, Thomas, Oberhausen
Plocharski, Kristine, Allenstein
Poschmann, Felix, Hannover



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Auch in der Urlaubszeit gehen die Vorbereitungen für die 61. Angerburger Tage am 12. und 13. September in Rotenburg (Wümme) weiter. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg laden dazu recht herzlich in die liebenswerte Kreisstadt an der Wümme ein. Die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen und Freunde treffen sich in der Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium).

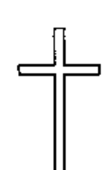
Eingeleitet werden die 61. Angerburger Tage am Sonnabend, dem 12. September, um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend tagt ab 9.30 Uhr im großen Sitzungssaal des Kreishauses in öffentlicher Sitzung die Angerburger Kreisvertretung (Delegiertenversammlung). Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2016.

Im Mittelpunkt der Sitzung dürfte jedoch die Neuwahl des Kreisvertreters und zweier Stellvertreter sowie von vier weiteren Vorstandsmitgliedern stehen. Für die Zukunft der Kreisgemeinschaft dürfte auch der Tagesordnungspunkt 18 wichtig sein: Beschlussfassung über die Satzungsneufassung. Mit der Neufassung soll den heutigen organisatorischen und rechtlichen Erfordernissen Rechnung getragen werden. Nutzen Sie also die Gelegenheit, sich zu informieren.

Um 13.30 Uhr starten wir vom „Hotel am Pferdemarkt“ zu einer Kreisrundfahrt, die uns nach Scheeßel führen wird, wo wir Kaffee/Tee und Kuchen erhalten. Es ist ein Kostenbeitrag von unverändert 10 Euro pro Person einschließlich Busfahrt zu entrichten. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, nötig.

Ab 15 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule geöffnet für alle, die nicht an der Busfahrt teilnehmen und sich mit Bekannten treffen wollen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Ab 20 Uhr wird Wolfgang Brandes auf unterhaltsame und informative Art die einzigartige Geschichte des Liedes „Ännchen von Tharau“ erzählen. In geselliger Runde las-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18





Nun habe ich überwunden
Kreuz, Leiden, Angst und Not,
durch seine heiligen Wunden
bin ich versöhnt mit Gott.

Ich gedenke meiner lieben Oma

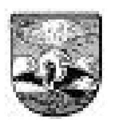
Wilhelmine Seidler

geb. Neufang

∗ 18. August 1876 Gr. Legitten/Kreis Labiau — † 8. September 1945 Mettkeim/Kreis Labiau

Ingrid Wigers
geb. Koßmann





Fern seiner geliebten Heimat verstarb unser **Kreisältester**

Heinz Voss

∗ 7. 12. 1928 Angerapp — † 22. 8. 2015 Potsdam

Der Verstorbene war Träger des Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen. Bis zuletzt, über 29 Jahre, war Heinz Voss im Kreistag der Kreisgemeinschaft Angerapp/Darkehmen tätig.

Er war uns immer Vorbild in der Ausübung der Pflicht zur Erhaltung des ostpreußischen Kulturgutes und zur Pflege der Kreisgemeinschaft.

In Dankbarkeit und Würdigung seiner Verdienste nehmen wir Abschied von einem aufrechten Ostpreußen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Edeltraut Mai Kreisvertreterin — **Fritz Pauluhn** Stellvertr. Kreisvertreter

---

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Heinz Gerhard Voss

∗ 7. Dezember 1928 in Angerapp, Ostpreußen
† 22. August 2015 in Potsdam

In stiller Trauer
Peter Voss und Alexandra Voss, geb. Lefebvre
mit Louise, Thomas und Anton
Sabine v. Streit, geb. Voss **und Felix v. Streit**
mit Julius und Caroline
Klaus-E. Voss und Christel Voss, geb. Hintz
mit Kindern und Enkelkindern
Dieter Voss und Ulla Voss, geb. Schinköthe
mit Kindern und Enkelkindern

Traueranschrift Habichtweg 6, 38108 Braunschweig

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 28. August 2015, um 12.00 Uhr in der Alten Kirche Querum, Zum Wiesental, 38108 Braunschweig statt.

Bestattungshaus Sarg Müller, Gliesmaroder Straße 109, 38106 Braunschweig, Telefon 0531 / 33 30 33

Seid aber untereinander freundlich und herzlich und vergebt einer dem andern, wie auch Gott euch vergeben hat in Christus. Eph. 4,32

In inniger Liebe und tiefer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meiner geliebten Mutti und Schwiegermutter, unserer lieben Tante und Cousine

Elfriede Gakenholz

geb. Kroll

∗ 30. 7. 1925 Dingeln, Kreis Treuburg — † 6. 8. 2015 Celle

Du warst immer in unserer Mitte und bleibst auch immer in unseren Herzen. Wir vermissen dich.

Irene Kleiner, geb. Gakenholz
Günther Kleiner
Nichten, Neffen,
Cousinen und Cousins
und alle, die sie lieb hatten

29223 Celle, Sehndenstraße 34

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung fand am Dienstag, dem 18. August 2015, um 13.00 Uhr von der Friedhofskapelle in Westercelle aus statt.
In Gedenken an ihre geliebte Heimat erklang das Ostpreußenlied unter Orgelbegleitung und Sologesang des Organisten.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

sen wir danach den Tag ausklingen.

Die Angerburger Tage werden am Sonntag, den 13. September, fortgesetzt. Ab 9.30 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule für die Angerburger geöffnet. In der Aula der Schule findet um 11 Uhr eine Feierstunde statt. Die Gastrede wird Barbara Loeffke aus Lüneburg, Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen, halten. Nach der Feierstunde treffen sich die Angerburger aus Stadt und Kreis mit alten und neuen Freunden in der Mensa der Schule. Dort besteht auch Gelegenheit zum Mittagessen, außerdem werden Kuchen, Kaffee, Tee oder andere Getränke angeboten.

Am Sonnabend und Sonntag sind das Angerburger Zimmer (Heimatstube) mit Archiv und die Geschäftsstelle am Standort, Weicheler Damm 11, von 12 bis 16 Uhr geöffnet. An anderen Tagen ist ein Besuch nach vorheriger Absprache möglich. In der Theodor-Heuss-Schule werden Bücher, Karten, Landkarten sowie Angerburger Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten. Das vollständige Programm ist im Angerburger Heimatbrief Nr. 155 (Juni 2015) auf den Seiten 46/47 abgedruckt. Die auf der Seite 48 angebotene Busfahrt findet natürlich am 12. September statt. Auf Seite 47 des Angerburger Heimatbriefes Nr. 155 sind die Übernachtungsmöglichkeiten aufgeführt. Im Helmut Tietje-Haus, Verdener Straße 104, Telefon (04261) 83041, sind für die Angerburger einige Zimmer reserviert. Bitte geben Sie bei der Bestellung an, dass Sie die Angerburger Tage besuchen wollen. Es empfiehlt sich, die Zimmerbestellung möglichst umgehend vorzunehmen.

Es ist wichtig, dass die Angerburger in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Durch Ihren Besuch der 61. Angerburger Tage am 12. und 13. September stärken Sie auch die Arbeit des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Angerburg. Auch einige Tage Urlaub im Patenkreis würden sich lohnen. Der Vorstand würde sich über viele Besucher freuen und wünscht Ihnen eine gute Zeit, wo immer Sie die auch verbringen.

Kurt-Werner Sadowski
Kreisvertreter



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Stellvertreterin: Marion Gehlhaar, Telefon (040) 476070. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Kreistreffen in Pinneberg

Lewe Landslied,
der Sommer mit all seinen vielfältigen Ereignissen neigt sich dem Herbst entgegen. Und so steht wie all die Jahre zuvor das Kreistreffen Fischhausen in Pinneberg an.

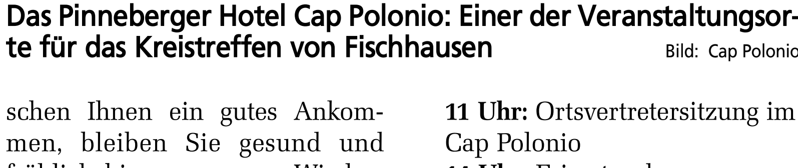
Wir freuen uns, dass auch die „Jungen Samländer" wieder an diesem Kreistreffen teilnehmen werden. So können wir mit ihnen gemeinsam ihr 50-jähriges Jubiläum feiern. Es wächst also zusammen, was zusammen gehört …

Der Vorstand hat in diesem Jahr das Regionaltreffen in Leipzig besucht und hofft 2016 auch öfters bei anderen Heimattreffen dabeisein zu können. Sicher werden Sie in unserem Heimatbrief mehr über dieses Treffen lesen und erfahren. Nun möchten wir Sie aber ganz herzlich zu unserem diesjährigem Kreistreffen in Pinneberg einladen. Kommen Sie gern mit der ganzen Familie, mit Freunden und Bekannten.

Wir werden alle nicht jünger, aber unsere Heimatliebe bleibt! Sollten Sie nicht mehr so mobil sein, wie Sie es sich wünschten, fahren Sie doch einfach gemeinsam mit anderen. Gemeinsam reist es sich erfahrungsgemäß leichter.

Wünschen Sie Informationen zu Übernachtungsreservierungen oder wissen Sie schon, ob Sie an unserem gemeinsamen Abendessen am 19. September um 18.30 Uhr teilnehmen möchten, so rufen Sie uns einfach in der Geschäftsstelle unter der Rufnummer (04101) 22037, oder Frau Ziegler unter der Rufnummer (04174) 669675, an. Wir wünschen Ihnen ein gutes Ankommen, bleiben Sie gesund und fröhlich bis zu unserem Wiedersehen beim Kreistreffen in Pinneberg.

Marion Gehlhaar



Das Pinneberger Hotel Cap Polonio: Einer der Veranstaltungsorte für das Kreistreffen von Fischhausen Bild: Cap Polonio

Das Programm

Die Veranstaltungsorte in Pinneberg sind das Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, und das Heimatmuseum am Fahltskamp. Schirmherr der Veranstaltung ist der Pinneberger Kreispräsident Burkhard E. Tiemann.

Freitag, 18. September
18 Uhr: Kranzniederlegung am Drosteipark. Gerhard Weiter sorgt mit einem Trompetensolo für den würdigen Rahmen.
20 Uhr: Gemütlicher Abend mit Repräsentanten des Kreises und der Stadt Pinneberg im VFL-Heim oder Samlandmuseum. Bereits anwesende Ortsvertreter sind herzlich willkommen.

Sonnabend, 19. September
9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Cap Polonio.
10 Uhr: Museum am Fahltskamp 30 erwarten Sie Kaffee, Kuchen, Pillkaller und andere Leckereien.
11 Uhr: Ortsvertretersitzung im Cap Polonio
14 Uhr: Feierstunde
Musikalische Einstimmung
Schleswig-Holstein-Lied
Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Fischhausen
Grußworte
Totenehrung Wolfgang Sopha
Deutschlandlied
Schlusswort
Ostpreußenlied
15 Uhr: Der „Leierkastenmann" aus Tornesch, Erwin Krüger, unterhält mit seiner Drehorgel.
16 Uhr: Gemeinsames Treffen der Familienforscher im Museum am Fahltskamp 30.
17.30 Uhr: Küchenlieder und ostpreußische Geschichtchen vorgetragen von der Königsbergerin Greta Heykena.
18.30 Uhr: Gemütlicher Ostpreußenabend mit gemeinsamen Essen im Hotel Cap Polonio zum Preis von zehn Euro. Es stehen drei verschiedene Gerichte zur Auswahl. Wir bitten um rechtzeitige verbindliche Anmeldung.

Sonntag, 19. September
9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio.
10 Uhr: Öffnung der Samland-Ausstellung am Fahltskamp 30.
11.30 Uhr: „Neues aus dem Samland" – Ein Dia-Vortrag von Klaus A. Lunau. Anschließend wird das Kreistreffen im Hotel, im VfL-Heim und in den Räumen der Samland-Ausstellung am Fahltskamp 30 fortgesetzt.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19



»Suchen und Wühlen«

Eine Ausstellung über 100 Jahre Patenschaft zwischen Mannheim und Memel

In der letzten *PAZ* berichteten wir über die Feier zum 100-jährigen Jubiläum der Patenschaft zwischen Mannheim und Memel. Aus diesem Anlass wurde auch eine entsprechende Ausstellung zusammengestellt. Sie ist derzeit in der Simonaitytes-Bibliothek in Memel zu sehen und wird ab dem 16. Dezember in der Volkshochschule in Mannheim zu besichtigen sein. Jurga Bardauskiene und Viktorija Intaite, zwei Mitarbeiterinnen der Simonaitytes-Bibliothek, haben aus Materialien des Archivs der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM), der Stadtverwaltung Memel [Klaipeda], des Museums für die Geschichte Kleinlitauens und des Mannheimer Stadtarchivs elf aussagekräftige Schautafeln zusammengestellt. Feierlich eröffnet wurde die Ausstellung am 31. Juli durch den Direktor der Simonaitytes-Bibliothek Juozas Siksnelis. Uwe Jurgsties, Bundesvorsitzender der AdM, ging in seiner Rede anlässlich der Eröffnung auf ihre Entstehungsgeschichte ein:

Vor einem knappen Jahr machte ich mir Gedanken über das bevorstehende 100-jährige Patenschaftsjubiläum und überlegte hin und her, in welchem Rahmen und an welchem Ort wir dies wohl feiern könnten. Das „Wo" war relativ schnell entschieden, da die Stadtverwaltung von Klaipeda sofort und spontan großes Interesse für das besondere Jubiläum zeigte. Die nächste Idee war, aus diesem besonderen Anlass die 100 Jahre währende Verbindung zwischen Mannheim und Memel in einer Ausstellung zu dokumentieren. Ideen sind gut – aber wer setzt diese um beziehungsweise wer übernimmt die Arbeit.



Uwe Jurgsties: „Reichlich fündig geworden" Bild: AdM

Großes Interesse bei Direktor Siksnelis

Durch die vielen Besuche in der Simonaitytes Bibliothek seit der Übergabe unseres AdM-Archivs im Jahr 2011 traute ich mich im letzten Herbst Herrn Direktor Siksnelis sowie Jurga und Viktorija darauf anzusprechen und erfreulicher Weise stieß meine Idee oder auch mein Wunsch auf großes Interesse und letztendlich auf Zustimmung, federführend die Arbeiten für diese Ausstellung zu übernehmen.

Nun war Suchen und Wühlen nach entsprechendem Material aus dieser Zeitspanne von 100 Jahren angesagt. Vieles fand sich hier in der Bibliothek, dem Stadtarchiv von Klaipeda, sowie ein Teil im Museum für Geschichte Klein-Litauens. Was fehlte, waren Dokumente zu den Paten- und Partnerschaftsgründungen und deren Inhalte sowie Bilder von Mannheim aus dieser Zeitepoche. Jetzt kam das Stadtarchiv von Mannheim ins Spiel. Auf Nachfrage erhielten wir ohne wenn und aber von Herrn Dr. Nieß, Herrn Dr. Rings und von Frau Dr. Gillen die Zusage, das entsprechende Material zur Verfügung zu stellen und meinten, dass die Macher der Ausstellung am besten nach Mannheim kämen und das fehlende Material heraussuchen sollten.

Jetzt kam der schwierigste Punkt dieses Vorhabens. Herr Direktor Siksnelis musste Jurga und Viktorija für eine Woche freistellen, um in Mannheim zu recherchieren. Natürlich stimmte er in diesem Falle zu, jedoch mit meinem Versprechen, dass ich beide auch wieder nach Klaipeda zurückschicke und nicht in Mannheim behalte. Ende Mai war es dann soweit und so konnten sie, unterstützt von Rasa Miuller vom Simon-Dach-Haus, im Mannheimer Stadtarchiv auf die Suche gehen und sind dort sehr fündig geworden.

Das Endergebnis können wir heute in Augenschein nehmen und mir bleibt nur noch übrig, mich bei allen Beteiligten recht herzlich für die Arbeit und Unterstützung zu bedanken, für diese sehr gelungene Ausstellung, die am 16. Dezember in der Volkshochschule in Mannheim eröffnet wird.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Goldaper Heimattreffen

Die Kreisgemeinschaft veranstaltet vom 12. bis 13. September in Stade ihr diesjähriges Hauptkreistreffen, das Goldaper Heimattreffen.

DAS PROGRAMM
Sonnabend, 12. September
9.30 Uhr: Kreistagssitzung (nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter) im Inselrestaurant, Auf der Insel 1, 21680 Stade.
11 Uhr: Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft (nur für Mitglieder) im Inselrestaurant.
14.30 Uhr: Busfahrt zum Tag des offenen Hofes in das Alte Land. Fahrt mit dem „Apfelkistenexpress“ durch den Apfelhof. Gelegenheit zum Einkaufen und um Kunsthandwerk zu besichtigen. Es gibt Kaffee und hausgemachte Kuchenspezialitäten.
Ab 18 Uhr:
– Festveranstaltung im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a.
– „Goldap und Stade nach 1945 bis heute“ – Eröffnung der erweiterten Ausstellung des Patenschaftsmuseums.
– „Flucht aus Goldap“ – Das Schicksal einer ostpreußischen Familie“ – Gertrud Braumann, geborene Dadrat, liest aus ihrem Tagebuch.



Das Inselrestaurant in Stade: Platz zum gemütlichen Beisammensein während Goldaper Heimattreffens Bild: Inselrestaurant

– Musikalische Umrahmung
– Ehrungen
– Ostpreußenlied
– Anschließend: Empfang im ersten Obergeschoss

Sonntag, 13. September
10 Uhr: Evangelisch-lutherischer Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi. Den Gottesdienst hält Pastor Ekkehard Heise aus Stade.
11 Uhr: Öffnung des Saales im Inselrestaurant.
11 Uhr: Bustransfer von der Kirche zum Mahnmal in den Wallanlagen.
11.30 Uhr: Feierstunde am Mahnmal
– Begrüßung durch den Kreisvertreter Stephan Grigat
Gertrud Baumann trägt das Gedicht „Es war ein Land“ vor
Totenehrung durch Stephan Grigat
Festansprache durch Oliver Dix, Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen
Ostpreußenlied und Nationalhymne
Musikalische Umrahmung: Posaunenchor der St. Johanniskirche zu Stade
12.30 Uhr: Bustransfer vom Mahnmal zum Inselrestaurant
13 Uhr: Hauptkreistreffen mit gemeinsamen Mittagessen und gemütlichem Beisammensein im Inselrestaurant
14 Uhr: „Ostpreußisch Platt“ mit Gertrud Braumann und Gästen
Ausklang

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen am 5. und 6. September

Auch in diesem Jahr heißt es wieder, die Koffer zu packen. Unser Kreistreffen in Burgdorf steht vor der Tür! Kommen auch Sie am 5. und 6. September in das Veranstaltungszentrum StadtHaus Burgdorf (ehemals Veranstaltungszentrum) in Burgdorf bei Hannover. Wir freuen uns auf Sie.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Programm:
Sonnabend, 5. September
9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungszentrums StadtHaus Burgdorf, Sorgenser Straße 31.

11 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park. Ab 10.45 Uhr fährt ein Bus vom Veranstaltungszentrum hin und zurück.

12 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Saal „JohnnyB.“ (ehemals „Haus der Jugend“).

14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Veranstaltungszentrum zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr. 16 Uhr: Vortragsveranstaltung.

18.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein.
Am Sonnabend wird wiederum im Foyer des Veranstaltungszentrums ein Infostand des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge präsent sein.

Sonntag, 6. September:
9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungszentrums StadtHaus Burgdorf, Sorgenser Straße 31.

Zirka 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“.

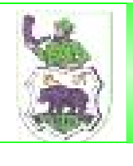
11 Uhr: Feierstunde im Saal „JohnnyB.“ (ehemals „Haus der Jugend“). Begrüßung durch Kreisvertreterin Elke Ruhnke.
Ostpreußenlied.
Totenehrung (Christian Perbandt, stellvertretender Kreisvertreter).
Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott ...).
Ilse Thomann: „Verloren – aber was?“
Grußworte.
Festansprache: Wilhelm von Gottberg, ehemaliger Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Thema: „Ostpreußen – Heiligenbeil, gestern, heute und in Zukunft“.
Instrumentalstück.
Schlusswort Elke Ruhnke, Kreisvertreterin.
Deutschlandlied 3. Strophe.

13.30 Uhr: Öffnung der Heimatstube bis 15 Uhr. Es ist ein Pendelverkehr hin und zurück eingerichtet. 16 Uhr: Offizielles Ende des Hauptkreistreffens.
Änderungen vorbehalten.

Sondertreffen Kirchspiel Bladiau:
Freitag, 4. September, ab 15 Uhr bis zirka 17 Uhr im Hotel „Försterberg“ in Burgdorf in der Immenser Straße 10.
Leitung: Wolfgang Milewski.

Sondertreffen Stadtgemeinschaft Zinten:
Sonnabend, 5. September 2015, um 15.30 Uhr im Veranstaltungszentrum StadtHaus Burgdorf, Sorgenser Straße 31.
Leitung: Viola Reyentanz, geborene Schlenger.

Sondertreffen Kirchspiele Brandenburg und Pörschken
Das Sondertreffen der Kirchspiele Brandenburg und Pörschken findet in diesem Jahr während des Kreistreffens am 5. und 6. September im Veranstaltungszentrum in Burgdorf statt.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Geschäftsstelle: Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Jahreshaupttreffen

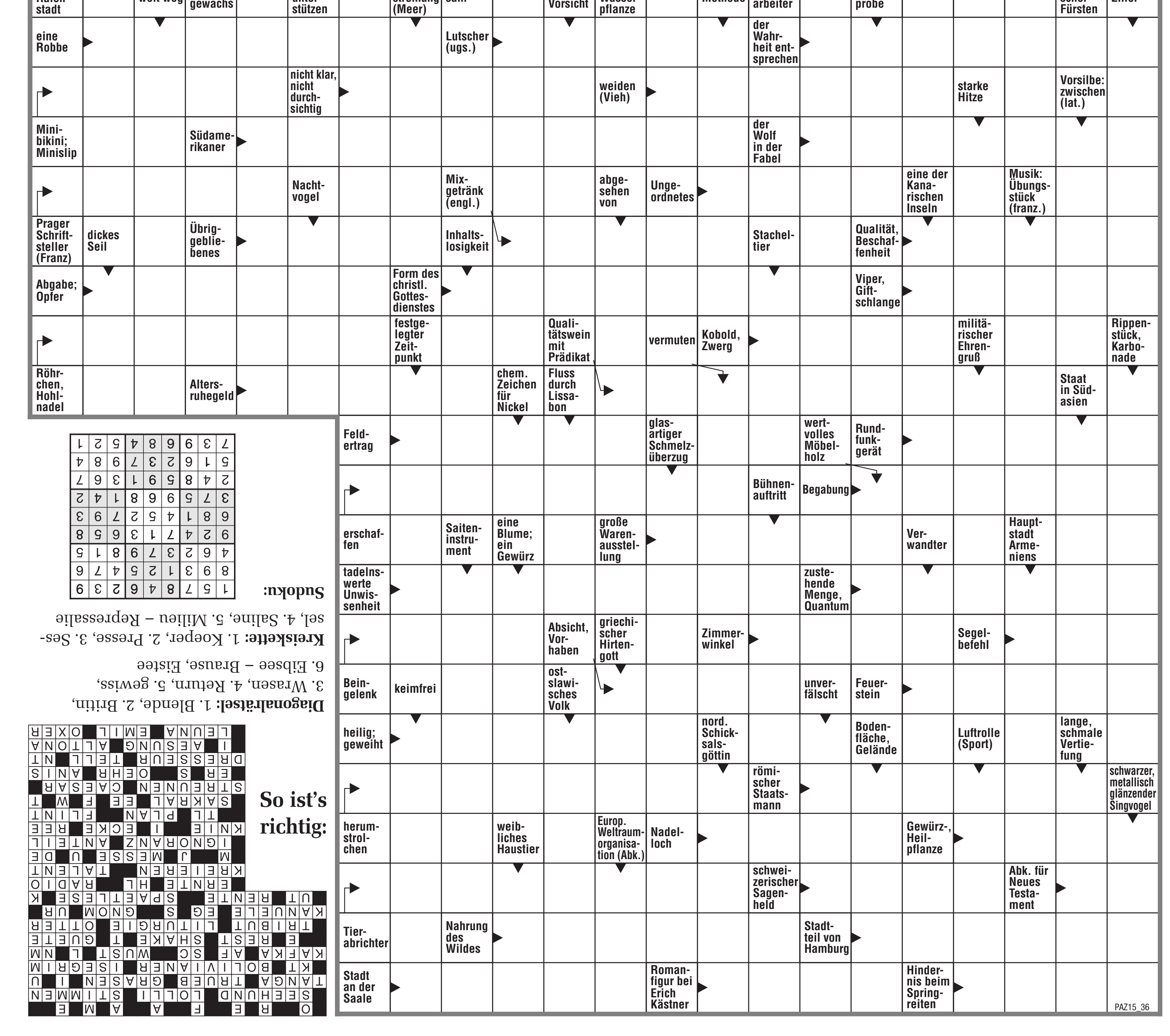
Vom 9. bis 10. Oktober 2015 findet das 63. Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land in unserer Patenstadt Krefeld statt. Eine Anmeldung wäre für unsere Planung hilfreich. Dazu können Sie sich gerne jederzeit mit unserem Büro in Krefeld in Verbindung setzen. Wir freuen uns auf Ihre Nachricht: Geschäftsstelle, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Postanschrift: Kreisgemeinschaft Insterburg e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld

DAS PROGRAMM (Änderungen bleiben vorbehalten)
Freitag, 9. Oktober
14 Uhr: Öffentliche Sitzung der Mitglieder und der Ratsversammlung im Sitzungssaal C 2 im Rathaus Krefeld, Von-der-Leyen-Platz 1. Die Tagesordnung kann bei der Geschäftsstelle in Krefeld angefordert werden. Da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen für Gäste im Rathaus zur Verfügung steht, bitten wir um rechtzeitige Anmeldung (Adresse siehe oben).

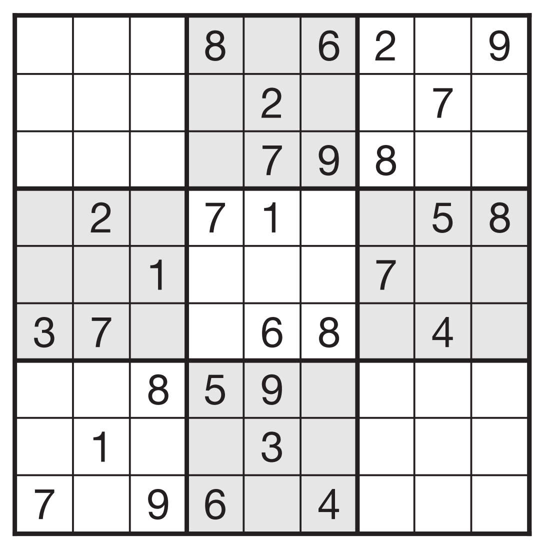
Sonnabend, den 10. Oktober
11 Uhr: Gottesdienst in der Evangelischen Friedenskirche Krefeld (www.friedenskirche.de), Mariannenstraße 106 / Luisenplatz 1, 47799 Krefeld (Zentrum).
12.00 Uhr: Mittagessen im Gemeindesaal der evangelischen Friedenskirche Krefeld,
13.30 Uhr: Festveranstaltung – Begrüßung, Programm mit Vorträgen und Musikdarbietungen sowie mundartlichen Gedichten und Geschichten. Anschließend gemütliches Beisammensein und Kaffeetrinken mit selbstgebackenem Kuchen.

Die Friedenskirche ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln über die U70, U76 bis Krefeld-Rheinstraße (210 m) zu erreichen, Von dort sind es noch 210 Meter. Parkmöglichkeiten finden Sie im nahe gelegenen Parkhaus der Sparkasse Krefeld, Ostwall 155, 47798 Krefeld. Einfahrt: Neue Linner Straße 81. Es ist am Sonnabend von 8 bis 19 Uhr geöffnet. Die Ausfahrt mit dem Parkticket ist 24 Stunden möglich

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

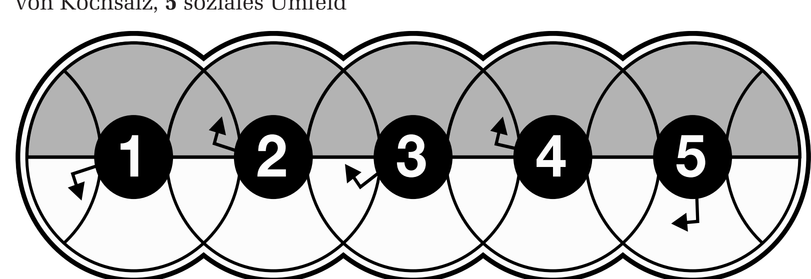
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Getränke.

1 Bildloch der Kamera
2 eine Europäerin
3 norddeutsch: Dampf, Dunst
4 Rückschlag des Aufschlagballs
5 sicher, unbezweifelbar
6 Zugspitzgewässer

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Straf- oder Vergeltungsmaßnahme.

1 ein Gewebe, **2** Zeitungswesen, **3** Polstermöbelstück, **4** Anlage zur Gewinnung von Kochsalz, **5** soziales Umfeld



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

Alle Mitglieder, Insterburgerinnen und Insterburger sind herzlich eingeladen! Ihre Kinder und Enkel, ebenso Gäste, die uns kennenlernen möchten, sind herzlich willkommen!



JOHANNISBURG

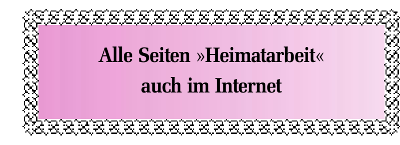
Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

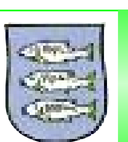
Einladung an die Mitglieder des Kreistages

Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages an den Tagen Sonnabend, 12. September, ab 14 Uhr und Montag, 14. September, von 9 bis 12 Uhr.

Am Sonntag, 13. September, um 11 Uhr nimmt der gesamte Kreistag am 60. Hauptkreistreffen der Johannisburger teil. Veranstaltungsort: Mercure Hotel Westfalenhallen, Strobelallee 41, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 1204324. Anreise: Sonnabend, 12. September, bis 13 Uhr (Hauptbahnhof. mit der U- Bahn 45). Abreise: Montag, 14. September (nach der Kreistagssitzung).

Anmeldungen mit eventuellen zusätzlichen Tagesordnungspunkten sind bitte zu richten an den Stellvertretenden Vorsitzenden, Detlef Liedtke, Vennestraße 3, 46284 Dorsten, Telefon (02362) 73380. *Manfred Solenski*



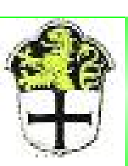


LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung und Vortrag

Sonnabend, 19. September, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 23 H (Böcklersiedlung): Ab 10 Uhr besteht die Gelegenheit, die Sonderausstellung „Lieselotte Plangger-Popp. Eine ostpreußische Grafikerin" zu besuchen. Ab 15.30 Uhr: „Ein ganz besonderes Ehepaar – Edith und Walter von Sanden-Guja" – vorgestellt von Dieter und Ute Eichler, Hamburg. Der Eintritt ist frei.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, Telefon (04231) 15589, Bürozeiten: dienstags von 13 bis 15 Uhr, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Heimattreffen in Verden

Liebe Landsleute und Heimatfreunde, das diesjährige Heimattreffen findet in der Zeit vom 19. bis 20. September im Hotel „Niedersachsenhof" in Verden statt. Die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau lädt hierzu ganz herzlich ein. Der Programmablauf wird wie folgt sein:

Sonnabend, 19. September

8.30 Uhr: öffentliche Sitzung der Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau im Kreishaus, Lindhooper Straße 67, Haupteingang (Kreistagssaal).

Von 9.30 bis 11.30 Uhr ist unser Heimatmuseum im Kreishaus Verden mit einer Führung ab 10 Uhr geöffnet.

12 Uhr: Empfang der Teilnehmer des Kreistreffens und der Gastdelegationen aus Preußisch Eylau, Landsberg und Bartenstein im Rathaus der Stadt Verden, Begrüßung durch den Bürgermeister von Verden, Lutz Brockmann.

15 Uhr: Gemeinsames Kaffetrinken im Hotel „Niedersachsenhof" mit anschließenden Gesprächen mit Ihren Bezirksvertretern und einem Infogespräch über Familienforschung mit Frau Gegner-Sünkler.

17 Uhr: Vortrag mit Lichtbildern von Luise Wolfram über das Thema „Störche kennen keine Grenzen".

18 Uhr: Auftritt der Big Band des Gymnasiums am Wall Verden.

19 Uhr: Gemeinsames Abendessen (freiwillig) mit einem typisch ostpreußischen Gericht.

Um 20 Uhr wird der Heimatabend mit dem Ostpreußenlied eingeleitet mit nachfolgendem interessanten Film über Ostpreußen, danach gemütliches Beisammensein mit „Schabbern" und „Plachandern".

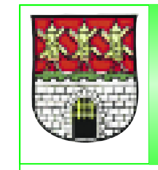
Sonntag, 20. September 2015

10 Uhr: Feierstunde im Hotel „Niedersachsenhof" in Verden mit anschließender Kranzniederlegung am Mahnmal für den deutschen Osten im Bürgerpark von Verden (Bus-Shuttle hin und zurück). Im Anschluss daran Fortsetzung des Kreistreffens im Hotel „Niedersachsenhof".

Im Hotel „Niedersachsenhof" werden an beiden Tagen an einem Bücherstand Ostpreußen-Literatur und Spirituosen angeboten. An einem weiteren Stand kann man sich, wie in den vergangenen Jahren auch, mit dem traditionellen Schwermer-Marzipan versorgen. Wir hoffen auf rege Teilnahme an unserem Heimattreffen und wünschen allen eine gute und sichere Anreise und freuen uns darauf, Sie in Verden zu begrüßen. *Evelyn v. Borries*



Feierliches Gedenken an Flucht und Vertreibung in Berlin am vergangenen Sonnabend zum Tag der Heimat: Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, und Gottfried Hufenbach, Stellvertretender Sprecher, am Kranz, den der Vorstand der Landsmannschaft am Mahnmal für die Vertriebenen, der Ewigen Flamme am Theodor-Heuss-Platz, niederlegte. Zum ersten Mal hatte der gesamte achtköpfige Vorstand der Landsmannschaft an einem Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen teilgenommen (siehe auch Seite 4) Bild: Heitmann



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Große Treffen der Ostpreußen in Winsen/Luhe

Liebe ostpreußische Landsleute, liebe Freunde Ostpreußens,

die Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode veranstalten in Zusammenarbeit mit den Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg am 12. September ihr Ostpreußentreffen in Winsen (Luhe). Veranstaltungsort ist das Schützenhaus, rechts hinter der Stadthalle gelegen, in Winsen, Luhdorfer Straße 29 c. Zufahrt mit dem Pkw von der Luhdorfer Straße über die Auffahrt Stadthalle. Bahnreisende erreichen nach einem kurzen Fußweg das Schützenhaus.

Der Tag beginnt mit einer Kranzniederlegung um 9.30 Uhr auf dem Winsener Waldfriedhof an der Lüneburger Straße (Der Eingang ist in Höhe von Blumen Brunke zu finden). Um 10.30 beginnt das Programm im Schützenhaus.

Nach der Begrüßung und musikalischen Einleitung durch den Winsener Singzirkel und Männerchor wird Barbara Loeffke einen Vortrag halten: „70 Jahre fern der Heimat."

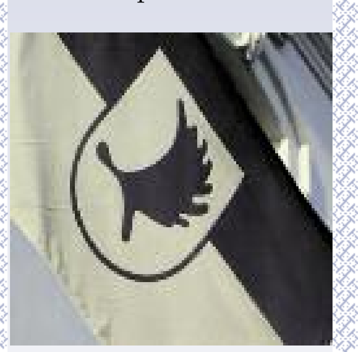
Gegen 12 Uhr gibt es bis 14 Uhr Zeit für ein Mittagessen und zum Plachandern, bevor das kulturelle Rahmenprogramm für Unterhaltung sorgen wird. Ein Drehorgelspieler, die Jagdhornbläsergruppe des Hegerings Winsen haben ihr Kommen zugesagt und es gibt eine Darbietung auf Trakehner-Pferden. In der Zeit von 16.30 bis 18.30 Uhr öffnen die Heimatstuben in der Rote-Kreuz-Straße 6 in Winsen.

Wir laden Sie herzlich ein mit uns unserer Heimat Ostpreußen zu gedenken und nach Winsen zu kommen. Alle Landsleute die schon am Freitag, 11. September, anreisen, sind herzlich zu den Veranstaltungen der Schülervereinigung Friedrich-Wilhelm-Oberschule eingeladen. Beginn ist um 11 Uhr im Clubraum der Stadthalle.

Mit heimatlichen Grüßen

Michael Gründling, Kreisvertreter

Für die Heimatseiten ist Frank Horns zuständig. Texte und Fotos bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de



Preußen-Damen im Rampenlicht

Was wären die Hohenzollern-Herrscher ohne ihre Frauen? Berliner Ausstellung widmet sich deren Gattinnen

Lange standen sie nur im Schatten ihrer berühmten Gatten: die Ehefrauen der Preußenherrscher. Doch das Berliner Schloss Charlottenburg stellt die Hohenzollerndamen jetzt ins Rampenlicht einer großangelegten Ausstellung. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten hat dieses Thema zur „Frauensache“ gemacht.

Beim ersten Anblick scheint es, als ob ein fehlendes Denkmal gerade zur Restaurierung sei. Im Schlossgarten Charlottenburg, vor der Villa Liegnitz in Potsdam oder der Zitadelle in Spandau stehen leere, rosafarbene Sockel. Auf ihnen ist ein Schild angebracht mit dem Hinweis, welche Dame des Hauses Hohenzollern hier eigentlich als Denkmal stehen müsste. Doch die auffälligen Podeste sind nur als Vorboten der Ausstellung „Frauensache. Wie Brandenburg Preußen wurde“ gedacht. Studentinnen der Hochschule Wismar erinnern gemeinsam mit den Werkstätten der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) an die vergessenen Leistungen der Hohenzollern-Frauen, für die es nie ein Denkmal gab. Zwar werden zukünftig keine neuen Denkmäler für die Frauen hinter den Herrschern geschaffen, aber ein gedanklicher Perspektivwechsel steht an.

Wenigen ist bewusst, dass vor 600 Jahren, am 30. April 1415, Kaiser Sigismund dem Hohenzoller Friedrich VI. die Herrschaft über die Mark Brandenburg übertrug. Es begann damit die 500-jährige Regierung der Hohenzollern in Berlin und Brandenburg, die die Geschicke und Geschichte der Region, des Landes und Europas prägten. Dieses Ereignis und ein weiteres Jubiläum, der 300. Geburtstag der Ehefrau Friedrichs des Großen, Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern, am 8. November 1715, veranlasste die Schlösserstiftung zu der Ausstellung, in der es endlich einmal um die Frauen der Dynastie geht.

Erstmals findet eine Schau unter der Schirmherrschaft eines Mitglieds der Hohenzollernfamilie, Sophie Prinzessin von Preußen, der Gattin des Chefs des Hauses Hohenzollern, Georg Friedrich Prinz von Preußen, statt. Die Prinzessin eröffnete die Exposition am Vorabend im Kreis geladener Gäste. Sie wünschte allen Besuchern aufschlussreiche Begegnungen mit dem weiblichen Teil der brandenburgisch-preußischen Geschichte und freute sich über die in der Ausstellung präsentierten neuen Erkenntnisse zum Thema.

Langweilig wäre es, so der Kurator Alfred Hagemann, der Aufzählung der Herrscher nun eine chronologische Aneinanderreihung der Frauen des Hauses anzufügen. So beschloss man, eine thematisch gegliederte Ausstellung zu präsentieren, um dadurch beim Betrachter einen erweiterten Blick auf die Damen der Dynastie zu ermöglichen. Hierbei gingen die Ausstellungsmacher von allgemeinen Fragen zu konkreten Lebenswegen einzelner Fürstinnen über, welche die Geschichte Brandenburg-Preußens prägten.

Auf 900 Quadratmetern Fläche werden auf fünf Räume verteilt 300 Objekte verschiedener Leihgeber präsentiert, darunter auch solche aus dem Privatbesitz des Hauses Preußen. Die erste Räumlichkeit „Wegmarken“ zeigt den Aufstieg der Hohenzollern ab 1415 und das Ende der Herrschaft 1918 anhand interessanter Objekte wie der Urkunde Kaiser Sigismunds oder der Koffer, mit denen der letzte Kaiser ins holländische Doorn zog.

Der folgende Raum befasst sich mit der Heiratspolitik. Die Frauen wechselten von Hof zu Hof, betrieben durch eifriges Briefeschreiben und Geschenkeaustausch ein reges Netzwerk der Höfe untereinander. „Frauen sind die Verkörperung dieses Netzwerkes“, sagt Hagemann. Von Italien bis Dänemark, von England bis Russland reichten die Verbindungen. Geschenke, die als Leihgaben zurückkamen, sind nun erstmals hier zu sehen.

Das Zimmer „Spielräume“ beleuchtet die Rollen als Töchter, Ehefrauen und Mütter sowie ihre Möglichkeiten, diese zu erweitern, aber auch Störfaktoren wie Kinderlosigkeit und Kindersterblichkeit. Kronprinzessin Sophie Dorothea, die spätere Mutter Friedrichs des Großen, hatte die Tode vieler Kinder zu beklagen. Zum Zeichen ihrer Gebärfähigkeit ließ sie lebensechte Wachsfigurinen der Verstorbenen anfertigen und ausstellen.

Dass wir von den bedeutenden Frauen so wenig wissen, liegt an der Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts. „Der letzte Kaiser sorgte sogar dafür“, so die Kuratorin Nadja Bender, „dass die Frauen aus der Geschichte herausgeschrieben werden.“ Wer bisher glaubte, Brandenburg-Preußen erreichte seine Ausdehnung nur durch Kriege und Eroberungen, liegt falsch. Prinzessin Anna von Preußen brachte durch ihre Heirat 1614 das Erbe ihrer Mutter am Rhein sowie das ihres Vaters in (Ost-)Preußen mit, wodurch das Kurfürstentum Brandenburg mit dem Herzogtum Preußen eine Union bildete.



Bild: Friedrich

Sie steht diesmal im Vordergrund: Kopfreplik der Grabmalskulptur der Luise von Mecklenburg-Strelitz, Königin von Preußen. Versteckt dahinter steht Wilhelm I. am Grab seiner Eltern im Mausoleum bei Schloss Charlottenburg

Der Raum „Weichenstellungen“ zeigt, wie es den Fürstinnen gelang, auch politisch Einfluss zu nehmen. Kurfürstin Elisabeth setzte sich im 16. Jahrhundert gegen den Willen ihres Gatten für die Reformation in Brandenburg ein. Und jedem bekannt ist das charismatische, kluge Wirken von Königin Luise, auf deren Grab im Mausoleum bis heute immer wieder frische Blumen liegen.

Thematisch passend finden in drei weiteren Schlössern bis zum 22. November Ausstellungen statt. Schloss Schönhausen würdigt Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel, Königin von Preußen, mit der Schau „Gefährliche Liebschaften am Hof“. Im Schloss Sanssouci ehrt man mit einer Sonderausstellung die einzige Frau, die jahrelang in Friedrichs Schloss viele Sommer verbrachte: Elisabeth von Bayern, Königin von Preußen. Und Schloss Glienicke erinnert an Marie von Sachsen-Weimar, Prinzessin von Preußen, die den Ort zum Treffpunkt für Künstler und Gelehrte machte.

Die Ausstellung „Frauensache“ findet in Kooperation mit den Ausstellungen „Enthüllt – Berlin und seine Denkmäler“ in der Zitadelle Spandau sowie „Gräfin Lichtenau. Kunstsinnige Bauherrin und königliche Mätresse“ im Museum Charlottenburg-Wilmersdorf statt. *Silvia Friedrich*



Anna von Preußen Bild: SPSG

„Frauensache. Wie Brandenburg Preußen wurde“, Schloss Charlottenburg, Theaterbau, 14059 Berlin, Spandauer Damm 10, geöffnet bis 22. November täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 14 Euro. Der Katalog kostet in der Ausstellung 29,80 Euro, im Buchhandel 38 Euro. Infos im Internet: www.frauensache-preussen.de

Mit Leben erfüllt

Besuch im schlesischen Liegnitz – Eine Stadt mausert sich

Die Anziehungskraft der großen Zentren ist ungebrochen. Diese Entwicklung führt nicht nur zur Entvölkerung weiter Landstriche, sondern auch zu einem Bedeutungsverlust der kleineren Städte wie dem thüringischen Altenburg, dem sächsischen Werdau oder dem niedersächsischen Delmenhorst.

Seit Jahren argumentieren die Entwickler von Einkaufszentren, allen voran die hamburgische ECE-Gruppe, dass allein die Ansiedlung einer „Galerie“ mit Parkhaus und überdachten Fußgängerbereichen die Kaufkraft halten könne. Ausgerechnet ein Einkaufszentrum mit immer den gleichen Läden sei ein Garant für die Zukunft der mittelgroßen Stadt. Tatsächlich saugen Einkaufszentren oft die verbliebene Kaufkraft aus der Umgebung ab, mit der fatalen Folge, dass die Fußgängerzonen mit letzten inhabergeführten Geschäften noch mehr veröden.

Die 100 000-Einwohner-Stadt Liegnitz [Legnica] leidet unter der Nähe zum potenteren Breslau [Wroclaw]. Hinzu kommt, dass die Stadt längst nicht so umfassend rekonstruiert wurde wie die schlesische Hauptstadt. Viele Baulücken weisen in Liegnitz darauf hin, dass die Stadt erst noch im Werden ist. Auch setzte man auf Aufschwung durch Einkaufszentren. Im Westen der Stadt entstand die „Galeria Gwarna“, die neben den Läden auch ein Hotel beherbergt; auf dem Dach wurden eine Strandbar, ein



Städtearchitektonisches Vorbild? Dachbar der Galerie Gwarna in Liegnitz Bild: Aschenbeck

Schwimmbad und eine Tennishalle eingerichtet.

Das zweite Einkaufszentrum, die „Galeria Piastów“, entstand in mehreren Teilen nahe der Peter-und-Paul-Kirche im Osten der Stadt. Es umschließt erhaltene Altbauten und komplettiert mit jugendstilartigen Fertiggiebeln ein im Krieg verlorenes Stadtbild.

Tatsächlich geht in Liegnitz die Strategie aber auf: Denn keine der Galerien bietet einen kompletten Geschäftsmix und verleitet so den Besucher zum weiteren Gang durch die Innenstadt, womöglich zum zweiten Einkaufszentrum. Das „Dazwischen“ – die eigentliche Innenstadt mit ihren historischen Bauten, kleinen Geschäften und Restaurants – funktioniert sogar recht gut.

Kleineren Städten bleiben heute wenig Alternativen: Entweder werden sie ein Museum ihrer selbst wie Rothenburg ob der Tauber oder Görlitz, oder sie passen sich den Anforderungen der Kunden an, die in klimatisierten Galerien ohne viel Lauferei einkaufen wollen. Bad Münstereifel westlich von Bonn ist einen radikalen Weg der Anpassung gegangen – die komplette Innenstadt ist ein Outlet-Center geworden. Liegnitz hat zwei Galerien als Gegenpole um das Zentrum gesetzt – und so tatsächlich die Attraktivität der Altstadt erhalten. Vielleicht ein Beispiel für manche deutsche Innenstadt, die unter Kaufkraftabwanderung und Bedeutungsverlust leidet. *Nils Aschenbeck*

Der Liebesstress beginnt

Der Wald röhrt – Rothirsche stellen sich auf die Brunftzeit ein

Der Norden ist dem Süden bei der Libido eine Hirschgeweihspitze voraus. Zumindest in der Tierwelt. Wie schon in Ostpreußen beginnt auch in Schleswig-Holstein, etwas früher als in anderen Bundesländern, die Fortpflanzungszeit des mitteleuropäischen Rothirsches. In dieser Zeit buhlen die Hirsche um die „Damen“. Dabei wird eine Gruppe weiblicher Tiere vom Platzhirsch gegenüber den Rivalen verteidigt. Das sogenannte Röhren signalisiert Nebenbuhlern schon von Weitem: „Das sind meine!“

In der Regel reichen das laute Brüllen und die Drohgebärden aus, um Kontrahenten auf Abstand zu halten. Doch bei gleichstarken Tieren kann es zu erbitterten Kämpfen kommen, die manchmal tödlich enden.

Rotwild kann bis zu 250 Kilogramm Gewicht auf die Waage bringen und in der Brunftzeit ein Viertel des eigenen Körpergewichts verlieren. Ursprünglich bewohnte dieses imposante Tier offene und halboffene Landschaften, wie sie auf stillgelegten Truppenübungsplätzen noch zu finden sind. Dazu wandert es viele Kilometer zwischen dem Sommer- und Winterlebensraum und transportiert unbewusst Pflanzensamen sowie Insekten und trägt somit zur biologischen Vielfalt bei. Oft sind jedoch seine uralten Wanderwege von Siedlungen oder Straßen unterbrochen. Damit dieses „Artentaxi“ trotzdem funktioniert, bedarf es über Straßen und Autobahnen störungsarmer Wanderkorridore und Grünbrücken zwischen den Schwerpunktlebensräumen.



Platzhirsch: Röhren hält Rivalen fern Bild: Karl-Heinz Volkmar

Bis der Hirsch in der Brunft sein ausladendes Geweih zeigen kann, muss es unter einer flauschigen und mit Adern durchzogenen Haut heranwachsen. Denn zunächst wird das Geweih im Februar/März vollständig abgeworfen. Bis zum August/Oktober ist es dann wieder zu einem imposanten Geäst herangewachsen und sogar noch ein klein wenig größer geworden. Doch auch der prächtige Rothirsch wird mal alt. Dann schwinden die Verästelungen des Kopfschmucks jedes Jahr ein bisschen mehr.

Nach der Brunft stellt sich das Rotwild, wie alle anderen Wildarten, auf den Winter um. Dabei wird der Stoffwechsel auf ein Minimum reduziert, um lebensnotwendige Fettreserven zu sparen. Früher nutzte Rotwild vor allem die Begleitvegetation der Flüsse als Winternahrung. Heute befinden sich hier oft die Siedlungen der Menschen. Durch die intensive Flächenzerschneidung und -versiegelung werden vielerorts die notwendigen Lebensräume dieser interessanten Wildarten zerstört. *PAZ*

Legendäre Schlacht

Die Ardennen-Offensive

Die Ardennenschlacht war die letzte deutsche Großoffensive im Zweiten Weltkrieg. Mit dieser militärischen Kraftanstrengung hoffte die deutsche Führung, unter Aufbietung aller Kräfte und Entblößung der anderen Fronten die Initiative im Westen wiedergewinnen zu können. Zudem sollten die Westalliierten durch ihren militärischen Rückschlag von der Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation abgebracht und schließlich zu einem Separatfrieden bewegt werden. Zugleich sollte der Durchhaltewillen des deutschen Volkes und der Wehrmacht gestärkt werden. Nach der erfolgreichen Offensive im Westen sollte die Wehrmacht die erwartete russische Offensive abschlagen.

Die US-Armee geriet in eine schwere Krise

Der deutsche Angriff am 16. Dezember 1944 verlief zunächst erfolgreich. Vor allem die US-Armee geriet in eine schwere Krise, und die deutsche Belagerung von Bastogne wurde für sie eine traumatische Erfahrung. Doch das operative Ziel der Deutschen war zu weit gesteckt. Fehlende Reserven und eine Wetterbesserung, durch welche die alliierte Luftüberlegenheit voll zur Geltung kam, ließen die Offensive schon nach wenigen Tagen scheitern. Durch die schweren Verluste an Mensch und Material hatte die Wehrmacht ihre Fähigkeit zu raumgreifenden Operationen endgültig eingebüßt, was den weiteren Kriegsverlauf im Westen wesentlich beeinflusste. Diese Umstände machen die Ardennenoffensive zu einer der legendärsten Schlachten des ganzen Krieges.

Hans J. Wijers hat das damalige Geschehen dokumentiert. Der niederländische Autor beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Kampfgeschehen des Zweiten Weltkrieges, insbesondere mit der Geschichte der 6. Armee in Stalingrad und der Ardennenoffensive. Im Rahmen seiner Recherchen habe Wijers bisher rund 7000 Veteranen aufgesucht und interviewt, heißt es beim Verlag.

So hat er genug Wissen zusammengetragen, um es gleich in zwei Bänden auszubreiten. Im Ersten geht es um die Kämpfe im Raum der 6. Panzerarmee und der 99. US-Infanteriedivision vom 16. Dezember 1944 bis zum Rückzug der US-Truppen auf die Höhen von Elsenborn. Somit werden die Abläufe dieser Gefechte im Raum Losheimergraben, Lanzerath, Krinkelt, Rocherath, Buchholz, Honsfeld, Mürringen, Hünningen, Wirtzfeld und Elsenborn detailliert beschrieben. Der zweite Band berichtet über den Angriffsabschnitt der 6. Panzerarmee, hier vor allem der 12. SS-Panzerdivision und der 277. Volksgrenadierdivision und später der 3. Panzergrenadierdivision, der von der 2. US-Infanteriedivision verteidigt wurde. Der Angriff des V. US-Korps am 13. Dezember 1944 auf die Ruhr-Staudämme gibt bereits einen Eindruck, was sich im Vorfeld der Ardennenoffensive abspielte. Daneben werden die Kämpfe in Wahlerscheid, Höfen, Mürringen, Krinkelt, Rocherath und Elsenborn beschrieben.

Die Darstellung basiert auf offiziellen amerikanischen und deutschen Dokumenten, Kriegstagebüchern sowie Aufzeichnungen und Aussagen von Veteranen beider Seiten. Gerade die Fülle an Zeitzeugenberichten macht die Darstellung so detailliert und verleiht ihr ein hohes Maß an Authentizität. Beide Bände sind reich bebildert. Die vielen zeitgenössischen und gegenwärtigen Aufnahmen des Gefechtsfeldes sowie Skizzen und Karten machen die Bände für denjenigen, der das Geschehen vor Ort nachvollziehen will, besonders interessant. *Philipp Hötensleben*

***Hans J. Wijers: „Die Ardennenoffensive“**, Helios Verlag, Aachen 2014, zwei Bände, gebunden, 159 und 165 Seiten, je 34 Euro*

Filetierte Heuchelei

Ein Autor zerlegt gekonnt rot-grüne Halbwahrheiten



Ein braver Familienvater sieht rot – beziehungsweise giftgrün. Er sei ein selbstgefälliger, blasierter, gleichgültiger und genusssüchtiger Idiot, gibt Uwe Wilhelm gleich im zweiten Satz seines rasant geschriebenen Bekenntnis-Büchleins zum Besten. Derlei abfällige Charaktersierungen haben allerdings vor allem die anderen für ihn parat. Denn Wilhelm hat zu all den weltbewegenden Themen, die heutzutage an den Durchschnittsmenschen herangetragen werden, keine rechte Meinung. Ob Klimakatastrophe, Feminismus, Pazifismus, Guantanamo oder Fleischverzicht: „Wenn es darum geht, Haltung zu beziehen, mich für oder gegen eines dieser Themen einzusetzen, zu demonstrieren oder zu spenden, kneife ich. Ich bringe es einfach nicht zu einer entschlossenen Haltung, weil ich immerzu denke, dass ich doch nicht genug Informationen habe, um für oder gegen ein Sache zu sein.“

So wie Wilhelm geht es wahrscheinlich den meisten Menschen, und wahrscheinlich wünschen sie sich alle, auch einmal das zu tun, was der Autor schließlich in Angriff nimmt. Als Frau und Tochter fortan vegetarisch leben wollen und ihn einen ignoranten Egoisten schimpfen, weil er nichts von „feuchten Tempotaschentüchern hält, auf deren Verpackung Tofu steht“, regt sich endlich der Widerstandsgeist im braven Durchschnittsmanne. Der 57-jährige Wilhelm beschließt all den Weltuntergangsszenarien, Glaubenssätzen und Heilsversprechen aus der vorwiegend rot-grünen Ecke minutiös auf den Grund zu gehen. Als hauptberuflicher Drehbuchschreiber, der auch schon für Til Schweiger und Bernd Eichinger tätig war, behält er seine Erkenntnisse natürlich nicht für sich. Er bringt sie zu Papier. Mit spitzer Feder filetiert er Heuchelei und Halbwahrheiten, bis am Ende meist nur noch ein unansehnliches Knöchelchen Wahrheit übrigbleibt.

Mit Margot Käsmann zum Chef-Terroristen

„Voll verregelt! Wahnwitzige Geschichten aus der Tugendrepublik“ heißt die Niederschrift seiner Forschungsreisen auf dem Kontinent der Gutmenschen. Da ist zum Beispiel die dunkelblonde Mittvierzigerin Ophelia von Greenpeace. OvG, wie Wilhelm sie nennt, hat sechs verschiedene Müllsammelbehälter in ihrer Berliner Küche. Papier-, Plastik-, Bio-, Glas-, Wertstoff- und Restmüll wandern säuberlich separiert hinein. Und wenn OvG nicht gerade die Papieretiketten von leeren Joghurtbechern löst, terrorisiert sie ihre Nachbarschaft, indem sie deren Müll auf ordnungsgemäße Entsorgung kontrolliert.

Was aber passiert eigentlich mit OvGs Abfall, sobald ihn die BSR, die Berliner Stadtreinigung, aufgelesen hat? Wilhelm fragt nach und erfährt, dass ohnehin nur ein Teil des Mülls wiederverwendet werde. Vieles landet unsortiert in der Verbrennung und ist somit völlig umsonst der Abfall-Apartheid zum Opfer gefallen. Ohnehin bringe die exzessive Mülltrennung die BSR in Schwierigkeiten, denn dadurch gehe den Verbrennungsanlagen der Brennstoff aus. Man müsse sogar Abfall aus den Niederlanden und Belgien importieren, um die Anlagen am Laufen zu halten, verrät ihm ein BSR-Mann.

Ziemlicher „Müll“ scheinen dem Autor auch die pazifistischen Glaubenssätze, mit denen er sich an anderer Stelle im Buch auseinandersetzt. Ist es wirklich besser., mit den Taliban zu beten als sie zu bombardieren, wie Margot Käsmann, die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, behauptet? Wilhelm stellt sich vor, wie sie mit braunen Rehaugen beispielsweise vor den IS-Kalifen Abu Bakr al-Bagdadi tritt und erklärt: „All das Vergewaltigen und bei Lebendigem-Leib-Köpfen bringt Sie doch nicht weiter.“

Wahrscheinlichste Antwort des Chef-Terroristen: „Wir haben bereits tausende unserer Feinde hingerichtet, haben ihre Frauen und Töchter vergewaltigt, sind stinkreich geworden, weil wir das Öl unter Kontrolle und das Kalifat errichtet haben. Natürlich bringt es uns weiter.“

Angesichts der Moslem-Fundamentalisten und ihrem menschenverachtenden Bestreben ein islamisches Paradies auf Erden zu errichten, zitiert Wilhelm wiederum an anderer Stelle den Philosophen Karl Popper: „Der Versuch, den Himmel auf Erden zu errichten, erzeugt stets die Hölle.“ Überhaupt: Wilhelm ist keineswegs so intellektuell unbedarft, wie er sich anfangs darstellt. Er zieht mit den Weisheiten von Popper ebenso zu Felde wie mit denen von Friedrich Nietzsche oder Norbert Elias. Auch das trägt eindeutig zum Lesevergnügen bei. *Frank Horns*

***Uwe Wilhelm: „Voll verregelt! Wahnwitzige Geschichten aus der Tugendrepublik“**, Bastei-Lübbe-Verlag, Köln 2015, broschiert, 207 Seiten, 9.99 Euro*

Zionistisches Gebilde

Deutschlands muslimisch grundierter Antisemitismus und seine Folgen

Georg M. Hafner und Ester Schapira, zwei erfahrene und preisgekrönte deutsche TV-Journalisten, legen eine Streitschrift vor, die eher einer Anklageschrift gegen die vielen ist, die ihren Hass auf Juden und Judenstaat immer weniger verbergen. Antisemitismus tarnte sich lange als Antizionismus, aber das gilt kaum noch: „Die UN wurden zum Sammelbecken für Antisemiten, mit freundlicher Duldung Europas“, schreiben sie.

Dabei entstand Israel 1947, weil die Völkergemeinschaft mehrheitlich dafür war, den Juden einen eigenen Staat zu geben. Dieser Staat wollte mit den Nachbarn in Frieden leben, doch nur wenige Stunden nach seiner Proklamation mussten sich 650000 Juden gegen 30 Millionen Araber wehren, was sie siegreich taten. Bis 2014 siegte Israel in acht existenzbedrohenden Kriegen.

Auch darin wurzelt die antijüdische Aggressivität der 47 islamischen UN-Mitglieder: Dass 200 Millionen Araber und weitere Millionen Muslime in aller Welt dieses „zionistische Gebilde“ nicht beseitigen können, ist für sie eine schwer zu ertragende Kränkung.

Seit Jahren strömen Muslime nach Deutschland, zu einem Drittel Analphabeten, zu zwei Dritteln Arbeitslose, zur Gänze überzeugt, dass die „Juden und der Judenstaat mit ihrer ökonomischen Allmacht“ an ihrer Misere schuld seien. Gerade in Berlin entstand ein „muslimisch grundierter Antisemitismus“, dessen Hassparolen auch bei Rechtsextremen Beifall wecken.

Nicht nur dort kommt es zu Ausfällen. Hafner und Schapira führen in einer boshaft-akribischen Galerie vor, wie Abgeordnete, Publizisten und andere dem Judenstaat in kalter Selbstgerechtigkeit die Leviten lesen. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und jetzige Bestsellerautor („Inside IS“) Jürgen Todenhöfer ereifert sich gegen den „Kindermörder Israel“. Ex-Bundesminister Norbert Blüm prangert Israels angeblich „hemmungslosen Vernichtungskrieg gegen Palästinenser“ an. Hinzu kommen die Spätstalinisten mit „ihrem Hass auf den zionistischen Vorposten des Imperialismus“, kommunistische Megären aus der „Linken“ stets bereit, die palästinensischen Raketenangriffe gegen den Judenstaat auf geradezu zynische Weise zu verniedlichen.

Dahinter verberge sich als Hauptursache, so die Autoren, dass die Dämonisierung Israels helfe, den Dämon des Holocaust zu besiegen. Endlich könne der schuldgefühlgeplagte Deutsche aufatmen. Ein solcher Befund tut weh, aber ist er falsch und unfair?

Ganz am Schluss referieren die Autoren den Sieben-Punkte-Plan einer politischen Lösung. Er ist simpel, aber chancenlos. Unter anderem sieht er die wechselseitige Anerkennung des einander zugefügten Leids vor, also den Verzicht auf die Exklusivität des eigenen Opferstatus. Aber was hielte dann die Muslime noch zusammen, wem könnten sie die eigene Unfähigkeit anlasten? *Wolf Oschlies*

***Georg M. Hafner, Esther Schapira: „Israel ist an allem schuld. Warum der Judenstaat so gehasst wird“**, Eichborn Verlag, Köln 2015, gebunden, 317 Seiten, 19,99 Euro*

Wer tötete den Gymnasiasten Karl Winter?

Historischer Kriminalroman über einen spektakulären Mordfall, der im Jahr 1900 das westpreußische Konitz erschütterte



Im Frühjahr 1900 wurden nach und nach Leichenteile des Gymnasiasten Ernst Winter in der westpreußischen Kleinstadt Konitz gefunden.

Bis heute gilt die „Konitzer Mordaffäre“ als ungeklärter Fall. Gerüchte, die jüdische Bevölkerung habe hier ein grausames Ritual vollzogen, indem ein christliches Opfer geschächtet worden sei, verbreiteten sich schnell. Befördert durch die Erfolglosigkeit der Ermittlungen, für welche eigens Beamte aus Berlin geschickt wurden, entstand eine Atmosphäre, welche zu schweren antisemitischen Ausschreitungen führte und weite Kreise zog.

Der Berliner Schriftsteller Herbert Beckmann – der 55-jährige ist ein erfahrener Krimiautor – greift dieses Ereignis aus der Zeit des prosperierenden Wilhelminismus auf und gestaltet es zu einem Roman. Die handelnden Figuren sind historisch, sprechen aber lässt sie der Autor.

Erzählt wird in vier Abschnitten, jeweils aus der Sicht einer anderen Person. Zunächst schildert der Bürgermeister Deditius den Beginn: Der Torso des Schülers liegt verpackt im See. Der Gedanke, Winter sei geschächtet worden, ist bald zur Hand. Der örtliche Staatsanwalt und die Konitzer Bevölkerung glauben zu wissen, wo die Täter zu suchen sind. Deditius mahnt zu Besonnenheit, kann sich aber nicht durchsetzen. Den weiteren Fortgang berichten die aus Berlin entsandten Kriminalbeamten Wehn und Braun. Die Lage spitzt sich zu, ein Teil der jüdischen Bevölkerung sieht sich schließlich sogar gezwungen, die Stadt Konitz zu verlassen.

Viele glauben an einen Ritualmord

Verurteilt werden am Ende mehrere Personen wegen Meineides bei Aussagen im Zuge der Ermittlungen. Ein Mörder jedoch kann nicht dingfest gemacht werden. Konzentriert hatten sich die öffentlichen Verdächtigungen, befeuert durch die Ritualmordgerüchte, besonders auf zwei Juden: Neben einem gleich zu Beginn verhafteten Lumpenhändler ist es vor allem der Schlachter Lewy. Inspektor Braun hingegen vermutet, in Lewys Berufskollegen Hoffmann, einem strengen Altlutheraner, den Täter. Hoffmann soll dem nicht gerade als Kostverächter bekannten Winter den Umgang mit seiner Tochter verübelt haben.

Das Ende und eine vom Autor vertretene Lösungsvariante der „Konitzer Mordaffäre“, die allerdings historischen Ursprungs ist, erfährt der Leser durch einen Journalisten beziehungsweise einen Bericht des Kriminalisten Braun.

Das Ganze ist eine literarische Arbeit, die – ausweislich des Umschlags – unter der Rubrik „Spannung“ firmiert. Dies lässt sich nach der Lektüre leider nur bedingt bestätigen. Zu klar sind die starren holzschnittartigen Fronten. Auf der einen Seite findet sich die aufgebrachte, fleißig denunzierende Bevölkerung. Sie will die Täter unbedingt in den Reihen der Juden finden, auch ungeachtet des Ermittlungsergebnisses, dass das Opfer erstickt und erst danach zerstückelt, also nicht geschächtet wurde.

Auf der anderen Seite stehen die ausschließlich „vernünftigen“ vier Erzähler. Hauptfigur ist hier eindeutig Braun, der die vorurteilsgeladenen Verdächtigungen von Anfang an tapfer, aber erfolglos abwehrt. Man hat mitunter leider das Gefühl, in seinem Bericht spricht weniger ein preußischer Polizist des Kaiserreichs als vielmehr ein Autor, der zu Beginn des 21. Jahrhunderts schreibt und natürlich um den Fortgang der Geschichte weiß. Bei allem Abscheu gegenüber den Vorgängen, insbesondere aus heutiger Sicht – der Blickwinkel der Gegenseite wäre trotzdem interessant gewesen, hier hätte gerade ein Roman gute Möglichkeiten geboten.

Die hier dargestellte Justiz beharrt grundlos auf jüdischen Tätern – aber auch Braun hat sich getäuscht und von Vorurteilen leiten lassen. Zu spät kommt er dem wahren Mörder auf die Spur, die Stimme des Inspektors wird nicht mehr gehört. *Erik Lommatzsch*

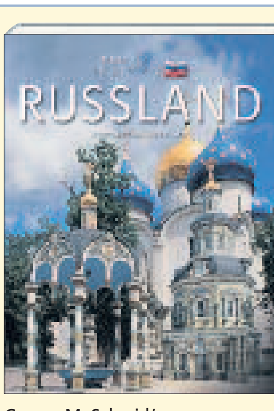
***Herbert Beckmann: „Die Konitzer Mordaffäre“**, Gmeiner-Verlag, Meßkirch 2015, broschiert, 241 Seiten, 9,99 Euro*



Großformat-Kalender
Ostpreußen 2016
Der Kalender ist mit zwölf verschiedenen, postergroßen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Nidden, aus Memel, aus Nikolaiken, Königsberg, Marienburg, Rauschen, Allenstein, Tollmingen, die Kirche St. Bartholomäus in Preußisch-Holland, den Lycker See in Lyck, Masuren, den Drewenzsee in Osterode und die ehemalige Ordensburg des Deutschen Ritterordens in Rhein. Das Kalendarium zeigt Mondphasen und die wichtigsten Feiertage an.
Format 60 x 48 cm
Nr. P 535383 **27,95 €**

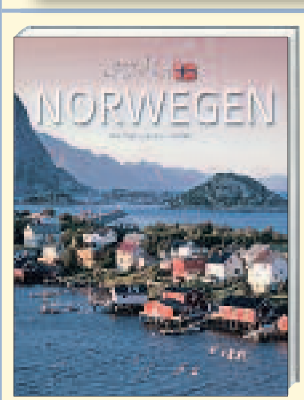


Großformat-Kalender
St. Petersburg 2016
Der Kalender ist mit zwölf verschiedenen, postergroßen Motiven aus St. Petersburg, dem Florenz des Nordens bebildert. Folgende Motive sind im Kalender enthalten: Winterpalast der Eremitage, das Mariinski-Theater, die Kunstkammer an der Newa, der Jussupow-Palast, ein Blick über die Klappbrücke zum Smolny-Kloster, der Katharinenpalast in Puschkin, die Neue Eremitage, das Russische Museum am Platz der Künste, die Auferstehungskirche, der Admiralsgarten u.v.m.
Format 60 x 48 cm
Nr. P 535408 **27,95 €**



Gregor M. Schmid/
Michael Kühler
Horizont Russland
Ein Bildband mit 314 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 534431 **24,95 €**

Russland ist ein Land der Weite, ein großer verbindender Kontinent zwischen Europa und Asien. Sanfte Hügel bestimmen im Westen die osteuropäische Ebene, das seenreiche Karelien und die Kola-Halbinsel nehmen den Norden ein, die Gebirgszüge des Nordkaukasus sowie die Kaspische Senke verlaufen im Süden bis zur Wolga. Der Ural bildet die geografische Grenze zwischen Europa und Asien, dahinter erstreckt sich das westsibirische Tiefland bis zum Pazifik. Das „Herz des heiligen Russlands" schlägt in der Hauptstadt Moskau. Über 310 Bilder zeigen Russland in all seinen Facetten. Specials berichten unter anderem über die Transsibirische Eisenbahn, Kunst und Kunsthandwerk und die russische Literatur.



Max Galli/Johannes Holzleiter
Horizont Norwegen
Ein Reisebildband mit 239 farbigen Abbildungen im Großformat
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 534429 **24,95 €**

In dem Land der Mitternachtssonne führt der Weg nach Oslo bis Kirkenes über 2500 Kilometer durch die faszinierende Vielfalt Norwegens. Auf enge, tief in die Küste eingeschnittene Fjorde, in die sich unzählige Wasserfälle ergießen, folgen schneebedeckte Hochgebirge und weite Täler im Süden. Einzigartig ist die Inselwelt der Lofoten mit den in geschützten Buchten gelegenen kleinen Fischerdörfern.
Sein Reichtum erwarb das Land einst durch die Fischerei und den Handel, von dem heute vor allen die Städte entlang der Küste künden, allen voran Bergen und Ålesund. Über 230 Bilder des Skandinavienspezialisten Max Galli zeigen Norwegen vom Kap Lindesnes bis zum Nordkap.



Großformat-Kalender Hurtigruten 2016
Mit 12 brillanten Motiven dieser fantastischen Route mit dem Postschiff entlang der norwegischen Küste. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535420 **Kalender** **27,95 €**



Großformat-Kalender Aurora Borealis 2016
Mit 12 brillanten Motiven dieser fantastischen Lichterscheinungen im hohen Norden. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535416 **Kalender** **27,95 €**



Großformat-Kalender Abenteuer Alpen 2016
Mit 12 brillanten Motiven der Alpen und attraktiven Tourenvorschlägen für Bergwanderer. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535410 **Kalender** **27,95 €**



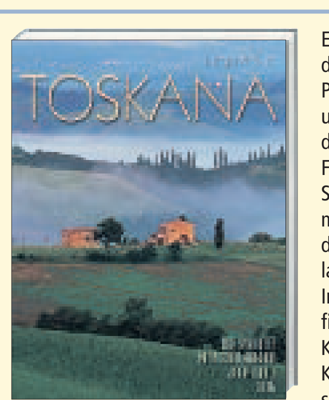
Großformat-Kalender Rom 2016
Mit 12 brillanten Motiven dieser atemberaubenden Stadt am Tiber. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535406 **Kalender** **27,95 €**



Großformat-Kalender Die schönsten Opernhäuser 2016
Mit 12 fantastischen Fotografien sensationeller Opernsäle. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535422 **Kalender** **27,95 €**

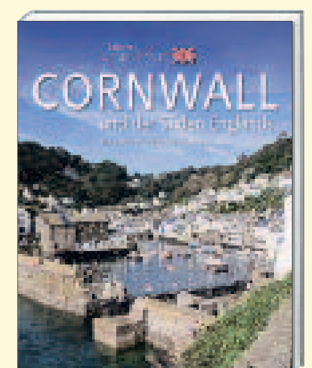


Großformat-Kalender Venedig 2016
Mit 12 brillanten Motiven dieser einzigartigen Lagunenstadt. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535409 **Kalender** **27,95 €**



Erich Spiegelhalter/Martin Schulte-Kellinghaus/Joachim Fildhaut
Horizont Toskana
Bildband 223 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 531923 **24,95 €**

Ein Bildband mit über 220 Abbildungen: Anmutige Natur mit Pinien, Zypressen, Weinstöcken und Olivenbäumen, die Schönheit der Städte, deren Namen – Florenz, Siena, Pisa, Volterra und San Gimignano – geradezu einen magischen Klang haben, machen die Toskana zu einer Traumlandschaft im Herzen Italiens. In kaum einer anderen Region findet man eine solche Fülle an Kunst und jahrtausendealter Kultur. Von der Kultur kann man sich an der toskanischen Küste mit ihren Sanddünen und schönen Stränden erholen oder aber bei einem Glas Chianti, Brunello oder Montalcino, wozu man die kulinarischen Köstlichkeiten des Landstriches genießt.



T. u. H. Herzig/Georg Schwikart
Horizont Cornwall und der Süden Englands
Bildband. 233 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 534449 **24,95 €**

Ein Bildband mit über 230 Abbildungen: Der Süden Englands – mit Counties wie Cornwall, Devon, Somerset, Dorset, Sussex, Surrey oder Kent – ist eine vielfältige Landschaft geprägt von Kalk-, Sandstein und Granit, von Mooren, Heide und Wäldern. Das milde Klima hier schätzten bereits die Römer, deren Thermalbäder teilweise bis heute in Gebrauch sind. Doch bereits Jahrtausende vor der Zeitenwende war diese Gegend besiedelt, wie frühgeschichtliche Steinsetzungen beweisen. Die buchtenreiche Küste ist hier von beeindruckender Schönheit. Sie lockt neben Wanderern vor allem Surfer an – und jene, die sich die Schauplätze von Rosamunde Pilchers Liebesgeschichten im Original ansehen wollen.



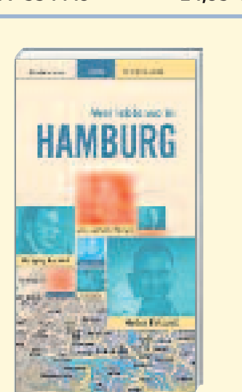
Großformat-Kalender Bäume & Alleen 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Bäumen & Alleen. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535412 **Kalender** **27,95 €**



Großformat-Kalender Trauminseln 2016
Mit 12 brillanten Motiven von paradiesischen Trauminseln. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535424 **Kalender** **27,95 €**



Großformat-Kalender Gartenparadiese 2016
Mit 12 brillanten Motiven von paradiesischen Gärten. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535414 **Kalender** **27,95 €**



Dr. Christiane Kruse
Wer lebte wo in Hamburg
60 Kurzbiografien bekannter Hamburger und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 96 Seiten
Nr. P 531996 **7,95 €**



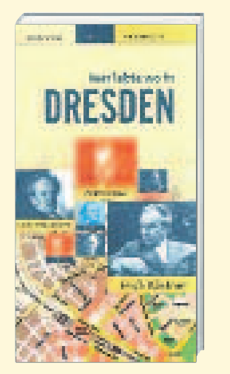
Dr. Christiane Kruse
Wer lebte wo in Leipzig
58 Kurzbiografien bekannter Leipziger und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 96 Seiten
Nr. P 531997 **7,95 €**



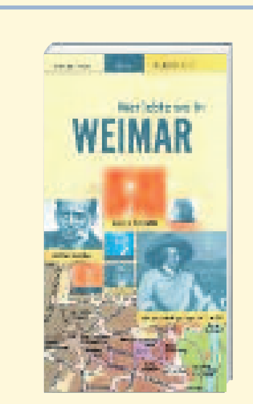
Kalender Eichhörnchen 2016
Mit 12 brillanten Fotos von Eichhörnchen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535465 **Kalender** **14,95 €**



Kalender Kühe 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Kühen. Spiralbindung Format 33 x 31 cm
Nr. P 535481 **Kalender** **9,95 €**



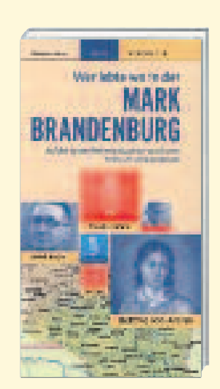
Christiane Kruse
Wer lebte wo in Dresden
60 Kurzbiografien bekannter Dresdner und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 72 Seiten
Nr. P 534702 **7,95 €**



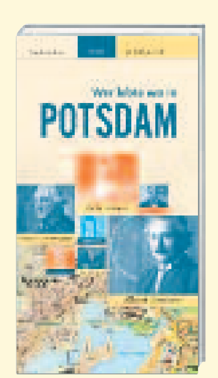
Christiane Kruse
Wer lebte wo in Weimar
60 Kurzbiografien bekannter Weimarer und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 72 Seiten
Nr. P 531991 **7,95 €**



Kalender Pferde 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Pferden und Fohlen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535487 **Kalender** **9,95 €**



Dr. Christiane Kruse
Wer lebte wo in der Mark Brandenburg
63 Kurzbiografien bekannter Mark Brandenburger. 128 Seiten
Nr. P 534701 **9,95 €**



Christiane Kruse
Wer lebte wo in Potsdam
75 Kurzbiografien bekannter Potsdamer und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 128 Seiten
Nr. P 534704 **9,95 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Islamisten drohen Politiker

Leverkusen – Der Vorsitzende der Kleinpartei „Pro NRW“, Markus Beisicht, hat eigenen Angaben zufolge eine Morddrohung von mutmaßlichen Islamisten erhalten. Die Drohung sei ihm via Twitter zugegangen. Dem Vernehmen nach nimmt die Kriminalpolizei die Drohung ernst. Vor zwei Jahren war ein Attentat auf den Politiker in letzter Minute verhindert worden. Laut Beisicht bezeichnen sich die Bedroher als Anhänger der Terrormiliz IS. *H.H.*

Zensur bei Edeka und Thalia

Berlin – Die Handelsketten Edeka und Thalia haben das Monatsmagazin „Compact“ aus ihrem Sortiment genommen. Als Begründung führen die Konzerne an, dass andere („etablierte“) Medien „Compact“ als „rechtspopulistisch“ eingestuft hätten. Das heißt, dass Kritik von Konkurrenzmedien des Magazins den Ausschlag für dessen Verbannung gaben. „Compact“-Verleger Kai Homilius verurteilt die Maßnahme als Anschlag auf die Pressefreiheit. *H.H.*

ZUR PERSON

Ministerin der offenen Grenzen

Beim „Tag der offenen Tür“ konnte die Bundesregierung kürzlich erleben, wie es ist, wenn Hunderte Einlass in fremdes Terrain begehren. In Massen drangen Bundesbürger ins Kanzleramt ein, um dessen Willkommenskultur schätzen zu lernen.

Besonders viel los war bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die im Kanzleramt ihr Büro hat. Auf diesen Ansturm war Staatsministerin **Aydan Özoguz** gefasst, weniger aber auf den, der auf Deutschlands Grenzen zurollt. Es scheint fast, als feierten wir täglich einen „Tag der offenen Grenze“, was die 1967 als Tochter türkischer Einwanderer in Hamburg geborene SPD-Politikerin ideologisch folgsam-gelassen zur Kenntnis nimmt. In den Medien, Talkshows und Nachrichten müsste ihre Meinung als Flüchtlingsexpertin eigentlich permanent gefragt sein. Stattdessen nur Schweigen im Walde.

Vielleicht liegt es daran, dass die Quotenmigrantin zwar mit am Kabinettstisch sitzt, aber keine Entscheidungsgewalt hat. Die Asylpolitik liegt in den Händen des Innenministers. Özoguz' Amt hat nur Symbolcharakter, sie selbst kann höchstens Lobbyarbeit betreiben. Auf Facebook verbreitet die mit dem Hamburger Innenminister Michael Neumann verheiratete Politikerin, die erst seit 1989 deutsche Staatsbürgerin ist, lediglich die üblichen Forderungen: „schnellere Asylverfahren, mehr Integration für Menschen mit Bleibeperspektive und eine spürbare Entlastung der Kommunen“.



Als sich Innenminister Thomas de Maizière für mehr Sachleistungen und weniger Taschengeld für Asylbewerber aussprach, fand Özoguz diesen Vorschlag „ärgerlich“. Da wurde ihre wenig durchsetzungskräftige Stimme mal kurz wahrgenommen, die sonst von der gegenwärtig lauten Flüchtlingsdebatte übertönt wird. *Harald Tews*



Die Panzlerin besucht Marxloh

Geld her, oder ...

Wie Frankreich sich an unsere Brieftasche heranmacht, was wir dafür bekommen, und wie man schöne Zahlen hinbekommt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wenn sich das gesamte Publikum mit allen Fasern auf nur ein einziges Thema konzentriert, ist das immer eine wunderbare Gelegenheit, um etwas an der Öffentlichkeit vorbeizumogeln, ohne dass sie es mitbekommt. Dem französischen Wirtschaftsminister Emmanuel Macron ist nicht verborgen geblieben, dass die Deutschen derzeit für nichts anderes mehr Auge und Ohr haben als für die Asylkrise.

Also, denkt sich der gewitzte Mann in Paris: „Jetzt oder nie!“, und packt den Vorschlag auf den Tisch, aus der Euro-Zone ganz offiziell eine „Transfer-Union“ zu machen. „Transfer-Union“ heißt, dass die einen Länder dauerhaft für die anderen zu zahlen haben, damit die Ärmeren reicher und die Reicheren ärmer werden.

Das sei unumgänglich, denn, so der Franzose: „Eine Währungsunion ohne Finanzausgleich, das gibt es nicht. Die Starken müssen helfen.“ Ich muss Ihnen gewiss nicht erklären, wen er mit den „Starken“ meint und wem er gerne deren Hilfe zukommen lassen möchte. Um das zu organisieren, solle ein zusätzlicher Brüsseler Kommissar eingesetzt werden, der über einen erklecklichen Teil unserer Steuermilliarden verfügen soll, die er als Investitionsmittel direkt an Unternehmen weiterreichen darf, und er soll sogar in der Arbeitsmarktpolitik mitreden.

Mit anderen Worten: Macron möchte das französische Erfolgsmodell einer dirigistischen Staatswirtschaft auf die gesamte Euro-Zone ausdehnen.

Erfolgsmodell? Taumeln die Franzosen mit dem Modell nicht Jahr für Jahr tiefer in den Schlamassel? Haben die nicht wegen dieses Modells völlig den Anschluss an Deutschland verpasst? Wäre es da nicht an der Zeit, sich Gedanken zu machen, ob das überhaupt der richtige Weg ist?

Eigentlich schon, aber Emmanuel Macron ist eben Sozialist, die ticken da anders. Wir hatten an dieser Stelle unlängst den berühmten Satz von Margaret Thatcher: Das Problem der Sozialisten sei es, dass ihnen irgendwann das Geld der anderen Leute ausgehe.

Genau an dem Punkt sind Macron und seine Genossen angekommen und reagieren wie echte Sozialisten. Statt darüber nachzudenken, was die französische Regierung falsch gemacht haben könnte bei ihrer Wirtschaftspolitik, hat sich Genosse Macron lieber auf die Suche nach neuen „anderen Leuten“ gemacht, bei denen noch was zu holen wäre, und die Deutschen gefunden.

Was die dazu sagen? Nun, unser Finanzminister Schäuble hatte sich schon zuvor positiv über einen gemeinsamen Haushalt in der Euro-Zone geäußert. Der spielt also mit, oder? Nicht so ganz: Er will den Haushalt lieber unter die gemeinsame Kontrolle der Regierungen stellen, statt unter die eines Brüsseler Kommissars.

Ach, darauf könnte sich Macron noch einlassen. Am Tisch der Regierungschefs und ihrer Finanzminister sind die Nehmerländer sowieso in der Mehrheit, ganz so wie beim deutschen Länderfinanzausgleich.

> Die einen nennen es »Suche nach einer gemeinsamen Lösung«, andere sagen: Erpressung

Vor allem aber möchte Schäuble das lieber „langfristig“ angehen, also möglichst langsam und später erst. Warum? Wahrscheinlich will er es nicht mehr in seiner Amtszeit haben nach dem Motto: „Ich habe meinem Volk schon so viel eingebrockt, dann will ich nicht auch dafür noch verantwortlich sein.“ Verständlich.

Macron lässt aber nicht locker und zielt an Schäuble vorbei direkt auf die Kanzlerin. Von der stammt der zum Erbrechen oft zitierte Satz, dass bei einem Scheitern des Euro auch Europa scheitere, alles oder nichts also.

Der Franzose weiß, dass Merkel sich und Deutschland mit dieser Behauptung erpressbar gemacht hat und holt listig das schwerste Geschütz aus dem Magazin: Wenn die Deutschen den Finanztransfer von Deutschland nach Frankreich und in andere schwächere Länder verweigerten, dann „können wir den Euro und die Euro-Zone vergessen“. Klatsch, das sitzt! Geld her, oder es passiert ganz was Furchtbares. Im Alltagsleben nennt man das, glaube ich, Erpressung. In der EU heißt das „Suche nach einer gemeinsamen Lösung“. Willkommen in der europäischen Räuberhöhle!

Räuberhöhle? Ach nein, das ist dann doch allzu hetzerisch formuliert. Es ist halt ein ewiges Geben und Nehmen, wie in jeder funktionierenden Gemeinschaft guter Freunde. Die Deutschen geben Milliarden und bekommen dafür antideutsche Hasstiraden in Athen und anderswo und obendrein den Großteil des ungezügelten Zuwandererstroms nach Europa. Das ist doch was.

Allerdings kann des Guten auch zu viel werden. Die deutschen Politiker beschleicht zunehmend ein gewisser Zweifel, ob der Zuwandererstrom auf Dauer wirklich so gut ankommt beim Volk, wie man uns derzeit auf allen Kanälen einzureden versucht.

Daher sollen die europäischen Partner endlich mehr von den Zuwanderern aufnehmen, statt uns damit beinahe allein zu lassen. Mitte September versammeln sich die Führer der EU-Staaten zum „Flüchtlingsgipfel“, auf den Merkel, Gabriel und Co. große Hoffnungen setzen.

Wenn die mal nicht enttäuscht werden. Wir erinnern uns: Vor Monaten sollten gerade einmal 60 000 Zuwanderer „gerecht“ in der EU verteilt werden. Das Vorhaben scheiterte kläglich, keiner wollte sie, außer Schweden, Deutschland und Österreich.

Ganz nebenbei: Wie viele werden es dieses Jahr nun eigentlich? Bis Mitte August lautete die Prognose der Bundesregierung 450 000. Am 19. August setzte Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Zahl auf 800 000 hoch. Nur acht Tage später, am 27. August, verriet der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Christian Hanke, dass allein die Hauptstadt von 45 000 ausgehe. Das Land Berlin nimmt laut Verteilungsschlüssel fünf Prozent der Flüchtlinge, Asylbewerber und illegal Eingereisten. Wenn das allein 45 000 werden, macht das 900 000 für die ganze Republik. Und es geht weiter. Die Zahl 900 000 war noch gar nicht richtig durch, da kam vergangenes Wochenende Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier mit der Erwartung von einer Million durch die Tür. Möglicherweise haben wir, wenn Sie diese Zeilen lesen, schon wieder eine neue Zahl.

Da gilt es, unbegründete Ängste in der Bevölkerung mit allen Mitteln auszumerzen. Da ist beispielsweise die Furcht vor wachsender Kriminalität.

Die sei ganz unbegründet, beruhigt uns André Schulz, Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Die Statistik für 2014 belege, dass die allermeisten der sich unerlaubt in Deutschland aufhaltenden Personen allein wegen Verstoßes gegen das Asyl- und Aufenthaltsrecht registriert worden seien. Daher täusche die hohe Zahl.

Schlauer Fuchs, der Herr Schulz. Haben Sie den Trick bemerkt? Er spricht allein von sich „unerlaubt in Deutschland aufhaltenden Personen“. Asylanten und anerkannte Flüchtlinge sind aber gar nicht „unerlaubt“ in unserem Land. Um schöne Zahlen hinzubekommen, kehrt der Polizisten-Funktionär mal eben die große Mehrheit der Asylanten und Flüchtlinge unter den Teppich.

Wie sogar die „taz“ unvorsichtigerweise berichtet, hat sich der Anteil von Asylbewerbern an der Gesamtkriminalität binnen drei Jahren von 3,7 auf 7,7 Prozent erhöht. Da diese Gruppe weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, heißt das, dass diese Leute im Schnitt rund zehnmal so oft in Straftaten verwickelt sind wie der Rest.

Menschenverachtend sei es zu behaupten, die Zuwanderer kämen vor allem des Geldes und der guten Betreuung wegen nach Deutschland, werden wir belehrt. Sie seien geflohen und suchten eine Zuflucht, sonst nichts. Wer weitergehende Fragen stellt, ist ein herzloser Unhold. Wirklich? Nun, dass zumindest die Syrer aus der Hölle geflüchtet sind, bezweifelt in der Tat niemand. Dass sie aber ausgerechnet alle zu uns wollen und nicht nach Spanien, Belgien oder Litauen, das muss neben unserem bekanntermaßen perfekten Wetter noch einen anderen Grund haben.

MEINUNGEN

***Thomas Böhm**, Chef des Internet-Portals „Journalistenwatch“ (26. August), beklagt eine vom **Hass getriebene Spaltung** unseres Landes, der aus der immer unsachlicher werdenden Debatte um die Asylpolitik erwächst:*

„Der Spalt, den wir alle durch unsere Gesellschaft treiben, zieht sich nicht nur von links nach rechts, von unten nach oben und von innen nach außen, von alt nach jung, sondern bereits durch unsere Herzen und unseren Geist. Er hat sich zu einem mit Schimpfkanonen bestückten Schützengraben verbreitet und bildet eine unüberwindbare Grenze. So radikalisieren sich die gegnerischen Seiten immer mehr, verschanzen sich in ihren Gesinnungs-Ekken, in die sie vorher gekehrt wurden ... Das alles bedeutet Krieg. Ein Krieg zwischen Dumm und Dämlich, der keinen Sieger hervorbringt.“

***Bettina Röhl** entlarvt in „Tichys Einblick“ (26. August) den Aufbau von Feinbildern als Zeichen der **politischen Hilflosigkeit**, die sie bei den Vorsitzenden von Grünen, SPD und CDU entdeckt haben will:*

„Je ratloser solche Göring-Ekkart, aber auch Sigmar Gabriel und Kanzlerin Merkel in der Flüchtlingspolitik werden, desto getriebener scheinen sie zu Feindbildern und Sündenböcken Zuflucht zu suchen. Wie armselig ist das denn, dass sie bei dieser Suche auf ein paar Bürger in Heidenau oder ein anderes Mal in Freital oder irgendwo sonst zurückgreifen und von ganz oben auf ganz unten schießen müssen?“

*Der bekannte Schriftsteller **Hans Christoph Buch** sieht in der anschwellenden Völkerwanderung eine **existenzielle Gefahr für Deutschland**. In der „Frankfurter Allgemeinen“ (31. August) schreibt er:*

„Die schiere Existenz des Industriestandorts Deutschland steht auf dem Spiel. Die Ängste der Bürger sind berechtigt ... Wohin soll es führen, wenn der tägliche Andrang Tausender nicht bloß Wochen, sondern Monate und Jahre hindurch anhält – Tendenz steigend? Auf diese Frage habe ich keine fertige Antwort parat, noch weniger eine Handlungsanweisung, und weiß nur, dass das Römische Reich ... die Segel strich, als es in vergleichbare Turbulenzen geriet.“

***Daniel Stelter** warnt im „Cicero“ (31. August) davor, die Schuldenberge mit immer neuen, **noch höheren Schulden** aufzupumpen, um so „Wachstum“ zu erzeugen. Das Ganze gleiche einem Schneeballsystem, das zwingend zusammenbrechen müsse – mit **schwersten Folgen für die gesamte Menschheit**:*

„Wir bekämpfen eine Krise, die ihre Kernursache in zu billigem Geld und in zu vielen und zu unproduktiven Schulden hat, die nicht mehr ordentlich bedient werden können, mit noch mehr Geld und noch mehr Schulden. Dabei werden die Krisen jedes Mal größer als die vorangegangenen. Wer also auf die erneute ‚Rettung‘ durch die Notenbanken setzt, nimmt bewusst die Fortsetzung und damit Vergrößerung unseres Ponzi-Schemas in Kauf. Damit wächst der Schaden weiter an. Der Preis, den wir alle am Ende dafür zahlen müssen, dürfte erheblich sein.“